

3+4/25

www.dji.de

# impulse

Das Forschungsmagazin  
des Deutschen Jugendinstituts



Mit einer  
**SONDERRUBRIK**  
zur Partizipation junger  
Menschen in der  
DJI-Forschung

## Besser beteiligen

Warum die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen  
wichtig ist – und wie sie gelingen kann

Demokratie leben lernen – eine Analyse zur Partizipation in Kitas und Grundschulen // Jugendkreisräte geben Impulse – Good Practice in der Kommunalpolitik // Engagement junger Menschen im Gegenwind – Studienergebnisse zur aktuellen Arbeit von Jugendverbänden

**SCHWERPUNKT** |

**04 Partizipation von Anfang an**

Beteiligungsmöglichkeiten für Minderjährige sind nicht nur eine rechtliche und moralische Verpflichtung, sondern sie sind entscheidend für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Vor welchen aktuellen Herausforderungen Politik und Fachpraxis in Deutschland stehen. *Von Frank Greuel*

**12 Demokratie leben lernen**

In Kitas und Grundschulen können Kinder Partizipation direkt erfahren und einüben – vorausgesetzt, die Bildungsinstitutionen arbeiten selbst nach demokratischen Prinzipien. Wie frühe Demokratiebildung gestärkt werden kann. *Von Judith Durand und Leonhard Birnbacher*

**16 Beteiligt – aber nicht gleichberechtigt**

Jugendliche und junge Erwachsene bringen ihre Expertise in politische Beratungsprozesse auf Bundesebene ein. Doch erwachsenenzentrierte Strukturen und ungleiche Machtverhältnisse begrenzen die Wirksamkeit. *Von Sofie Jokerst und Wolfgang Schröder*

**20 Good Practice in der Kommunalpolitik**

**Eine Brücke zwischen Jugend und Politik: Jugendkreisträte setzen im Landkreis Aichach-Friedberg Impulse**

*Von Gerlinde Knöpfle und Theresa Kern*

**23 Zwischen politischer Partizipation und manipulativer Vereinnahmung**

Junge Menschen bewegen sich in hybriden Lebenswelten – auch bei der politischen Meinungsbildung und Beteiligung. Dafür müssen sie die Mechanismen Sozialer Medien verstehen, was stetige Medienbildung erforderlich macht. *Von Dagmar Hoffmann*

**27 Engagement junger Menschen im Gegenwind**

Fast drei Viertel der Jugendverbände verstehen sich als Akteure der Demokratiebildung. Für ihre Arbeit brauchen sie – gerade angesichts der aktuellen rechtspopulistischen Anfeindungen – verlässliche Strukturen. *Von Liane Pluto, Christian Peucker und Andreas Mairhofer*

**31 Beteiligung bindet – und bremst Abwanderung**

Feuerwehr, Rettungsdienst oder Heimatverein: Eine Studie zeigt, wie Jugendengagement dazu beitragen kann, strukturschwache Regionen lebendig zu halten. *Von Stefan Fehser, Birgit Reißig und Frank Tillmann*

**SONDERRUBRIK**

**zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Forschung**

**37 Junge Menschen beteiligen, Forschung bereichern**

Die Perspektiven von Kindern und Jugendlichen stehen am Deutschen Jugendinstitut im Mittelpunkt. *Von Angelika Guglhör-Rudan und Thorsten Naab*

**40 Mitreden. Mitforschen. Mitgestalten.**

Junge Menschen können sich auf vielfältige Weise in die Forschungsarbeit am DJI einbringen – exemplarische Einblicke in die Praxis. *Von Inga Simm, Jens Pothmann, Angelika Guglhör-Rudan, Thorsten Naab, Jessica Knauer, Gerlinde Janschitz, Judith Durand, Lara Küppers, Jasmin Müller, Lucia Killius und Harald Eichhorn*

Den aktuellen Schwerpunkt gibt es auch online:

[www.dji.de/jugendbeteiligung](http://www.dji.de/jugendbeteiligung)



**THEMEN** |

**48 „Für Forschungsinstitutionen ist es heute eine der wichtigsten Aufgaben, das Vertrauen der Bevölkerung zu erhalten“**

Interview mit der renommierten Familienforscherin Sabine Walper zum Abschluss ihrer Amtszeit als DJI-Direktorin

**52 Vom Familienideal zur Frühen Bildung**

Befunde einer Studie über den Wandel von Einstellungen und Diskursen in fünf Jahrzehnten

**56 Bedarfsgerechte Angebote in der Frühen Bildung fehlen weiterhin**

Neue Ergebnisse der DJI-Kinderbetreuungsstudie

**59 Kinder und Jugendliche aus armutsgefährdeten Familien sind in allen Lebensbereichen benachteiligt**

Zentrale Ergebnisse des UNICEF-Berichts 2025

**62 Wohnen, Sorgearbeit und Erwerb neu verschränkt**

Ergebnisse des Projekts BegeFa zum gemeinschaftlichen Wohnen in mischgenutzten Bestandsgebäuden

**66 Ökonomische Gewalt bleibt bislang oft unerkannt**

Interview mit Familienökonomin Christina Boll über Risikofaktoren für Gewalt in der Partnerschaft und bislang kaum erforschte Gewaltformen

**68 Taschengeld stärkt finanzielle Selbstständigkeit**

Neue Empfehlungen des Deutschen Jugendinstituts für Taschen- und Budgetgeld

**70 Pionierin der Mädchen- und Frauenforschung**

Nachruf auf Gerlinde Seidenspinner, ehemalige stellvertretende Direktorin und Abteilungsleitung am DJI

**NOTIZEN** |

**72 Mitteilungen aus dem Deutschen Jugendinstitut**

**79 Impressum**



”

## **Beteiligung braucht Strukturen, die öffnen statt einschränken, Menschen, die zuhören können, und Organisationen, die bereit sind, Macht zu teilen.**

Für viele ist Partizipation pädagogischer Alltag, für einige ein schwer erreichbares Ideal und für wieder andere schließlich ein Reizthema. Dabei ist Partizipation schon per definitionem ein grundlegendes Prinzip demokratischer Gesellschaften.

Ob in der Frühen Bildung, in der Freizeit, in der Schule, am Arbeitsplatz oder in Familien: Überall zeigt sich, wie entscheidend es ist, junge Menschen in Entscheidungen einzubeziehen, die ihr Leben betreffen. Was sich jedoch auch beobachten lässt: Noch viel zu häufig ist Mitbestimmung nicht die Normalität, sondern muss gezielt eingefordert und ermöglicht werden. Beteiligung braucht Strukturen, die öffnen statt einschränken, Menschen, die zuhören können, und Organisationen, die bereit sind, Macht zu teilen.

Mit dem Schwerpunktthema dieser Doppelausgabe unseres Forschungsmagazins DJI Impulse nehmen wir unterschiedliche Facetten von Partizipation in den Blick. Wir zeigen, welche Chancen sie für die Individuen, aber auch für die Gesellschaft insgesamt bietet, wo professionelle Herausforderungen liegen und wie Beteiligung in vielfältigen Praxisfeldern gelingen kann. Gleichzeitig richten wir den Blick auf aktuelle gesellschaftliche

Entwicklungen, die Einbindung junger Menschen dringlicher denn je machen – von politischen Transformationsprozessen bis zu digitalen Lebenswelten, in denen neue Formen des Mitgestaltens entstehen.

Auch die Beteiligung junger Menschen an wissenschaftlichen Forschungsprojekten gewinnt spürbar an Bedeutung. Am Deutschen Jugendinstitut (DJI) werden die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen nicht nur untersucht – junge Menschen sind immer häufiger aktiv in die Forschungsprozesse eingebunden. In einer Sonder rubrik zeigen wir, wie Jugendbeteiligung in der Forschung gelingen kann, und stellen anhand exemplarischer Good-Practice-Projekte vor, wie Jugendliche und junge Erwachsene am DJI konkret mitwirken können. Wie immer finden Sie im Heft auch aktuelle Beiträge zu weiteren relevanten Forschungsthemen des Instituts aus Kindheit, Jugend und Familie.

Wir wünschen Ihnen eine inspirierende Lektüre und viele Impulse für Ihre tägliche Arbeit.

Prof. Dr. Susanne Kuger  
Forschungsdirektorin des Deutschen Jugendinstituts

Mehr Analysen,  
Berichte und Interviews  
zum aktuellen Schwerpunkt  
gibt es online:

[www.dji.de/  
jugendbeteiligung](http://www.dji.de/jugendbeteiligung)



# Partizipation von Anfang an

Beteiligungsmöglichkeiten für Minderjährige sind nicht nur eine rechtliche und moralische Verpflichtung, sondern sie sind entscheidend für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Denn sie fördern die demokratische Bildung und soziale Integration der jungen Generation. Vor welchen aktuellen Herausforderungen Politik und Fachpraxis in Deutschland stehen.

Von Frank Greuel

**D**ie Partizipation von Kindern und Jugendlichen in politischen Prozessen sowie in der Kinder- und Jugendhilfe ist in den letzten Jahrzehnten zu einem zentralen Thema wissenschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Debatten avanciert. Anlässlich der gesellschaftlichen Herausforderungen wie Klimawandel, Digitalisierung, soziale Ungleichheit und zunehmende Polarisierung wird immer öfter eine stärkere Beteiligung der jungen Menschen im politischen wie auch im pädagogischen Raum gefordert, und sie gilt zum Teil als eine zentrale Bewältigungsstrategie für aktuelle Umbrüche.

Befunde der Shell Jugendstudie legen nahe, dass verstärkte politische Partizipationsmöglichkeiten zunächst an den Bedürfnissen von Jugendlichen anknüpfen sollten, denn unter ihnen besteht diesbezüglich eine hohe Bereitschaft. Die Shell Jugendstudie kam jüngst zum Ergebnis, dass 40 Prozent der 12- bis 25-Jährigen angeben, sich (gesellschafts-)politisch zu engagieren. Damit liegt die (gesell-



schafts-)politische Partizipation junger Menschen seit dem Jahr 2002 auf einem stabilen Niveau (zwischen 33 und 40 Prozent) (Schneekloth/Albert 2024). Auswertungen des Surveys „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“, kurz AID:A, des Deutschen Jugendinstituts (DJI) zeigen, dass die gewählten Engagementformen dabei vielfältig sind und konventionelle (zum Beispiel sich an Wahlen zu beteiligen oder in einer Partei zu arbeiten) wie auch unkonventionelle Formen (beispielsweise sich in Versammlungen an öffentlichen Diskussionen beteiligen oder an Demonstrationen teilnehmen) umfassen (Sauer mann/Meijer 2024). Gleichzeitig belegen Studienergebnisse, dass circa 50 Prozent der jungen Menschen ausdrücklich nicht das Gefühl haben, in der Politik wahr- und ernst genommen zu werden (Schneekloth/Albert 2024). Die genutzten Partizipationsgelegenheiten scheinen also nicht auszureichen oder können keine hinreichende Wirkkraft entfalten. Entsprechend werden häufig mehr und bessere Beteiligungsmöglichkeiten gefordert.

Im politischen wie auch pädagogischen Diskurs sind solche Forderungen jedoch häufig mit starken Erwartungen verbunden. Partizipation erscheint mitunter als eine Art „Zaubermittel“, das wie von selbst und in allen Fällen zur uneingeschränkten Identifikation mit dem bestehenden demokratischen System führt. Unberücksichtigt bleiben dabei die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen, die gegeben sein müssen, damit sich die gewünschten Erfolge einstellen. Häufig wird beispielsweise außer Acht gelassen,

”

**Circa 50 Prozent der jungen Menschen haben ausdrücklich nicht das Gefühl, in der Politik wahr- und ernst genommen zu werden.**



**Deutschland hat sich – wie viele andere Staaten – verpflichtet, das Recht von Kindern und Jugendlichen auf Beteiligung systematisch zu stärken.**

dass junge Menschen nicht nur in pädagogischen oder explizit politischen Räumen Gelegenheiten zur Partizipation benötigen, sondern letztlich in allen gesellschaftlichen Sphären und Lebensbereichen, die sie betreffen.

#### **Partizipation: Kinderrecht und Mittel zur Demokratieförderung**

Mit der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention hat sich Deutschland – wie viele andere Staaten – verpflichtet, das Recht von Kindern und Jugendlichen auf Beteiligung systematisch zu stärken (Infobox unten). Konkret betont Artikel 12 der Konvention das Recht des Kindes, in allen das Kind betreffenden Angelegenheiten gehört zu werden und seine Meinung einzubringen. Diese internationale Verpflichtung spiegelt sich auch in nationalen Gesetzgebungen wider.

In Deutschland ist die Beteiligung von jungen Menschen im Kinder- und Jugendhilfegesetz, welches das Achte Buch des Sozialgesetzbuchs (SGB VIII) bildet, inzwischen fest verankert. Gleichzeitig existiert in Form der Demokratiepädagogik eine längere (reform-)pädagogische Tradition, in der Beteiligung als pädagogisch-didaktisches Mittel zur Vermittlung und Stärkung von Demokratie genutzt wird (Dewey 1916, Himmelmann 2007). Ausgangspunkt ist dabei die Einsicht, dass eine Teilhabe an politischen Prozessen in der Demokratie spezifisches Wissen und Kompetenzen erfordert, die nicht naturgegeben sind, sondern pädagogisch vermittelt und erlernt werden müssen. Hierbei geht es insbesondere um die Fähigkeit, seine Meinung zu artikulieren, im Diskurs mit anderen einzubringen und gemeinsam kompromissorientiert Lösungen zu finden.

Der Erfahrung, dass die eigene Stimme in Prozesse der demokratischen Entscheidungsfindung eingeht, wird außerdem zugeschrieben, die Identifikation mit der Demokratie zu stärken und damit individuelle Haltungen zu beeinflussen. Ge-

### **Die UN-Kinderrechtskonvention: Die Umsetzung der Kinderrechte erfolgt erst schrittweise**

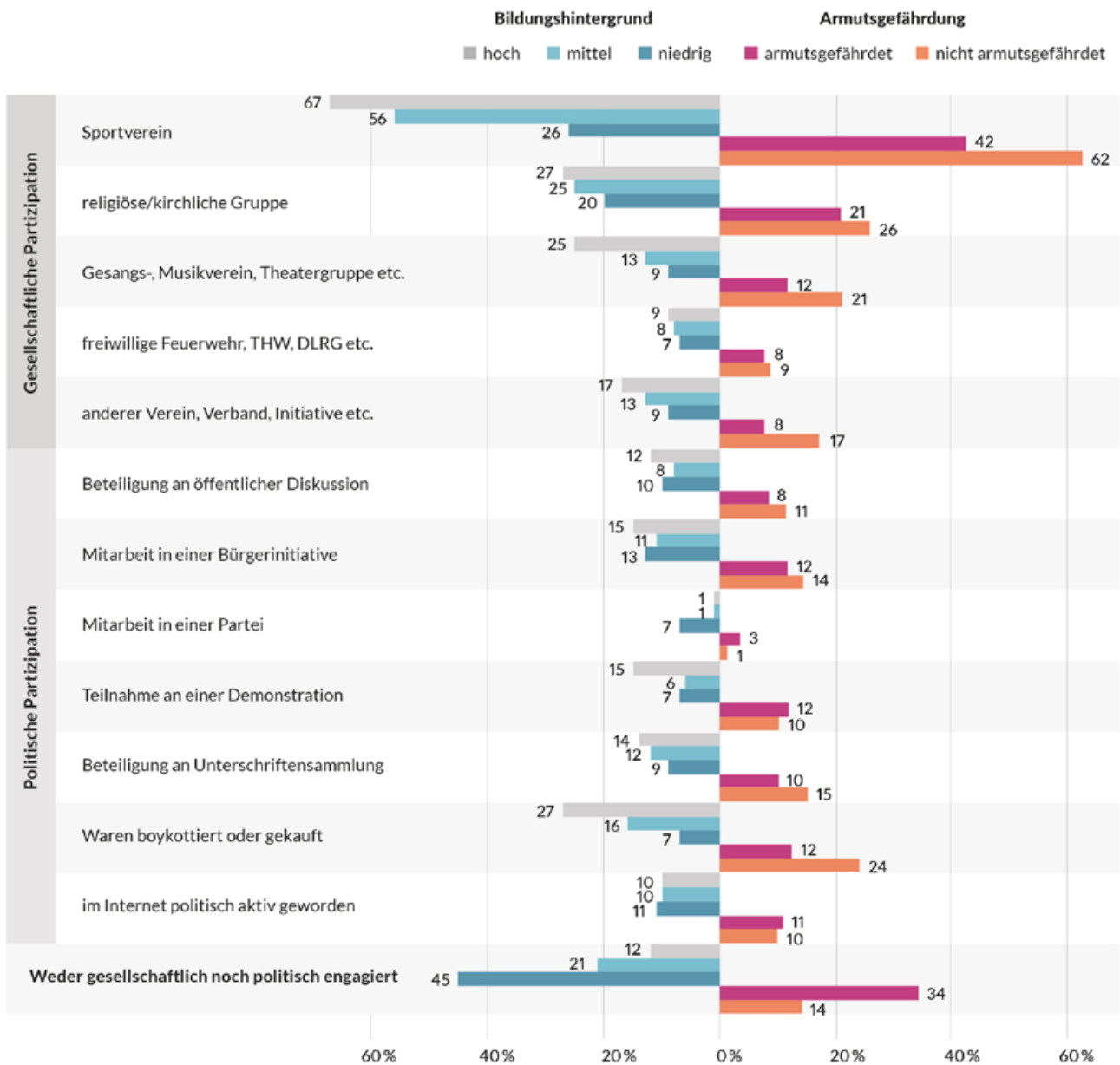
Zwar sind Kinderrechte Menschenrechte und lassen sich aus Artikel 1 der deutschen Verfassung ableiten, aber sie sind nicht explizit Teil des Grundgesetzes. Immerhin ist die UN-Kinderrechtskonvention (KRK) in Deutschland seit dem Jahr 1992 geltendes Recht. Diese Konvention wurde 1989 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) verabschiedet und inzwischen von allen UN-Mitgliedsstaaten weltweit ratifiziert – mit Ausnahme der USA. Sie umfasst 54 Artikel und gliedert sich in vier zentrale Dimensionen: das Recht auf Leben, angemessene Ernährung, Gesundheitsversorgung und eine sichere Unterkunft (Überlebensrecht), das Recht auf Schutz vor Missbrauch, Ausbeutung, Diskriminierung, Vernachlässigung sowie vor den Auswirkungen von Krieg und Flucht (Schutzrecht), das Recht auf Bildung, Freizeit, kulturelle Teilhabe und eine altersgerechte Entwicklung (Förderrecht) und nicht zuletzt das Recht, gehört zu werden, Informationen zu erhalten und die eigene Meinung frei zu äußern (Beteiligungsrecht). Diese vier zentralen Rechte sind unteilbar und gelten für alle Kinder bis zum 18. Geburtstag – unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion oder sozialem Status.

Bis heute ist die Realisierung der Kinderrechte – selbst in einem so reichen Land wie Deutschland – ein langwieriger und schwieriger politischer Prozess. So trat beispielsweise erst im Jahr 2021 das Gesetz zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder in Kraft, das Missbrauch als Verbrechen einstuft, Strafrahmen verschärft und die Rechte Betroffener stärkt. Solche Reformen verdeutlichen, dass eine konsequente Politik für Kinder fortlaufender Anpassungen und wirksamer Kontrolle bedarf.

Nach Einschätzung von Kinderrechtsorganisationen wird auch Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention, der eine angemessene und altersgerechte Beteiligung von Kindern sicherstellen soll, bislang nicht flächendeckend umgesetzt. Denn Beteiligung erfolge häufig nur projektbezogen, sei freiwillig und hänge stark vom Engagement einzelner Institutionen oder Kommunen ab. Eine verbindliche Verankerung, etwa in kommunalen Entscheidungsprozessen oder in Bildungseinrichtungen, bleibt ausbaufähig.

 **Informationen über das Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland**

Abbildung: Gesellschaftliche und politische Partizipation, nach Bildungshintergrund und Armutsgefährdung, in Prozent



Quelle: Walper u.a. 2025, UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland 2025, S. 67, n = 1.798 - 1.827; Alter: 12 - 17 Jahre. Datenquelle: AID:A 2023; eigene Berechnung, gewichtete Daten

rade in einer Zeit, in der Jugendliche das Gefühl haben, von Politik nicht gesehen zu werden, und populistische Parteien an diese Wahrnehmungen anknüpfen und Bilder einer unbeeinflussbaren politischen Elite zeichnen, können Erfahrungen politischer Selbstwirksamkeit korrigierend wirken.

Bei der Umsetzung der gesetzlich garantierten Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen besteht allerdings auch in Deutschland noch Handlungsbedarf, wie der im November 2025 veröffentlichte UNICEF-Bericht, der von DJI-Forschenden erstellt wurde, deutlich macht (siehe Infobox, S. 8). Einer Auswertung der AID:A-Ergeb-

nisse zufolge hängt das Engagement in einem Verein, einer Gruppe oder aus politischen Gründen signifikant vom Bildungsniveau der Eltern sowie vom Armutsrisiko in der Familie ab. 45 Prozent der 12- bis 17-Jährigen mit geringem Bildungshintergrund und 34 Prozent der jungen Menschen aus armutsgefährdeten Familien sind in den abgefragten gesellschaftlichen und politischen Bereichen nicht aktiv. Bei Gleichaltrigen mit hohem Bildungshintergrund liegt dieser Anteil lediglich bei 12 Prozent und bei Gleichaltrigen aus Familien ohne Armutsrisiko bei 14 Prozent (Walper u.a. 2025). >



## Der UNICEF-Bericht: regelmäßiger Report zur Lage der Kinder in Deutschland

Wie geht es den jungen Menschen in Deutschland, und wie kann durch eine nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft ein gutes Aufwachsen ermöglicht werden? Das sind die zentralen Fragen der regelmäßig erscheinenden UNICEF-Berichte. Um Fortschritte und Defizite transparent zu machen, legte das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (United Nations Children's Fund) im Jahr 2005 erstmals – auf Basis der Arbeiten des britischen Soziologen Jonathan Bradshaw – ein Indikatorensystem vor, das die Umsetzung von Kinderrechten in Industrieländern vergleichbar macht. Anfangs standen dabei vor allem materielle Existenzsicherung und Armutsvermeidung im Fokus, später flossen durch den Soziologen und ehemaligen DJI-Direktor, Prof. Dr. Hans Bertram, auch Bildung, Gesundheit, subjektives Wohlbefinden ein. Solche Indikatoren sind unverzichtbar, um politische Maßnahmen an den realen Lebenslagen von Kindern zu messen und – nicht zuletzt – um zu prüfen, ob Beteiligungsrechte wie in Artikel 12 tatsächlich verwirklicht werden. Der jüngste Bericht wurde von Forschenden des Deutschen Jugendinstituts (DJI) erstellt und im November 2025 veröffentlicht. Ein Team wertete auf Grundlage des UNICEF-Konzepts zum kindlichen Wohlbefinden sowie der daraus abgeleiteten Indikatordimensionen aktuelle Forschungsdaten aus – unter anderem des DJI-Surveys „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“ (AID:A), der „EU-Statistik zu Einkommen und Lebensbedingungen“ (EU-SILC), der Kinder- und Jugendgesundheitsstudie „Health Behavior in School-aged Children“ (HBSC) der Weltgesundheitsorganisation WHO sowie der Schulleistungsvergleichsstudie PISA (siehe S. 59 in dieser Ausgabe). Im Sinne des Leitgedankens der UN-Kinderrechtskonvention konnten Kinder und Jugendliche bei dem aktuellen Bericht stärker als bisher Einfluss nehmen (siehe S. 43 in dieser Ausgabe).

[Informationen über UNICEF bei dji.de](https://www.dji.de/unicef)

## Echte Beteiligung bedeutet, dass Erwachsene Macht abgeben müssen

In der wissenschaftlichen Diskussion wird Partizipation als mehrdimensionales Konzept verstanden, das verschiedene Ebenen und Formen der Beteiligung umfasst. Es reicht von der Information und Anhörung über Mitwirkung und Mitbestimmung bis hin zur Selbstorganisation und eigenverantwortlichen Gestaltung von Prozessen (Roth 2016, Arnstein 1969). Zentral ist dabei die Unterscheidung zwischen formaler Partizipation (etwa in rechtlich bindenden Wahlen oder Bürgerentscheiden) und informeller Partizipation (etwa in freiwilligen Workshops oder Bürgerforen) sowie zwischen symbolischer und substanzieller Beteiligung (Nanz/Fritsche 2024).

Einigkeit besteht darin, dass echte Partizipation weit über das bloße „Zu-Wort-kommen-Lassen“ hinausgehen muss. Entscheidungsräume dürfen nicht nur simuliert werden, sondern Kinder und Jugendliche müssen tatsächlich in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Dies erfordert eine Veränderung von Machtstrukturen auf Ebene von Individuen, Institutionen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Echte Beteiligung zuzulassen bedeutet, dass Erwachsene Entscheidungsmacht abgeben und gegebene Verhältnisse sich der Kritik und den Veränderungswünschen von Kindern und Jugendlichen stellen müssen. Insofern ist die Debatte um Reichweite und Qualität von Partizipation eng mit Fragen nach Machtverhältnissen, Generationengerechtigkeit und demokratischer Legitimation verknüpft.

## Die Kinder- und Jugendhilfe als Entwicklungsmotor

Die Kinder- und Jugendhilfe nimmt neben der Familie und Schule eine Schlüsselrolle bei der Förderung von Partizipation ein. Sie bietet institutionelle und strukturelle Rahmenbedingungen, in denen Beteiligung erprobt, reflektiert und weiterentwickelt werden kann. Wissenschaftliche Studien zeigen jedoch seit Langem und wiederholt, dass die Umsetzung partizipativer Ansätze in der Praxis mit folgenden zentralen Herausforderungen verbunden ist:

- **Strukturelle Barrieren:** Häufig sind die Ressourcen nicht ausreichend, um eine konsequente Beteiligung der Kinder und Jugendlichen zu gewährleisten. Außerdem werden in Forschungsarbeiten unzureichende methodische Kompetenzen der Fachkräfte sowie Unsicherheiten in der Rolle und der Umsetzung partizipativer Prozesse als zentrales Hindernis identifiziert: Viele Fachkräfte fühlen sich unsicher im Umgang mit demokratischen Beteiligungsverfahren und haben Angst vor Rollenverlust oder vor Fehlern bei der Moderation von Beteiligungsprozessen (Rieker 2016).

## Die „Arbeitsstelle europäische Jugendpolitik“: Perspektiven junger Menschen in Politik und Gesellschaft ernst nehmen

Die „Arbeitsstelle europäische Jugendpolitik“ (AeJP) wurde im Jahr 2019 am Deutschen Jugendinstitut (DJI) eingerichtet, um aktuelle Fragen europäischer Jugendpolitik aufzugreifen und analytisch zu bearbeiten. Ihre zentrale Aufgabe ist es, wissenschaftsbasiert zur wechselseitigen Stärkung europäischer und nationaler Perspektiven in den jeweiligen Jugendpolitiken beizutragen. Im Rahmen dieser Aufgabe lässt die Arbeitsstelle sich an zwei Schnittstellen der (europäischen) Jugendpolitik verorten. Zum einen hat sich die AeJP an der Schnittstelle zwischen Deutschland und Europa etabliert und trägt dazu bei, europäische sowie nationale jugendpolitische Diskurse mit Impulsen zu versehen. Dazu werden relevante Themen identifiziert, diskutiert und wissenschaftlich bearbeitet. Zum anderen bewegt sich die AeJP an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis. Hier finden die Vermittlung wissenschaftlicher Ergebnisse in Politik und Praxis sowie die Übersetzung politischer und praxisbezogener Fragen in wissenschaftliche Diskurse statt. Dies bezieht sich sowohl auf die eigene Forschung der Arbeitsstelle als auch auf vorhandenes Wissen, das für die jeweilige Zielgruppe aufbereitet wird. Seit Juli

2024 ist die Arbeitsstelle in der neuen Förderphase. Unter der Überschrift „Youth Mainstreaming und Youth Work – in Politik und Gesellschaft die Perspektiven junger Menschen ernst nehmen“ wird die AeJP in vier Arbeitsbereichen (Forschung, Beratung, europäische Berichterstattung, Forschungskooperationen) Wissen und Daten erheben, sammeln, systematisieren, analysieren, aufbereiten und veröffentlichen. Zum Thema „Partizipation von Kindern und Jugendlichen“ veröffentlichte die Arbeitsstelle im Januar 2025 das Infosheet „Jugend und Demokratie. Analysen demokratisch relevanter Einstellungen junger Menschen in Deutschland und Europa auf Basis des European Social Survey“. Im Oktober 2025 wurden in der Zeitschrift Youth zudem die Forschungsergebnisse der Arbeitsstelle zum Thema „Political Participation of Marginalized Young People. Examining Funding Programs from a European and National Perspective“ publiziert.

 [Informationen über die Arbeitsstelle europäische Jugendpolitik bei dji.de](#)

- **Institutionenkultur:** In vielen Institutionen herrscht noch immer ein hierarchisches Verständnis von Erwachsenen-Kind-Beziehungen vor, das echte Mitbestimmung und ein Agieren „auf Augenhöhe“ erschwert, zeigt die DJI-Studie „Bildung und Demokratie mit den Jüngsten“ (Birnbacher 2023, siehe auch S.12 in dieser Ausgabe).
- **Soziale Ungleichheit:** Insbesondere marginalisierte Gruppen, wie Menschen mit Behinderung oder aus benachteiligten sozialen Lagen, sind bei vielen Beteiligungsprozessen unterrepräsentiert und haben geringere Chancen, an diesen teilzunehmen. Bei Menschen mit Beeinträchtigungen beschränken „Strukturen der Versorgung und Bevormundung“ häufig die Bereitschaft, ernst zu nehmende Mitbestimmungsmöglichkeiten zu geben (Rohrman 2022, S. 43). Personen aus benachteiligten sozialen Lagen sind oft damit konfrontiert, dass gegebene Beteiligungsmöglichkeiten zu voraussetzungslos sind, also zum Beispiel Kosten verursachen, und Effekte von Stigmatisierung und Diskriminierung greifen (Kaßner/Kersting 2021). Diese allgemeinen Phänomene finden sich auch in Bezug auf die Beteiligung von marginalisierten Kindern und Jugendlichen.
- **Fehlende Verbindlichkeit:** Beteiligungsformate bleiben häufig unverbindlich, und die Ergebnisse werden nicht angemessen in politische beziehungsweise pädagogische Entscheidungen einbezogen. Zahlreiche Studien zeigen, dass Beteiligung in pädagogischen Kontexten häufig nur formal oder instrumentell umgesetzt wird – und damit zur Scheinpartizipation tendiert. Empirische Befunde belegen die geringe Wirksamkeit erlebter Mitsprache, stark begrenzte Entscheidungsspielräume und adultistisch geprägte Gatekeeping-Praktiken in Schule, Kita und Jugendarbeit (AGJ 2018, siehe auch S.16 in dieser Ausgabe). >

”

**Zahlreiche innovative Projekte und Modellvorhaben zeigen, wie und unter welchen Bedingungen Partizipation gelingen kann.**



## Trotz der breiten Anerkennung der Bedeutung von Partizipation bestehen weiterhin erhebliche Umsetzungsdefizite.

Diese Herausforderungen sind Gegenstand intensiver politischer und fachlicher Debatten. Es wird diskutiert, wie Partizipation inklusiver gestaltet werden kann und welche (institutionellen) Rahmenbedingungen notwendig sind, um echte Mitbestimmung zu ermöglichen. Gleichzeitig gibt es zahlreiche innovative Projekte und Modellvorhaben, die zeigen, wie und unter welchen Bedingungen Partizipation gelingen kann. Diese reichen von Kinder- und Jugendparlamenten (siehe auch S.20 in dieser Ausgabe), über Beteiligungswerkstätten bis hin zu digitalen Teilnehmungsformaten und dem gezielten Empowerment benachteiligter Gruppen (Aue u.a. 2024, Langner/Jungmann 2024).

Am DJI existieren seit etlichen Jahren Forschungsprojekte, die sich mit den Ansätzen, Potenzialen und Limitationen der pädagogischen Praxis beschäftigen und die entsprechenden Lernerfahrungen aufbereiten. Zu den aktuellsten zählen die wissenschaftliche Begleitung von Modellprojekten der Demokratieförderung im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (Aue u.a. 2024) und eine Untersuchung zur Stärkung gesellschaftlicher Partizipation als Ziel der (sozial-)pädagogischen

Praxis muslimischer Akteur:innen der Jugendarbeit (Langner/Jungmann 2024) in der DJI-Fachgruppe „Politische Sozialisation und Demokratieförderung“ (siehe Infobox unten). Daneben ist das Thema Partizipation ebenfalls zentral in der Fachgruppe „Pädagogische Konzepte für die Kindheit“ (siehe S.12 in dieser Ausgabe), in der „Arbeitsstelle europäische Jugendpolitik“ (siehe Infobox S.9) sowie im Projekt „Jugendhilfe und sozialer Wandel“ (siehe S.27 in dieser Ausgabe). Nicht zuletzt wird am DJI seit einigen Jahren erprobt, wie Kinder- und Jugendbeteiligung in der Forschung gelingen kann (siehe Sonderrubrik S.36 in dieser Ausgabe).

### Es gilt, nachhaltige pädagogische und politische Beteiligungsstrukturen zu entwickeln

Trotz der breiten Anerkennung der Bedeutung von Partizipation bestehen weiterhin erhebliche Umsetzungsdefizite. Die aktuellen wissenschaftlichen Analysen machen deutlich, dass Partizipation häufig auf symbolische Akte beschränkt bleibt und selten zu substantiellen Mitbestimmungsrechten führt. Die tatsächliche Einflussnahme junger Menschen ist oft von institutionellen, kulturellen und sozialen Faktoren abhängig. Insbesondere marginalisierte Gruppen, wie Kinder mit Behinderung oder aus benachteiligten sozialen Lagen, sind von Teilnehmungsprozessen häufig ausgeschlossen (ISM 2024, Müssig 2020).

Die wissenschaftliche Debatte richtet sich daher zunehmend auf Fragen der Inklusion, der Machtverteilung und der nachhaltigen Verankerung partizipativer Strukturen. Es wird diskutiert, wie Erwachsene zu einer partizipationsförderlichen Haltung gelangen, wie Beteiligung in unterschiedlichen Lebensbereichen – Familie, Schule, Kommune, Kinder- und Jugendhilfe – systematisch gestärkt werden kann und welche methodischen Ansätze geeignet sind, um die Qualität von Partizipation zu sichern und weiterzuentwickeln. Nicht zu-

### DJI-Fachgruppe „Politische Sozialisation und Demokratieförderung“:

Die Forschungsschwerpunkte der Fachgruppe „Politische Sozialisation und Demokratieförderung“ werden sowohl mit Blick auf die Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe, ihre Angebote, Adressatinnen und Adressaten als auch auf die Lebenslagen und Lebensführung von Jugendlichen bearbeitet. Gegenstand sind Prozesse von politischer Sozialisation und Hinwendungs- sowie Radikalisierungsprozesse im Jugendalter, wobei insbesondere darauf bezogene Strategien, Verfahren und Ansätze der Kinder- und Jugendhilfe sowie anderer gesellschaftlicher Akteure und deren Einflüsse auf und Wechselwirkungen mit

politischen Sozialisations- und Bildungsprozessen erforscht werden. In der Fachgruppe sind aktuell die DJI-Arbeits- und Forschungsstelle „Demokratieförderung und Extremismusprävention“, die Evaluation der Programmbereiche „Extremismusprävention in Strafvollzug und Bewährungshilfe“ und „Entwicklung einer bundeszentralen Infrastruktur“ des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ sowie das Forschungsprojekt „Bedarfe der pädagogischen Islamismus-Prävention in Berlin“ angesiedelt.

 Informationen über die Fachgruppe bei [dji.de](https://dji.de)

letzt geht es darum, soziale Ungleichheiten in der gesellschaftlichen Teilhabe abzubauen, indem außerschulische Angebote stärker mit Schulen kooperieren, um gezielt jene zu erreichen, die zu Hause wenig Unterstützung erfahren.

Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Politik sowie Kinder- und Jugendhilfe bleibt somit ein dynamisches Feld. Sie kann sowohl Ausdruck als auch Motor demokratischer Entwicklung und sozialer Integration sein. Zentral dabei ist: Partizipation ist nicht nur eine rechtliche und moralische Verpflichtung, sondern auch eine zentrale Voraussetzung für gelingende Bildungs- und Sozialisationsprozesse sowie für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Die Herausforderungen liegen in der konsequenten Umsetzung, der Überwindung von Barrieren und der Entwicklung nachhaltiger pädagogischer und politischer Beteiligungsstrukturen, die allen jungen Menschen offenstehen. Grundlage hierfür bleibt eine prinzipielle Bereitschaft aller Beteiligten, die nicht zuletzt auch eine angemessene Ressourcenausstattung und erforderliche Mehraufwände einschließt, weil eine stärkere Partizipation es wert ist. **x**

## Literatur

- ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR KINDER- UND JUGENDHILFE (AGJ) (2018): *Partizipation im Kontext von Kinder- und Jugendarbeit – Voraussetzungen, Ebenen, Spannungsfelder*. Positionspapier AUE, PHILIPP u.a. (2024): *Bilanzierung und Nachhaltigkeit*. Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte im Handlungsfeld „Demokratieförderung“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ in der Förderphase 2020 bis 2024. Halle
- ARNSTEIN, SHERRY R. (1969): *A Ladder of Citizen Participation*. *Journal of the American Institute of Planners*, 35 (4), S. 216–224
- BIRNBACHER, LEONHARD u.a. (2023): *Bildung und Demokratie. Empirische Perspektiven auf Kita und Schule*. Weinheim/Basel
- DEWEY, JOHN (1916): *Democracy and Education*. New York
- HIMMELMANN, GERHARD (2007): *Demokratie lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform*. Ein Lehr- und Studienbuch. Schwalbach am Taunus
- INSTITUT FÜR SOZIALPÄDAGOGISCHE FORSCHUNG MAINZ GGBH (ISM) (2024): *Beteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen*. Mainz
- KASSNER, JAN / KERSTING, NORBERT (2021): *Neue Beteiligung und alte Ungleichheit? Politische Partizipation marginalisierter Menschen*. Berlin
- LANGNER, JOACHIM / JUNGSMANN, ANNIKA (2024): *Gesellschaftliche Partizipation als Ziel muslimischer Jugendarbeit – „einfach Teilhabe, empower und Gleichberechtigung und kein Rassismus“*. In: Nikolas, Ana-Maria/Greschner, Deniz (Hrsg.): *Jugendengagement und politische Bildung in der postmigrantischen Gesellschaft. Diesseits und jenseits etablierter Strukturen*. Reihe: *Bildung in der Migrationsgesellschaft*. Weinheim/Basel, S. 63–79
- MÜSSIG, STEPHANIE (2020): *Politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland*. Wiesbaden
- NANZ, PATRICIA / FRITSCHKE, MIRIAM (2024): *Handbuch Bürgerbeteiligung. Bundeszentrale für politische Bildung*. Bonn
- RIEKER, PETER (2016): *Politische Partizipation im Jugendalter: Herausforderungen und Ansätze der Förderung*. In: Mörgen, Rebecca/Rieker, Peter/Schnitzer, Anna (Hrsg.): *Partizipation von Kindern und Jugendlichen in vergleichender Perspektive. Bedingungen – Möglichkeiten – Grenzen*. Weinheim/Basel, S. 202–216
- ROHRMANN, ALBRECHT (2022): *Partizipation von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen*. In: Peyerl, Karin/Züchner, Ivo (Hrsg.): *Partizipation in der Kinder- und Jugendhilfe: Anspruch, Ziele und Formen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen*. Weinheim/Basel, S. 40–53
- SAUERMANN, PIA / MEIJER, LAURA (2024): *Formen politischer Partizipation junger Menschen mit Blick auf Alter, Geschlecht und Bildung*. Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): *AID:A 2023 Blitzlichter. Zentrale Befunde des DJI-Surveys zum Aufwachsen in Deutschland*. Bielefeld, S. 33–38
- SCHNEEKLOTH, ULRICH / ALBERT, MATHIAS (2024): *Jugend und Politik*. In: Gudrun Quenzel u.a. (Hrsg.): *Jugend 2024 – 19. Shell Jugendstudie: Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt*. Weinheim/Basel, S. 43–100
- WALPER, SABINE u.a. (2025): *Eine Perspektive für jedes Kind. UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland 2025*. München



**Dr. Frank Greuel** ist Leiter der Fachgruppe „Politische Sozialisation und Demokratieförderung“ an der Außenstelle des Deutschen Jugendinstituts (DJI) in Halle (Saale). Zuvor leitete er seit 2018 die wissenschaftliche Evaluation des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ am DJI. Seit vielen Jahren beschäftigt sich der Erziehungswissenschaftler intensiv mit der wissenschaftlichen Begleitforschung zur Demokratieförderung und Extremismusprävention. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die politische Sozialisation und Radikalisierungsprozesse im Jugendalter sowie die pädagogische Auseinandersetzung und Bearbeitung entsprechender Phänomene.  
**greuel@dji.de**

## DER DJI-VIDEOCAST PERSPEKTIVEN

In der Videoreihe zum jeweiligen Thema des Impulse-Schwerpunkts interviewen wir:

**Dr. Frank Greuel**

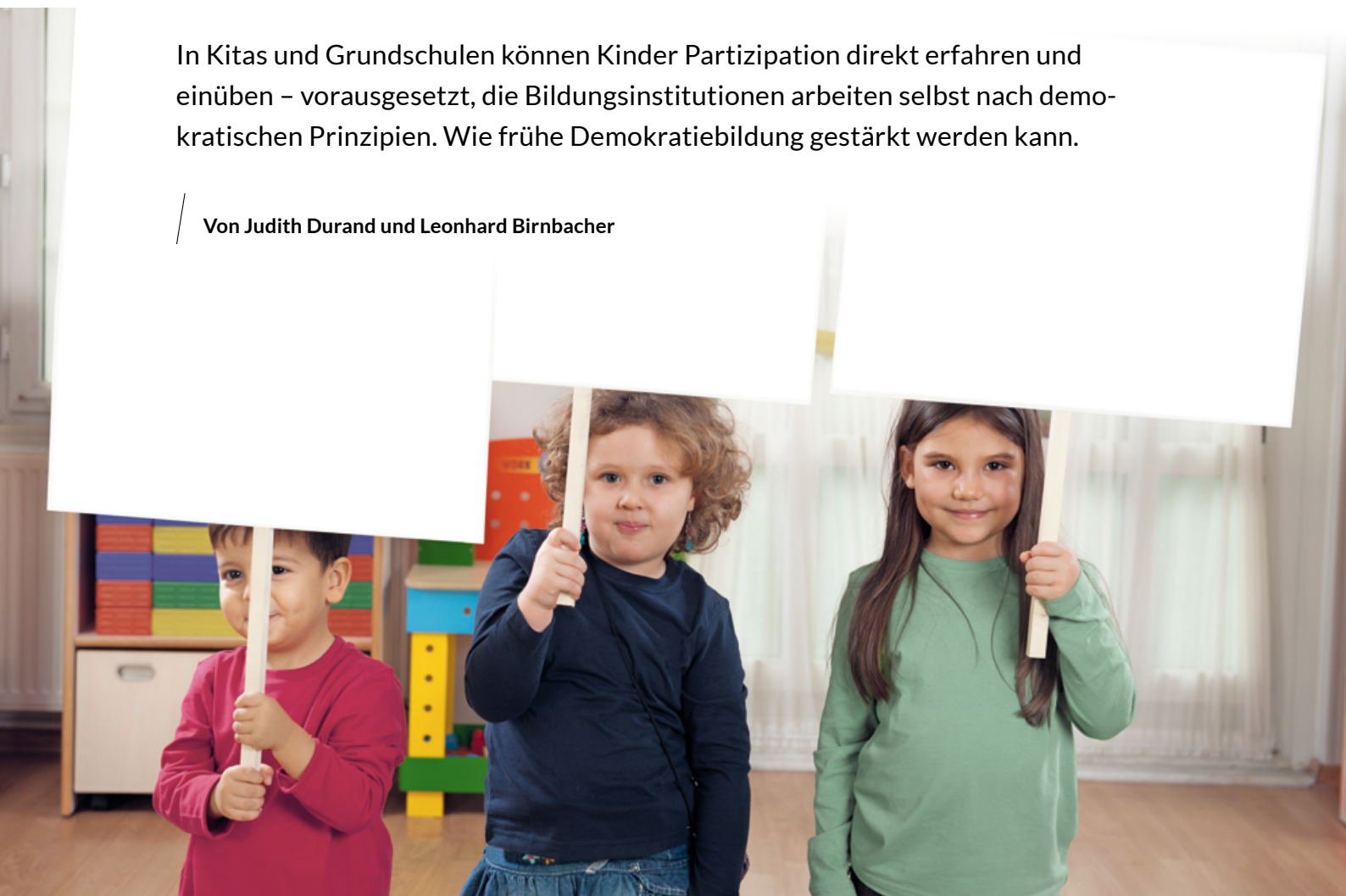
Experte für Demokratieförderung und Partizipation



# Demokratie leben lernen

In Kitas und Grundschulen können Kinder Partizipation direkt erfahren und einüben – vorausgesetzt, die Bildungsinstitutionen arbeiten selbst nach demokratischen Prinzipien. Wie frühe Demokratiebildung gestärkt werden kann.

Von Judith Durand und Leonhard Birnbacher



**D**emokratie basiert auf Mitgestaltung, der Anerkennung unterschiedlicher Sichtweisen und der Fähigkeit zum Kompromiss. All das ist nicht einfach gegeben, sondern muss gesellschaftlich stets aufs Neue – sowohl über die Lebensspanne als auch in der Generationenfolge – hergestellt werden. Demokratie zu lernen und zu erproben gehört damit zu den Schlüsselaufgaben, denen eine Demokratie zur Sicherung ihrer eigenen Zukunft und Stabilität zwingend nachkommen muss. In der aktuell von tiefen Veränderungen und zahlreichen sich überlagernden Krisen geprägten Zeit hat diese Aufgabe nochmals zusätzlich an Bedeutung und Dringlichkeit gewonnen. Bildungspolitisch wird daher zunehmend – wie sich unter anderem am Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung zeigt – gefordert, dass demokratische Werte und Prinzipien bereits „von früher Kindheit an erlernt werden“ (Bundesregierung 2025, S. 103).



**Kinder müssen sich in Kita und Ganztagsgrundschule in Beteiligungsformaten erproben können und erfahren, dass ihre Bedürfnisse und Meinungen ernst genommen werden.**

### **Junge Kinder fühlen sich in Institutionen bislang wenig beteiligt**

Erste öffentliche Bildungsinstitutionen wie Kita und Ganztagsgrundschule haben nicht nur den Auftrag, Wissen zu vermitteln, sondern müssen, wie etwa im Achten Sozialgesetzbuch (SGB VIII) oder in den Schulgesetzen festgeschrieben ist, auch gemeinschaftsfähige Persönlichkeiten bilden, Teilhabe ermöglichen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken (Peyerl/Züchner/Dotzert 2021). Damit dies möglich wird, sollten Kita und Ganztagsgrundschule Bildungsangebote initiieren, die Kindern insbesondere Partizipationserfahrungen in Aussicht stellen. Verschiedene Studien über die letzten Jahrzehnte zeigen allerdings, dass die Mitbestimmungsmöglichkeiten für junge Kinder in Institutionen konstant auf niedrigem Niveau verharren und Kinder sich wenig gehört und beteiligt fühlen (zum Beispiel de Boer u.a. 2022).

Zahlreiche fachpolitische Initiativen und pädagogische Konzepte zu Partizipation und Demokratiebildung sind in den letzten Jahren entstanden, um die pädagogische Praxis anzuleiten. Wie genau allerdings die Lehr- und Fachkräfte in Kitas und Ganztagsgrundschulen gegenwärtig Demokratiebildungsprozesse mit jungen Kindern verstehen und diese ausgestalten, ist bisher empirisch noch wenig erforscht. Am Deutschen Jugendinstitut (DJI) wurde darum jüngst in zwei aufeinanderfolgenden explorativen Studien untersucht, wie Demokratiebildung in der Kita sowie im grundschulischen Ganztag gelingt (Eberlein/Durand/Birnbacher 2021, Birnbacher u.a. 2023, Birnbacher u.a. 2024).

### **Kinder lernen insbesondere über körperliche und soziale Erfahrungen**

Die Kindheitsforschung zeigt, dass die ersten Jahre in der Entwicklung von Kindern prägend sind. In dieser Zeit werden wesentliche Grundlagen der Identität und Persönlichkeit gelegt. Kinder übernehmen als nachwachsende Generation durch Alltagserfahrungen mimetisch das bereits existierende bewusste wie unbewusste Regelwerk sozialer und kultureller Codes (Wulf 2005). Dabei wird bestehendes Handlungswissen nicht nur erlernt und von den älteren Generationen übernommen, sondern gleichsam weiterentwickelt und sich zu eigen gemacht. Vor allem Selbstwirksamkeitserfahrungen spielen hierbei eine entscheidende Rolle.

Kinder lernen in jungen Jahren insbesondere über körperliche und soziale Erfahrungen im alltäglichen Leben und beginnen so unter anderem mit der Entwicklung eines Wer-

te- und Normensystems (Keller 2007). Maßgeblich dafür sind die Erlebnisse, die junge Kinder in ihrer familiären und außerfamiliären Lebenswelt machen. Dabei entwickeln sie ein Bild von sich selbst als Teil des sozialen Gefüges (Ittel u.a. 2014) und lernen, wie sie dieses mitgestalten können. Und gerade darin liegt eine große Chance: Als erste „wertebildende pädagogische Instanz“ (Schubarth/Tegeler 2016, S. 266) bieten Kitas und der grundschulische Ganztag für die Entwicklung von Kompetenzen zur Partizipation und für demokratisch ausgerichtete Normen und Werte großes Potenzial – vorausgesetzt, diese Institutionen bieten Möglichkeiten, sich zu beteiligen, und arbeiten selbst nach demokratischen Prinzipien.

### **Partizipation zu ermöglichen, ist pädagogisch komplex**

Partizipation kann nicht gelehrt werden, sondern muss durch die Erfahrung von Zugehörigkeit in Vielfalt und durch die Möglichkeit zur Beteiligung an alltäglichen Entscheidungsprozessen erlebbar werden. Kinder müssen sich in Kita und Ganztagsgrundschule in unterschiedlichen Beteiligungsformaten erproben können und erfahren, dass ihre Bedürfnisse und Meinungen ernst genommen werden.

Für die pädagogische Arbeit können vier zentrale Ebenen der Demokratiebildung unterschieden werden (Eberlein/Durand/Birnbacher 2021, Richter/Lehmann/Sturzenhecker 2017, Höhme-Serke/Beyersdorff 2011). Auf formalpartizipatorischer Ebene können Beteiligungsformate strukturell verankert sein, wie zum Beispiel über einen Kita-Rat, Schulkonferenzen, Beschwerdeverfahren oder eine Kita-Verfassung. Kinder können hierbei lernen, eigene Sichtweisen und Anliegen zu artikulieren. Schon junge



## Bildungsinstitutionen für junge Kinder sind prädestiniert dazu, einen bedeutsamen Beitrag zur Verfestigung und beständigen Erneuerung der Demokratie zu leisten.

Kinder können beispielsweise in regelmäßig stattfindenden Kinderkonferenzen über Erlebnisse oder Konflikte reden, Regeln zum Umgang miteinander diskutieren und beschließen. Auf diesem Wege üben sich Kinder darin, ihre Positionen und Bedürfnisse zu artikulieren und andere Perspektiven zu akzeptieren. Sie erleben, dass sie auf Entscheidungen in ihrem Umfeld Einfluss haben.

### Es gilt, die angemessene Balance zwischen Beteiligung und Struktur zu finden

Die alltagspartizipatorische Ebene wiederum richtet den Blick auf die Gestaltung der Interaktionen zwischen Fachkräften und Kindern im Alltag, die auf Wahrnehmung und Berücksichtigung von kindlichen Bedürfnissen abzielen,

wie unter anderem beim Essen, Schlafen, bei der Auswahl von Spielorten oder Bildungsthemen. Wenn Kinder beispielsweise im Vorfeld von Gruppenarbeiten selbstständig ihre Partner:innen suchen können, erfahren sie, dass ihre Wünsche und Bedürfnisse ernst genommen werden, und können sich in der Übernahme von Verantwortung für die Gemeinschaft üben.


Herausfordernd dabei ist, eine angemessene Balance zwischen Beteiligung und Struktur zu geben. Denn einerseits ist das Verhältnis zwischen Erwachsenen und Kindern durch unterschiedliche Aspekte wie Alter, Lebenserfahrung, Kompetenzvorsprung oder physische Überlegenheit durch Asymmetrie gekennzeichnet. Pädagogische Fachkräfte tragen dadurch die Verantwortung, ihre eigene Gestaltungsmacht zu reflektieren und sicherzustellen, dass sie Kindern selbstbestimmte Erfahrungsräume ermöglichen. Andererseits müssen Fach- und Lehrkräfte dabei die individuellen Voraussetzungen und den Entwicklungsstand der Kinder mitberücksichtigen. Denn selbstverständlich dürfen Kinder durch Beteiligung nicht überfordert werden.


Weiter ist querliegend die gesamtinstitutionelle Werteebene bedeutend. Es muss in den Bildungseinrichtungen ein offener Diskurs darüber geführt werden, welche Normen und Werte den Umgang miteinander und das professionelle Selbstverständnis der Akteure leiten. Denn die Interaktionen im Team und mit den Kindern, die Interaktionen der Kinder untereinander ebenso wie die alltäglich wiederkehrenden Situationen und Rituale wie ein Morgen-

## Demokratiebildung in Kita und Schule: Zwei Forschungsprojekte des Deutschen Jugendinstituts zeigen Chancen und Grenzen auf

Die Publikationen zu den beiden jüngsten Forschungsprojekten zur Demokratiebildung des Deutschen Jugendinstituts (DJI) werfen einen empirischen Blick auf das Verhältnis von Bildung und Demokratie in Kita und Schule. Die Wissenschaftler:innen analysieren die Ausgestaltung bildungspolitischer Vorgaben sowie fachdidaktischer Konzepte in Bildungs- und Lehrplänen, Schulbüchern und pädagogischer Praxis. Im ersten Band mit dem Titel „Bildung und Demokratie. Empirische Perspektiven auf Kita und Schule“, der 2023 im Beltz-Verlag erschienen ist,

zeigen die Autor:innen Potenziale auf und diskutieren Spannungsfelder und Grenzen des pädagogisch Leistbaren. Darauf aufbauend erfolgt im Projektbericht mit dem Titel „Demokratiebildung im Ganzttag. Ergebnisse von qualitativen Befragungen und Beobachtungen im grundschulischen Ganzttag“ im Jahr 2024 eine empirische Auseinandersetzung damit, welche Chancen das geplante Recht auf Ganztagsbetreuung in den Grundschulen bietet und wie voraussetzungs voll Demokratiebildungsprozesse für die Lehr- als auch die Fachkräfte sind. Die Studien wurden im Zeitraum von 2018 bis 2024 durchgeführt.

 [Informationen über Bildung und Demokratie in der Kindertagesbetreuung bei dji.de](#)

 [Informationen über Demokratiebildung im Ganzttag bei dji.de](#)



kreis, die Begrüßung von Kindern und Familien transportieren bereits Werte und Normen. Dazu gehört auch, dass Fach- und Lehrkräfte dafür sensibel sind, wie Kinder untereinander agieren, und sie proaktiv Vorurteile der Kinder untereinander oder auch Ausgrenzungen thematisieren. Denn Partizipationsangebote sind eng mit der Zielrichtung verbunden, allen Kindern gleichermaßen Bildungschancen zu ermöglichen. Sie müssen deshalb daraufhin reflektiert werden, ob sie so gestaltet sind, dass sie Kinder nicht aufgrund ihrer Kompetenzen oder Ausgangslage ausgrenzen.

### Bildungsinstitutionen benötigen fachliche und politische Unterstützung

Entscheidend ist schließlich, dass sich nicht nur die pädagogische Praxis, sondern die gesamte Institution an demokratisch-partizipatorischen Grundwerten orientiert. Auch in der Zusammenarbeit der Leitung mit dem Team oder in multiprofessionellen Teams zeigt sich, ob das Miteinander demokratisch ausgerichtet ist. Wenn pädagogische Fachkräfte selbst wenig Gestaltungsspielraum in der Institution haben, wird es wiederum schwierig, Kindern Mitgestaltung authentisch zu ermöglichen. Die Bedingungen gilt es in der gesamten Institution zu schaffen. Dafür ist eine entsprechende Unterstützung aus Fachpolitik und den Stützsystemen der Kinder- und Jugendhilfe notwendig, beispielsweise über Weiterbildungen, fachliche Beratung sowie personelle und materielle Ressourcen. Bildungsinstitutionen für junge Kinder sind schließlich durch ihre strukturelle Verankerung in der Gesellschaft und ihr pädagogisches Potenzial prädestiniert dazu, einen bedeutsamen Beitrag zur Verfestigung und beständigen Erneuerung der Demokratie zu leisten. Die Verantwortung dafür können sie allerdings nicht alleine tragen. Dies kann immer nur im Zusammenspiel mit anderen gesellschaftlichen Schlüsselakteuren gelingen. **x**

### Literatur

- BIRNBACHER, LEONHARD u.a. (2023): *Bildung und Demokratie. Empirische Perspektiven auf Kita und Schule*. Weinheim/Basel
- BIRNBACHER, LEONHARD u.a. (2024): *Demokratiebildung im Ganztag. Ergebnisse von qualitativen Befragungen und Beobachtungen im grundschulischen Ganztag*. München
- BOER DE, HEIKE / VELTEN, KATRIN (2022): *Partizipation aus der Perspektive von Schüler\*innen*. In: Bennewitz, Hedda/Boer de, Heike/Thiersch, Sven (Hrsg.): *Handbuch der Forschung zu Schülerinnen und Schülern*. Münster, S. 163–172
- BUNDESREGIERUNG (2025): *Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD*. 21. Legislaturperiode
- EBERLEIN, NOEMI / DURAND, JUDITH / BIRNBACHER, LEONHARD (2021): *Bildung und Demokratie mit den Jüngsten. Eine Bestandsaufnahme der Diskurse, Bezugstheorien und Konzepte zur Demokratiebildung in der Kindertagesbetreuung*. Weinheim/Basel
- HÖHME-SERKE, EVELYNE / BEYERSDORFF, SABINE (2011): *Mit Kindern Demokratie leben*. Aachen
- ITTEL, ANGELA / RAUFELDER, DIANA / SCHEITHAUER, HERBERT (2014): *Soziale Lerntheorien*. In: Ahnert, Liselotte (Hrsg.): *Theorien in der Entwicklungspsychologie*. Heidelberg, S. 330–351
- KELLER, MONIKA (2007): *Moralentwicklung und moralische Sozialisation*. In: Horster, Detlef (Hrsg.): *Moralentwicklung von Kindern und Jugendlichen*. Wiesbaden, S. 17–50
- PEYERL, KATRIN / ZÜCHNER, IVO / DOTZERT, ANNA (2021): *Demokratieförderung im Grundschulalter: Perspektiven auf den Hort und die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe in der Ganztagsgrundschule. Eine Expertise für das Deutsche Jugendinstitut*. München/Halle
- RICHTER, ELISABETH / LEHMANN, TERESA / STURZENHECKER, BENEDIKT (Hrsg.) (2017): *So machen Kitas Demokratiebildung. Empirische Erkenntnisse zur Umsetzung des Konzepts „Die Kinderstube der Demokratie“*. Weinheim/Basel
- SCHUBARTH, WILFRIED / TEGELER, JULIA (2016): *Anregungen und Empfehlungen für eine offensive Wertebildung*. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *Werte lernen und leben. Theorie und Praxis der Wertebildung in Deutschland*. Gütersloh



**Judith Durand** ist Grundsatzreferentin in der Fachgruppe „Pädagogische Konzepte für die Kindheit“ der Abteilung „Kinder und Kinderbetreuung“ am Deutschen Jugendinstitut (DJI). Schwerpunkte der Diplom-Erziehungswissenschaftlerin sind pädagogische Konzepte und Qualität in der Kindertagesbetreuung sowie Partizipation von Kindern und Demokratiebildung.  
[durand@dji.de](mailto:durand@dji.de)



**Dr. Leonhard Birnbacher** ist wissenschaftlicher Referent am DJI in der Abteilung „Familie und Familienpolitik“. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der Demokratie-, Zivilgesellschafts- und Bildungsforschung.  
[birnbacher@dji.de](mailto:birnbacher@dji.de)

# Beteiligt – aber nicht gleichberechtigt

Jugendliche und junge Erwachsene bringen ihre Expertise in politische Beratungsprozesse auf Bundesebene ein. Doch erwachsenenzentrierte Strukturen und ungleiche Machtverhältnisse begrenzen die Wirksamkeit. Welche Standards eine echte Mitgestaltung sicherstellen können.

Von Sofie Jokerst und Wolfgang Schröder



**E**s ist ein kinder- und jugendpolitischer Irrglaube, dass die Beteiligung junger Menschen notwendigerweise im sozialen Nahraum beginnt und sich erst mit zunehmendem Alter schrittweise auf weitere politische Ebenen ausweitet – als müsse die Beteiligung parallel zum Erwachsenwerden wachsen. Längst haben die Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen anerkannt, dass junge Menschen in allen Altersstufen an politischen Beratungsprozessen zu beteiligen sind. Entsprechend sollte es selbstverständlich sein, sie auf bundes- und landespolitischer Ebene und natürlich auch im sozialen Nahraum in solche Prozesse einzubeziehen.

## Beteiligungsformate der Bundespolitik richten sich kaum an Kinder

Auf Bundesebene finden sich meist Beteiligungsformate, die von (politischen) Institutionen, wie Ministerien oder Verbänden, initiiert werden und junge Menschen zur Mitwirkung einladen, wie ein im Jahr 2025 erschienener Bericht des Bundesjugendkuratoriums (BJK) zeigt (siehe Infobox, S. 18). Diese Beteiligung – in Gremien, Projekten, Konferenzen und anderen Formaten – kann als Form zivilgesellschaftlicher Politikberatung verstanden werden. Ziel ist es, die Expertise junger Menschen in der Wissensgenerierung zur Vorbereitung politischer Entscheidungen einzubeziehen (BJK 2019). Das bedeutet: Junge Menschen bringen ihr Wissen in einer grundlegend adultistisch strukturierten politischen Entscheidungswelt ein, formulieren ihre Interessen und Anliegen unter schwierigen Machtasymmetrien, tauschen sich untereinander und mit anderen Sachverständigen aus und stellen letztlich politisch Verantwortlichen ihr Wissen für die Entscheidungsfindung zur Verfügung (ebd.).

Politikberatung auf Bundesebene bedeutet demnach auch, dass sich junge Menschen in erwachsenenzentrierten Strukturen bewegen und zurechtfinden müssen (BJK 2019). Erwachsene bestimmen dabei häufig nicht nur die Rahmenbedingungen der Beteiligungsformate, sondern auch, was als Sachverstand gilt und wie dieser zu kommunizieren ist (ebd.). Die Strukturen sind somit durch Adultismus gekennzeichnet, denn junge Menschen müssen ihre Expertise immer wieder besonders legitimieren. Zudem ist die Gremienarbeit oft stark auf den Alltag und die Berufswelt Erwachsener zugeschnitten und daher vielfach nicht mit den Lebensumständen junger Menschen vereinbar (BJK 2025a).

Kinder werden in der Politikberatung auf Bundesebene bisher kaum eingebunden, wenngleich dies den rechtlichen Verpflichtungen zur Beteiligung von Kindern, etwa in der UN-Kinderrechtskonvention (siehe Infobox, S. 6), widerspricht und Kinder von bundespolitischen Entscheidungen durchaus stark betroffen sind. Es genügt daher nicht, sie – wenn überhaupt – nur auf kommunalpolitischer Ebene zu beteiligen. Bisher richten sich die Formate jedoch vor allem an Jugendliche und junge Erwachsene, da diese besser zu den etablierten Strukturen und Ausdrucksformen der Politikberatung passen. Es wäre von besonderer Bedeutung, Kinder stärker in die Beratungsprozesse einzubeziehen – gerade in der aktuellen Situation, in der die Qualität der Kindertagesbetreuung politisch neu verhandelt wird. Dies heißt aber nicht – um einem häufigen Missverständnis vorzubeugen –, dass Kinder nicht auch in anderen politischen Themenfeldern, wie etwa Klima oder Infrastruktur, beteiligt werden sollten.

## Junge Engagierte stehen vor etlichen praktischen Herausforderungen

Auf Bundesebene zeigt sich in Deutschland aktuell ein vielfältiges Spektrum an Beteiligungsformaten für junge Menschen. Neben Austauschforen wie den Jugendpolitiktagen oder der Bundesjugendkonferenz finden sich unter anderem

”

Die Gremienarbeit ist oft stark auf den Alltag und die Berufswelt Erwachsener zugeschnitten und daher vielfach nicht mit den Lebensumständen junger Menschen vereinbar.



**Oft bleibt unklar, inwieweit die Empfehlungen der jungen Menschen tatsächlich in politische Prozesse einfließen oder zumindest diskutiert werden.**

Jugendgremien, etwa der Jugendbeirat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) oder das Jugendforum youpaN, in dem sich junge Menschen ehrenamtlich an der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ beteiligen. Zudem existieren Gremien mit Jugendbeteiligung, wie beispielsweise das BJK der 20. Legislaturperiode und der jugendpolitische Beirat des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ).

Je nach Format beteiligen sich junge Menschen an Diskussionsforen oder Konferenzen, wirken bei der Entwicklung von Konzepten und Strategien mit oder tauschen sich direkt mit politischen Entscheidungsträger:innen aus, um auf ihre Belange aufmerksam zu machen. Die Formate unterscheiden sich dabei nicht nur in ihrer Zusammensetzung, sondern auch in ihrer strukturellen Anbindung – sie können beispielsweise direkt an Ministerien oder an spezifische politische Prozesse wie den Nationalen Aktionsplan (NAP) für Kinder- und Jugendbeteiligung gekoppelt sein. Im Rahmen dieses NAP entwickelten junge Menschen unter anderem die Idee einer Beteiligungsplattform, die einen Überblick über bestehende Formate bieten und den Austausch zwischen jungen Engagierten und Interessierten – sowohl erfahrenen als auch neu hinzukommenden – sowie Initiativen und Institutionen ermöglichen soll (BMFSFJ 2025).

Auch in einem Workshop des BJK im Sommer 2024 zur Politikberatung junger Menschen auf Bundesebene wurden die unterschiedlichen Rahmenbedingungen der Beteiligungsformate thematisiert. Die Teilnehmenden schilderten praktische Herausforderungen ihres Engagements, etwa den hohen zeitlichen

## Das Bundesjugendkuratorium: Das Beratungsgremium der Bundesregierung setzt sich insbesondere für mehr Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ein

Als gesetzlich verankertes Sachverständigengremium setzt sich das Bundesjugendkuratorium (BJK) aus bis zu 15 Expert:innen aus Politik, Verwaltung, Verbänden und Wissenschaft zusammen. Es berät die Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen der Kinder- und Jugendhilfe und in Querschnittsfragen der Kinder- und Jugendpolitik. Empfehlungen werden in Form von längeren Stellungnahmen oder kürzeren Zwischenrufen auch der (Fach-)Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Im Zentrum stehen dabei gesellschaftliche Veränderungsprozesse und ihre Auswirkungen auf die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Die Mitglieder des BJK werden stets für die Dauer der laufenden Legislaturperiode des Bundestags berufen. In der 20. Legislaturperiode waren fünf Sachverständige unter 27 Jahren. Die Arbeitsstelle Kinder- und Jugendpolitik am Deutschen Jugendinstitut (DJI) unterstützt das Gremium seit fast 20 Jahren. Sie legt einen Schwerpunkt auf die Politikberatung und dient als Korrespondenzpartner für die institutionellen Akteure der Kinder- und Jugendpolitik auf Bundesebene. Geleitet wird sie von Dr. Pia Jaeger. Das DJI ist ständiger Gast im BJK.

Informationen über das Bundesjugendkuratorium unter:

 [bundesjugendkuratorium.de](https://www.bundesjugendkuratorium.de)



**Sofie Jokerst** ist wissenschaftliche Referentin der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendpolitik am Deutschen Jugendinstitut (DJI), die das Bundesjugendkuratorium (BJK) wissenschaftlich und organisatorisch unterstützt. Die Arbeitsschwerpunkte der studierten Politikwissenschaftlerin liegen im Bereich der politischen Partizipation und Beteiligung junger Menschen.  
[jokerst@dji.de](mailto:jokerst@dji.de)



**Prof. Dr. Wolfgang Schröer** war in der 19. und 20. Legislaturperiode Vorsitzender des BJK. Der Professor für Sozialpädagogik an der Universität Hildesheim beschäftigt sich unter anderem mit der Kinder- und Jugendhilfe, Sozialpolitik und transnationaler sozialer Unterstützung.  
[schroerer@uni-hildesheim.de](mailto:schroerer@uni-hildesheim.de)

und organisatorischen Aufwand sowie die mitunter beträchtlichen (Reise-)Kosten (BJK 2025a). Gefordert wurde eine größere Transparenz sowohl in Bezug auf die Beteiligungsbedingungen als auch hinsichtlich der Verwertung der Beratungsergebnisse. Denn oft bleibe unklar, inwieweit die Empfehlungen der jungen Menschen tatsächlich in politische Prozesse einfließen oder zumindest diskutiert werden (ebd.).

Ein wertschätzender Umgang mit den jungen Engagierten und ihren Vorschlägen wurde dabei als zentrale Voraussetzung für eine gelingende Politikberatung hervorgehoben. Unterstützend wirkten aus Sicht der Teilnehmenden zudem feste, gut erreichbare Ansprechpersonen. Kritisch bewertet wurden dagegen ungleiche Zugänge zu Beteiligungsformaten und mangelnde Diversitätssensibilität bei der Gremienzusammensetzung. Insgesamt zeigte sich der Wunsch nach einer inklusiven Gestaltung und nachhaltigen Verankerung der Politikberatung junger Menschen auf Bundesebene. Einige dieser Erkenntnisse decken sich mit den Ergebnissen des Beteiligungsprozesses des 17. Kinder- und Jugendberichts (Deutscher Bundestag 2024, siehe auch S. 42 in dieser Ausgabe).

### Wirksame Jugendbeteiligung braucht eine strukturelle Verankerung

Basierend auf diesen Ergebnissen und der langjährigen Auseinandersetzung mit dem Thema junger Menschen in der Politikberatung formulierte das BJK einen Appell mit zentralen Eckpunkten für die Weiterentwicklung der Beteiligungsformate auf Bundesebene (BJK 2025b). In jedem Bundesministerium wie auch im Bundeskanzleramt brauche es demzufolge eine feste Zuständigkeit für die Politikberatung junger Menschen. Zudem fordert das BJK, dass grundlegende Standards in der Kinder- und Jugendbeteiligung sichergestellt werden. Das Sachverständigenrat betont darüber hinaus die Notwendigkeit, dass junge Menschen „eine altersgerechte, transparente sowie prozess- und gegenstandsbezogene Rückmeldung über die Folgen ihrer Beratungsleistung erhalten“ (BJK 2025b, S. 2). Wirksame Jugendbeteiligung müsse über einmalige Beteiligungsprojekte hinausgehen.

Es zeigt sich, dass die Notwendigkeit der politischen Beteiligung junger Menschen auch auf bundespolitischer Ebene an vielen Stellen erkannt und adressiert wird. Dies ist jedoch nur ein Anfang, durch den erst der Entwicklungsbedarf sichtbar wurde, um adultistisch geprägte Strukturen in der Politikberatung zu öffnen, Beteiligungsformate nachhaltig und strukturell zu verankern sowie grundlegende Standards und Transparenz sicherzustellen. x

### Literatur

BUNDESJUGENDKURATORIUM (2019): *Junge Menschen in der Politikberatung – Empfehlungen für mehr Beteiligung der jungen Generation auf Bundesebene. Stellungnahme 11/2019.* München  
 BUNDESJUGENDKURATORIUM (2025a): *Erfahrungen junger Menschen in der Politikberatung – Beteiligungspraxis junger Menschen auf Bundesebene. Bericht.* München  
 BUNDESJUGENDKURATORIUM (2025b): *Zentrale Eckpunkte zur Weiterentwicklung der Beteiligungsformate junger Menschen auf Bundesebene. Appell.* München  
 BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (2025): *Nationaler Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung. Abschlussdokumentation.* Berlin  
 DEUTSCHER BUNDESTAG (2024): *17. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe. BT-Drucksache 20/12900.* Berlin

# Eine Brücke zwischen Jugend und Politik: Jugendkreisräte setzen im Landkreis Aichach-Friedberg Impulse

Von Gerlinde Knöpfle und Theresa Kern



Im Landkreis Aichach-Friedberg eröffnet ein Jugendparlament jungen Menschen die Möglichkeit, sich aktiv an der Entwicklung des Landkreises zu beteiligen, jugendrelevante Themen zu diskutieren und ihre Interessen in der Kommunalpolitik zu vertreten. So erhalten sie Einblicke in politische Entscheidungsprozesse und lernen, wie Demokratie auf kommunaler Ebene funktioniert. Die Idee hatte das Bildungsbüro des Landkreises im Rahmen der Zusammenarbeit mit der Regionalen Entwicklungsagentur für kommunales Bildungsmanagement (REAB) Bayern, deren Regionalbüro Süd am Deutschen Jugendinstitut (DJI) angesiedelt ist (siehe Infobox, S. 21). Sie unterstützt Landkreise

und kreisfreie Städte dabei, auf Basis eines datenbasierten Bildungsmanagements einen passend zugeschnittenen, modernen Mix an Bildungsangeboten zu entwickeln.

## Jugendparlament mit Rückhalt: starkes Engagement und enge Zusammenarbeit

Die Jugendbeteiligung im Landkreis Aichach-Friedberg zeigt: Partizipation und Demokratiebildung brauchen engagierte Fürsprecher:innen, wie den Landrat Dr. Klaus Metzger und die Mitarbeitenden der verschiedenen Abteilungen der Kommunalverwaltung. Deren Rückhalt und Zusam-

menwirken ermöglichten es, die Gründung eines Jugendparlaments zu realisieren. Die Federführung übernahmen das Bildungsbüro und das Jugendamt. Ersteres verfolgt dabei auch das Ziel, demokratische Bildung im Landkreis systematisch auszubauen – ein Vorhaben, das inzwischen auch durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert wird.

Um mögliche Herausforderungen bei der politischen Beteiligung von Jugendlichen schon von Beginn an mitzudenken, nutzte das Team von Aichach-Friedberg die Erfahrungen und Expertise verschiedener Partner. So gab es einen intensiven Austausch mit einem anderen Landkreis, der bereits über langjährige Erfahrungen mit einem Jugendparlament verfügt. Die Akademie für Kinder- und Jugendparlamente in Berlin wurde als wichtige Anlaufstelle für Beratung und fachlichen Input einbezogen.

### **Agieren und Abstimmen nach dem Vorbild des regulären Kreistags**

Im Mai 2022 wurde schließlich der sogenannte Jugendkreistag gegründet. Das Gremium befasst sich mit allen Themen, die für junge Menschen im Landkreis relevant sind – von Bildung, Freizeit und öffentlichem Nahverkehr bis hin zu Klimaschutz, Jugendhilfe und Integration. Ziel ist es, konkrete Anregungen zur Verbesserung der Lebensqualität junger Menschen zu erarbeiten.

Der Geschäftsordnung zufolge darf jede weiterführende Schule mindestens eine Person im Alter von 14 bis maximal 20 Jahren in den Jugendkreistag entsenden. Die Vertreter:innen werden in einem demokratischen Verfahren an der Schule für zwei Jahre gewählt. Maximal 40 Jugendliche bilden zusammen mit dem Landrat das Gremium. Wie im regulären Kreistag finden die vom Landrat geleiteten Sitzungen regelmäßig im Großen Sitzungssaal des Landratsamts statt, auch die Abstimmungen richten sich nach dem Vorbild des Kreistags.

Zusätzlich werden die Jugendlichen im Sinne der Demokratiebildung von der kommunalen Jugendarbeit und dem Bildungsbüro begleitet und beraten. So werden beispielsweise die Tagesordnungen der Sitzungen in enger Abstimmung zwischen den Sprecher:innen des Jugendparlaments und den Zuständigen im Jugendamt und Bildungsbüro festgelegt. Das dreiköpfige Sprecher:innen-Team ist zudem berechtigt, die Interessen des Jugendparlaments im Kreistag und in Fachausschüssen zu vertreten. Die Jugendkreistät:innen sammeln Ideen von ihren Mitschüler:innen, ent-


wickeln Projektvorschläge und setzen sie gegebenenfalls um. Hierfür steht dem Jugendkreistag ein jährliches Budget von 5.000 Euro zur Verfügung.

### **Demokratische Prozesse kennenlernen und Verantwortung übernehmen**

Während der ersten Amtsperiode haben die Jugendlichen bereits konkrete Projekte umgesetzt – darunter eine Baumpflanzaktion als Zeichen gegen den Klimawandel und ein Kinoabend unter dem Motto „Von der Jugend für die Jugend“. Nach diesen ersten Erfolgen hat der neue Jugendkreistag, der seit Februar 2024 im Amt ist, weitere wichtige Themengebiete definiert. Handlungsbedarf sehen die Jugendlichen insbesondere bei der Ausstattung ihrer Schulen

## **Regionale Entwicklungsagentur für kommunales Bildungsmanagement: Beratung für Landkreise und kreisfreie Städte in Bayern**

Die Regionale Entwicklungsagentur für kommunales Bildungsmanagement (REAB) Bayern unterstützt auf Grundlage eines datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements die Gestaltung moderner Bildungslandschaften und den Ausbau qualitativvoller Bildungsangebote. Sie berät und unterstützt interessierte Landkreise und kreisfreie Städte in Bayern – darunter auch den Landkreis Aichach-Friedberg – kostenfrei zu Fragen der kommunal verantworteten Bildung. Gefördert durch das Bundesbildungsministerium ist die REAB Bayern ein Verbundprojekt des Deutschen Jugendinstituts (DJI) in München und der Europäischen Metropolregion Nürnberg. In ihrer Arbeit greift sie auf Erfahrungen aus zehn Jahren Transferagentur und auf ein bundesweites Fachnetzwerk zurück.

 **Informationen über die Regionale  
Entwicklungsagentur für kommunales  
Bildungsmanagement Bayern**



**Gerlinde Knöpfle** ist für die Öffentlichkeitsarbeit der Regionalen Entwicklungsagentur für kommunales Bildungsmanagement (REAB) Bayern am Deutschen Jugendinstitut (DJI) zuständig.  
[knoepfle@dji.de](mailto:knoepfle@dji.de)



**Theresa Kern** ist wissenschaftliche Referentin in der REAB Bayern. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind die Beratung und Vernetzung von Kommunen in Südbayern zu Themen des datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements.  
[kern@dji.de](mailto:kern@dji.de)

sowie dem öffentlichen Personennahverkehr. Klimawandel und die Umwelt spielen für sie weiterhin eine bedeutende Rolle, ebenso wie die Auseinandersetzung mit Rassismus und Sexismus. Um die Themen zu bearbeiten, wurden Arbeitsgruppen gebildet.

Über ihre Arbeit im Jugendkreistag sammeln die Jugendlichen vielfältige Erfahrungen im Bereich der politischen Bildung – sei es durch die Teilnahme an Sitzungen, den direkten Austausch mit der Kommunalverwaltung oder durch Diskussionen mit Politiker:innen. Sie erhalten vielfältige Einblicke, um ein tieferes Verständnis für kommunalpolitische Prozesse zu entwickeln. Zu ihren zentralen Aufgaben gehören außerdem, die gesammelten Informationen und Diskussionsergebnisse zurück in die Schulen zu tragen und Anliegen von Mitschüler:innen wiederum aufzunehmen.

Begleitet werden die Jugendlichen durch gezielte Angebote zur Demokratiebildung – etwa durch Workshops zum konstruktiven Umgang mit Andersdenkenden. Dabei lernen sie nicht nur, dass politische Entscheidungsprozesse oft mit komplexen Sachverhalten verknüpft sind, sondern auch, wie herausfordernd es sein kann, tragfähige Lösungen zu finden. Ebenso wird ihnen die Vielschichtigkeit politischer Zuständigkeiten vermittelt – also wer wofür zuständig ist: Gemeinde, Landkreis, Land oder Bund.

## Über Chancen und Grenzen der Jugendbeteiligung reflektieren

Diese wertvollen Lernprozesse bringen jedoch auch Herausforderungen mit sich, für die aktuell nach neuen Lösungswegen gesucht wird. Häufig sind die Themen zu komplex für eine vertiefte Diskussion im Jugendparlament oder betreffen Bereiche, für die der Landkreis gar nicht zuständig ist. Aus diesem Grund findet gegenwärtig eine Reflexions- und Überarbeitungsphase statt, in der es darum geht, Wege zu finden, wie die Meinungen der Jugendlichen wirksam platziert werden können und wie trotz der thematischen Komplexität eine fundierte Meinungsbildung ermöglicht werden kann.

## Mehr Informationen zum Jugendkreistag des Landkreises Aichach-Friedberg

### Literatur

BUNDESJUGENDKURATORIUM (2019): *Junge Menschen in der Politikberatung – Empfehlungen für mehr Beteiligung der jungen Generation auf Bundesebene. Stellungnahme 11/2019.* München  
BUNDESJUGENDKURATORIUM (2025a): *Erfahrungen junger Menschen in der Politikberatung – Beteiligungspraxis junger Menschen auf Bundesebene. Bericht.* München  
BUNDESJUGENDKURATORIUM (2025b): *Zentrale Eckpunkte zur Weiterentwicklung der Beteiligungsformate junger Menschen auf Bundesebene. Appell.* München  
BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (2025): *Nationaler Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung. Abschlussdokumentation.* Berlin  
DEUTSCHER BUNDESTAG (2024): *17. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe.* BT-Drucksache 20/12900. Berlin

# Zwischen politischer Partizipation und manipulativer Vereinnahmung

Junge Menschen bewegen sich in hybriden Lebenswelten – auch bei der politischen Meinungsbildung und Beteiligung. Um sich dabei nicht von Fake News, Hassbotschaften und viralen Hetzkampagnen beeinflussen zu lassen, müssen sie die Mechanismen Sozialer Medien verstehen, was stetige Medienbildung erforderlich macht.

Von Dagmar Hoffmann



**G**erade im Jugendalter ist es entscheidend, demokratische Verhaltensweisen zu erlernen, ein politisches Bewusstsein zu entwickeln und sich eine eigene Meinung zu bilden. Doch wie wird ein junger Mensch politisch handlungsfähig? Vor allem durch Austausch mit anderen, durch das Verfolgen nicht singulärer, sondern gemeinsamer Interessen und Ziele. Politische Partizipation kann nicht „verordnet“ werden, sondern es braucht eine Sensibilisierung dafür, dass eine demokratische Gesellschaft langfristig nur funktioniert, wenn ihre Bürger:innen informiert bleiben, Handlungsspielräume nutzen und sich aktiv einbringen. Das Spektrum an politischen Beteiligungsformen ist prinzipiell breit: Es variiert von der Aneignung politisch relevanter Informationen bis hin zur aktiven, dauerhaften Teilhabe am politischen Geschehen. Ob und wie sich junge Menschen politisch artikulieren, hängt von der Bereitschaft, Haltung, von sozial-kommunikativen Fähigkeiten und in einer mediatisierten Gesellschaft ganz wesentlich von Medienkompetenzen ab (vergleiche unter anderem Kutscher 2021). >

Politische Handlungsfähigkeit und Partizipation sind folglich voraussetzungsreich und werden sowohl in formalen Kontexten, wie der Schule, als auch in informellen Kontexten, wie Familie, Jugendtreffs und digitalen Kommunikationsräumen, erlernt. All diese Kontexte und Räume sind durch unterschiedliche Kommunikations- und Interaktionsqualitäten gekennzeichnet und gewähren somit entsprechend ungleiche Formen der Erprobung von politischer Partizipation. Die Räume des politischen Austausches sind zuweilen geschlossen, halböffentlich oder gar hinsichtlich ihres Öffentlichkeitsgrades nicht abzuschätzen. So unterscheidet sich etwa eine Diskussion in der Schule von einem Austausch im Verein oder unter Freund:innen. Ein unidirektionaler Social-Media-Post löst eine andere Anschlusskommunikation aus als ein persönlicher Dialog.

Die politische Sozialisationsforschung betont, dass die relevanten Kontexte heute zunehmend miteinander verwoben sind, sich hybridisieren und daher nicht isoliert betrachtet werden sollten (Eckstein/Noack 2018). Dennoch erhalten mediatisierte und datafizierte Kommunikationsräume, ihre Spezifika und vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten bislang noch zu wenig Beachtung in der Forschung.

### Wie junge Mediennutzer:innen sich politisches Wissen aneignen

Politische Orientierung wird im Jugendalter zumeist als optionale Entwicklungsaufgabe verstanden, die besonders dann aktiviert wird, wenn konkrete Anlässe zur Empörung bestehen oder Wahlentscheidungen zu treffen sind. Mit den aktuellen Krisen sind das Informationsbedürfnis und das Interesse an Politik bei Jugendlichen allgemein wieder gestiegen. Gut die Hälfte der befragten Jugendlichen im Alter von 12 bis 25 Jahren hat in der letzten Shell-Jugendstudie angegeben, sich aktiv politisch zu informieren. Dabei spielen sowohl die klassischen Nachrichtenmedien als auch digitale Angebote wie Soziale Medien und Messengerdienste eine große Rolle.

Junge Männer informieren sich aktiv etwas häufiger als junge Frauen (53 versus 48 Prozent) über Politik. Jugendliche, die einen hohen Bildungsabschluss (wie Fachhochschulreife oder Abitur) anstreben, sind stärker an politischen Informationen interessiert als Jugendliche ohne Schulabschluss oder mit einem (angestrebten) Hauptschulabschluss (Rysina/Leven 2024). Jugendliche vertrauen mit zunehmender Bildungsposition am ehesten den klassischen Informationsmedien wie ARD- und ZDF-Fernsehnachrichten oder auch den überregionalen Zeitungen. Informationen, die über Soziale Medien wie Instagram und TikTok verbreitet werden, stehen Jugendliche in der Regel skeptischer gegenüber (ebd., S. 175).

Gerade in den Sozialen Medien wird nicht unbedingt gezielt nach politischen Informationen gesucht, sondern Jugendliche erreichen auch ungefragt Posts mit politischen Themeninhalten, etwa über die For You Page (FYP). Die FYP ist ein personalisierter Newsfeed auf dem beliebten Videoportal TikTok, der algorithmenbasiert Nutzer:innen



Inhalte empfiehlt. Die Algorithmen berücksichtigen die Nutzer:innen-Interaktionen und vergleichen das Verhalten und auch die Präferenzen mit anderen Nutzer:innen. Außerdem spielen Trends eine wichtige Rolle bei der Empfehlung von Videos. Die FYP ist also entscheidend für die Content-Entdeckung, da sie neben den Videos von Profilen, denen man folgt, auch Inhalte von unbekanntem Accounts anzeigt, die für die/den individuelle:n Nutzer:in interessant sein könnten.

Nachrichtenformate wie tagesschau (2,1 Millionen Follower) oder ZDFheute (139.000 Follower, Stand Oktober 2025) passen sich den Bild- und Videoportalen an, posten dort ausschnitthaft Nachrichtenbeiträge oder auch unterhaltsame Einblicke ins Backstage-Geschehen. Insgesamt erreichen Jugendliche in den Sozialen Medien, auf Messenger- und Mikroblogging-Diensten oft emotional aufgeladene Stimmen – und nicht die moderaten anderer Nutzer:innen. Weiterhin werden Nutzer:innen mit Falschnachrichten und Verschwörungserzählungen konfrontiert.

Neuere psychologische Studien aus den USA zeigen, dass die extremen Meinungen, die wiederholt in den Newsfeeds bestimmter Social-Media-Angebote gepusht werden, die eigene Haltung durchaus beeinflussen, zu verzerrten Metawahrnehmungen und pluralistischer Ignoranz sowie einer fälschlich angenommenen Polarisierung führen können (Robertson/del Rosario/Van Bavel 2024). Immer wieder wird – vor allem im Journalismus – angeführt, dass es vor allem die Algorithmen, Filterblasen sowie Echokammern und die nicht mehr vorhandenen klassischen Gatekeeper sind, die eine reflektierte politische Meinungsbildung erschweren (u.a. Bruns 2019). Anzumerken ist, dass auch die Nutzer:innen eher extreme als moderate Positionen teilen. Dies kann Wirklichkeitsverzerrungen und eine Diskrepanz zwischen Normen der Online-Umgebungen und des nicht digitalen, sozialen Nahraums zur Folge haben (Robertson/del Rosario/Van Bavel 2024).

### Konfrontative Meinungsmache und Manipulation: Strategien in den Sozialen Medien

Die Aneignung politischen Wissens ist aufgrund der beschriebenen Mechanismen und nicht zuletzt einer oft beklagten Informations- und Reizüberflutung durch die Medienvielfalt, durch Echtzeitjournalismus (Push-Nachrichten, Live-



”

**Niemand ist dauerhaft davor gefeit, auf Desinformationen und Manipulationsversuche hereinzufallen. Umso wichtiger ist es, das eigene Informationsverhalten kontinuierlich und kritisch zu reflektieren.**

ticker) und der Melange aus privaten und offiziellen politischen News in der Tat herausfordernd. Vor allem zu viele negative Nachrichten belasten Jugendliche und führen mitunter zu Nachrichtenvermeidung (News Avoidance und Fatigue) (Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest 2025, S. 47). Aber gerade abgesichertes politisches Wissen ebenso wie Informations- und Medienkompetenzen als auch sozial-kommunikative Fertigkeiten sind zentrale Voraussetzungen für die Meinungsbildung, Argumentations- und Handlungsfähigkeit und politische Partizipation (für einen Überblick Oberle u.a. 2023).

In hybriden Lebenswelten überlappen sich die Diskursräume, spielen Familie und Peers bei der politischen Orientierung nach wie vor eine wichtige Rolle. Doch gerade die Gleichaltrigen sind eben auch in den Sozialen Medien unterwegs und eine wichtige Unterstützungs- und Bewältigungsinstanz (Hajok 2026). Soziale Medien stehen derzeit sehr in der Kritik, da sie sich – so die EU-Kommission – nicht an den Digital Service Act (DSA) halten und zu wenig gegen Deepfakes/Fake News, Hass-Posts und Social Bots unternehmen. Menschenverachtende Aussagen, Diskriminierungen und auch Posts, die als Volksverhetzung gewertet werden können, werden zu wenig und nicht in letzter Konsequenz verfolgt. Menschen legen

(häufig anonym) Accounts und Profileseiten an, auf denen sie Trigger-Themen wie Migration oder Klimawandel prominent platzieren und im Netz streuen, um Ängste zu schüren (unter anderem Kontroll- und Wohlstandsverlust), die mit Diffamierungen marginalisierter Gruppen wie beispielsweise Geflüchteter einhergehen (Mau/Lux/Westheuser 2023). Marginalisierte kritische Stimmen werden mitunter mit Hassrede attackiert, zuweilen zum Schweigen gebracht (Silencing) (Geschke u.a. 2019).

Sowohl Fake News als auch Hass-Posts, mit denen doch recht viele Jugendliche konfrontiert werden (mpfs 2025, S. 55), haben oftmals einen kampagnenartigen Charakter und werden zu Zwecken einer „konfrontativen Meinungsmache“ („Wir und die Anderen“) instrumentalisiert (Hoffmann 2018). Die Meinungsmache erfolgt über Provokationen und Dramatisierungen, indem Ereignisse emotional überhöht und hypermoralisiert werden. Politische Debatten sind dann häufig affektiv so aufgeladen, dass sachliche Auseinandersetzungen erschwert werden. Weiterhin werden klare Schuldzuweisungen und (Vor-)Verurteilungen vorgenommen. Soziale Gruppen und Persönlichkeiten werden abgewertet sowie ausgegrenzt. Durch Hassrede und die Verbreitung extremer ideologischer Positionen entstehen Denkmuster, die die Realität in vereinfachte Gut-Böse- oder Schwarz-Weiß-Schemata einteilen. Diese Art der konfrontativen Meinungsmache hat Aussicht auf Erfolg, wenn bereits Feindbilder vorhanden sind und Menschen(gruppen) zu Projektionsflächen gemacht werden können. Ziel dieser Aktionen ist es nicht vorrangig, andere von der eigenen Position mit sachlichen Argumenten zu überzeugen, sondern sie affektiv und in ideologischer Hinsicht zu vereinnahmen. Es gilt, Verbündete zu finden und für die radikalen Anliegen zu mobilisieren (im Überblick Sachs-Hombach/Zywietz 2018).

Nicht nur die eingängige Sprache dieser kommunikativen Strategien manipuliert, sondern auch ihnen zugehörige Bilder können Eindrücke verstärken und bestimmte (Schein-)Wirklichkeiten erzeugen und für plausibel erklären. Wiederkehrende Schlagworte, Floskeln und Forderungen sowie Bildaussagen suggerieren fälschlicherweise, dass sehr viele Menschen sich einer Meinung anschließen



**Prof. Dr. Dagmar Hoffmann** ist Professorin für Medien und Kommunikation sowie Gender Media Studies an der Philosophischen Fakultät der Universität Siegen. Ihre Forschungsschwerpunkte sind unter anderem Mediensozialisation, Bild- und Medienpraktiken im Social Web, Jugend- und Gendermedienforschung sowie politische Partizipation und Empowerment.

[Dagmar.Hoffmann@uni-siegen.de](mailto:Dagmar.Hoffmann@uni-siegen.de)

## Literatur

- BRUNS, AXEL (2019): *Are filter bubbles real?* Cambridge, Medford, MA
- COUSSERAN, LAURA u.a. (2023): *Kompass: Künstliche Intelligenz und Kompetenz 2023. Einstellungen, Handeln und Kompetenzentwicklung im Kontext von KI.* München
- ECKSTEIN, KATHARINA / NOACK, PETER (2018): *Politische Sozialisation.* In: Gniewosz, Burkhard/Titzmann, Peter F. (Hrsg.): *Handbuch Jugend. Psychologische Sichtweisen auf Veränderungen in der Adoleszenz.* Stuttgart, S. 371–387
- GESCHKE, DANIEL u.a. (2019): *#HASS IM NETZ: Der schleichende Angriff auf unsere Demokratie. Eine bundesweite repräsentative Untersuchung.* Berlin
- HAJOK, DANIEL (2026): *Kinder und Jugendliche in der digitalen Welt.* Stuttgart
- HOFFMANN, DAGMAR (2018): *Hass-Postings, Fake News und konfrontative Meinungsmache im Social Web.* Deutscher Kulturrat
- KUTSCHER, NADIA (2021): *Digitalität, Digitalisierung und Bildung.* In: Bauer, Ulrich/Bittlingmayer, Uwe/Scherr, Albert (Hrsg.): *Handbuch Bildungs- und Erziehungssoziologie.* Wiesbaden, S. 1–17
- MAU, STEFFEN / LUX, THOMAS / WESTHEUSER, LINUS (2023): *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft.* Frankfurt am Main
- MEDIENPÄDAGOGISCHER FORSCHUNGSVERBUND SÜDWEST (mpfs) (2025): *JIM-Studie. Jugend, Information, Medien. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger.* Stuttgart
- OBERLE, MONIKA u.a. (2023): *Politische Sozialisation im Jugendalter. Ein Systematic Review des internationalen Forschungsstands auf Basis empirischer Studien in englisch-sprachigen Zeitschriften.* München
- ROBERTSON, CLAIRE / DEL ROSARIO, KAREENA / VAN BAVEL, JAY J. (2024): *Inside the Funhouse Mirror Factory: How Social Media Distorts Perceptions of Norms.*
- RYSINA, ANNA / LEVEN, INGO (2024): *Leben in der digitalen Informationsgesellschaft – Jugendliche und ihr Umgang mit Fakenews und KI.* In: Albert, Mathias/Quenzel, Gudrun/de Moll, Frederick (Hrsg.): *Jugend 2024.* 19. Shell Jugendstudie. Weinheim
- SACHS-HOMBACH, KLAUS / ZYWIETZ, BERND (Hrsg.) (2018): *Fake News, Hashtags & Social Bots. Neue Methoden populistischer Propaganda.* Wiesbaden
- ZICK, ANDREAS / BERGHAN, WILHELM / MOKROS, NICO (2020): *Jung, feindselig, rechts!?! Menschenfeindliche, rechtspopulistische und -extreme Orientierungen im intergenerativen Vergleich.* In: *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft* 23 (6), S. 1149–1178

und sich einig sind. Meist sind die angebotenen Lösungen für einen Konflikt einfach, so können sie eher als Deutungsmuster übernommen werden, als wenn sie komplex, ambivalent und vielschichtig sind. Anzunehmen ist, dass insbesondere (junge) Menschen für populistische Denkmuster anfällig sind, die ein starkes Bedürfnis nach einem stabilen Werterahmen, sozialer Zugehörigkeit, Ordnung und Sicherheit verspüren. Auch Heranwachsende mit einem hohen Maß an Anomie, also einem Gefühl fehlender klarer gesellschaftlicher Orientierung und schwacher verbindlicher Normen, neigen vermehrt zu antidemokratischen Orientierungen (unter anderem Zick 2020).

## Es gilt, Digital- und Medienkompetenzen kontinuierlich zu fördern

In Zeiten der zunehmenden Verbreitung von Fake News, Hassbotschaften und viralen Hetzkampagnen in Sozialen Medien kommt sowohl der instrumentell-qualifikatorischen, kognitiven, sozialen als auch der kritisch-reflexiven Dimension von Medien- und Digitalkompetenz eine zentrale Bedeutung zu (Cousseran u.a. 2023, S. 16). Niemand ist dauerhaft davor gefeit, auf Desinformationen und Manipulationsversuche hereinzufallen. Umso wichtiger ist es, das eigene Informationsverhalten kontinuierlich und kritisch zu reflektieren. Hier fühlen sich Jugendliche im Alter zwischen 12 und 19 Jahren in der letzten Kompass-Befragung 2023 im Rahmen des Verbundprojekts „Digitales Deutschland“ zwar insgesamt recht gut gewappnet. Unter anderem tricksen sie den Algorithmus auch mal aus, damit ihnen nicht immer wieder die gleichen Inhalte zugespielt werden. Trotzdem regen die befragten jungen Menschen in Anbetracht der Entwicklungen von kommunikativer und generativer KI einen kontinuierlichen Aufklärungs- und Lernbedarf der Bevölkerung insgesamt an (ebd., S. 37).

Angesichts der demokratietheoretischen Probleme, die die beschriebenen Entwicklungen mit sich bringen, wird vielfach der Ruf nach Förderung einer umfassenden Medien- und Digitalkompetenz laut. Diese beinhaltet neben anderen Aspekten etwa die Überprüfung von Quellen und der Glaubwürdigkeit der postenden Nutzer:innen ebenso wie den Abgleich unterschiedlicher Informationen, um Falschmeldungen und Manipulationen identifizieren zu können. Bestimmte visuelle Hinweisreize – sogenannte News Cues – wie Gesten, Posen oder Symbole können erste Anzeichen dafür liefern, dass Darstellungen verfälscht wurden, eine Fotomontage oder ein Deepfake vorliegt. Darüber hinaus sollten Nutzer:innen auch in familiären, schulischen sowie Peer-Kontexten ermutigt und ermächtigt werden, Hass und nachweislich falsche Informationen, die an sie oder andere adressiert werden, gegebenenfalls zu markieren oder bei Beschwerdestellen (beispielsweise [internet-beschwerdestelle.de](http://internet-beschwerdestelle.de) oder [jugendschutz.net](http://jugendschutz.net)) oder den jeweiligen Plattformbetreibern zu melden. Zudem ist die Bedeutung von Gegenrede (Counter Speech) zentral, das heißt, es gilt, Zivilcourage zu zeigen und Normverletzungen nicht unwidersprochen zu lassen (Bystander-Intervention). Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Beteiligung an solchen Interventionen durchaus mit Risiken verbunden sein kann. Wer öffentlich Stellung bezieht, macht sich mitunter angreifbar. Umso wichtiger ist es, sich der potenziellen Dynamiken bewusst zu sein und idealerweise nicht allein zu agieren. x

# Engagement junger Menschen im Gegenwind

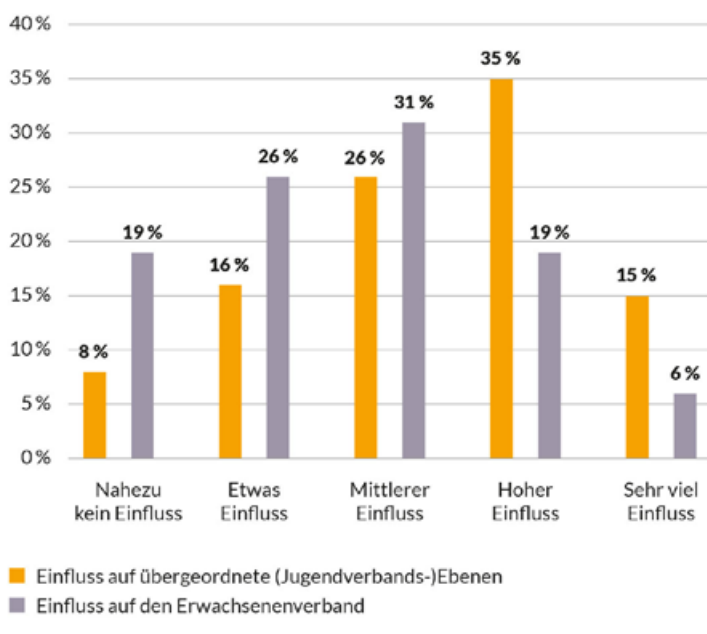
Eine Erhebung des Deutschen Jugendinstituts zeigt: Fast drei Viertel der Jugendverbände verstehen sich als Akteure der Demokratiebildung. Für ihre Arbeit brauchen sie – gerade angesichts der aktuellen rechtspopulistischen Anfeindungen – verlässliche Strukturen.

Von Liane Pluto, Christian Peucker und Andreas Mairhofer



**J**ugendverbände bieten Gelegenheiten, in denen sich junge Menschen selbstbestimmt und selbstorganisiert treffen, Spaß haben, ihren Interessen nachgehen, Kompetenzen erwerben und sich für Dinge, die ihnen wichtig sind, engagieren können. Die Bandbreite der Jugendverbände ist sehr groß und reicht von den Pfadfindern, helfenden Verbänden wie der Jugend der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG-Jugend) über konfessionelle und gewerkschaftliche Verbände bis hin zu postmigrantischen Selbstorganisationen und Gruppen, in denen sich queere junge Menschen zusammenschließen und unterstützen. >

**Abbildung: Einschätzung der Jugendverbände zu ihrem Einfluss auf übergeordnete (Jugendverbands-)Ebenen und den Erwachsenenverband (Anteil der Jugendverbände in Prozent)**



Quelle: DJI-Jugendverbandserhebung des Projekts „Jugendhilfe und sozialer Wandel“ 2024, n = 541, 417

Nach dem Survey des Deutschen Jugendinstituts (DJI) „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“, kurz AID:A, sind 60 Prozent der 12- bis 29-Jährigen in einem Verein aktiv, mit Abstand am häufigsten in Sportvereinen. 21 Prozent der weiblichen und 24 Prozent der männlichen jungen Menschen engagieren sich ehrenamtlich in Vereinen oder Verbänden (Gille 2022). Unter ihnen sind etwas häufiger als in der jeweiligen Vergleichsgruppe junge Menschen in höheren Bildungsgängen beziehungsweise mit höheren Abschlüssen, ohne Migrationshintergrund und aus nicht von Armut betroffenen Haushalten sowie aus Westdeutschland (van Santen/Herz 2025).

### Die Interessen der jungen Menschen artikulieren und vertreten

In der Programmatik der Jugendverbände ist ihre Rolle als bedeutsamer Akteur zur Förderung der Demokratie unter dem Schlagwort „Werkstätten der Demokratie“ (Deutscher Bundesjugendring 2002) fest verankert. Jugendverbände bieten durch ihre Prinzipien und ihre Organisationsform jungen Menschen auf unterschiedlichen Ebenen Möglichkeiten der Mitbestimmung und Mitverantwortung. In den Gruppentreffen, die den Kern vieler Jugendverbände darstellen, gestalten junge Menschen gemeinschaftlich das Verbandsleben. Dabei lernen sie, in Diskussionen eigene Positionen zu entwickeln, diese zu vertreten und demokratische Entscheidungsprozesse aktiv mitzugestalten.

Die in der Regel vereinsförmig organisierte Jugendverbandsarbeit bietet neben der informellen Beteiligung und Mitsprache im Rahmen der regelmäßigen Gruppenstunden häufig weitere Beteiligungsmöglichkeiten. Dazu zählen unter anderem das Wahlrecht der Vereinsorgane sowie die Mitwirkung in Gremien und Vorständen. Jugendverbände verfügen aber nicht nur über binnendemokratische Partizipationsstrukturen, sondern erfüllen zugleich eine politische Funktion nach außen: Sie artikulieren und vertreten die Interessen der jungen Menschen in der politischen und gesellschaftlichen Öffentlichkeit (§ 12 SGB VIII).

### Jugendverbände bieten viele Beteiligungsmöglichkeiten

Wie steht es nun empirisch um die Beteiligungsmöglichkeiten in den Jugendverbänden? Im DJI-Projekt „Jugendhilfe und sozialer Wandel“ wurden im Jahr 2024 Jugendverbände auf kommunaler Ebene zu ihrem Selbstverständnis sowie zu verschiedenen Aspekten der Beteiligung und Mitbestimmung befragt. 71 Prozent der Verbände verstehen sich demnach grundsätzlich als Akteur der Demokratiebildung. Die Beteiligung von jungen Menschen im Verband ist mit Abstand das am häufigsten genannte Thema, das die befragten Jugendverbände in den letzten Jahren besonders beschäftigt hat.

Wie die Erhebung zeigt, schätzt die Hälfte der Jugendverbände den Einfluss von Ehrenamtlichen, Mitgliedern und Teilnehmenden auf übergeordnete Jugendverbandsebenen als (sehr) hoch ein, während nur 8 Prozent nahezu keine Einflussmöglichkeiten sehen (siehe Abbildung links). Deutlich weniger Einflussmöglichkeiten werden in Bezug auf den Erwachsenenverband wahrgenommen: Lediglich 25 Prozent der Jugendverbände halten ihren Einfluss für (sehr) groß, 19 Prozent sehen dagegen fast keinerlei Möglichkeiten dazu. Diese Diskrepanz ist auch darauf zurückzuführen, dass in vielen Fällen Teilnehmungsstrukturen in die Erwachsenenverbände hinein fehlen – ein Befund, den auch andere Studien bestätigen (zum Beispiel Riekman 2011). Mehr als 40 Prozent der befragten Jugendverbände gaben zugleich an, dass die Verbesserung von Mitwirkungsstrukturen in den vergangenen zwei Jahren ein zentrales Thema ihrer Arbeit war – ein Hinweis auf ein Bewusstsein für Reformbedarf.

### Strukturelle Barrieren in der Verbandsarbeit abbauen

Eine Form der Interessenvertretung von jungen Menschen – auch über die Jugendverbandstruktur hinaus – findet über die Jugendringe statt. In ihnen schließen sich vielerorts Jugendverbände zusammen, um unter anderem die Interessen der jungen Menschen und der im Jugendring vertretenen Jugendorganisationen zu bündeln und in politische Prozesse einzubringen. Viele kommunale Jugendringe sehen sich dabei als erfolgreiche und wichtige Akteure der lokalen Jugendpolitik (Peucker/Pluto/van Santen 2019). Neben anderen Formen der Interessenvertretung verfügen Jugendringe vielerorts auch über institutionalisierte Beteiligungsmög-

lichkeiten, beispielsweise durch die Mitgliedschaft im Kinder- und Jugendhilfeausschuss oder die Mitwirkung an kommunalen Jugendparlamenten. Auf diese Weise tragen sie dazu bei, die Stimme junger Menschen auch über den Verband hinaus hörbar zu machen.

Damit Jugendverbände und Jugendringe ihre Interessenvertretungsfunktion wirkungsvoll wahrnehmen können, sind geeignete strukturelle und finanzielle Rahmenbedingungen erforderlich. Aktuell bestehen in nur etwa zwei Dritteln der Jugendamtsbezirke Jugendringe, von diesen sehen sich viele nicht ausreichend ausgestattet, um ihre Aufgaben erfüllen zu können (Peucker/Pluto/van Santen 2019). Ebenso gibt es strukturelle Hürden, insbesondere für postmigranische oder kleine Jugendverbände und -gruppen. Viele von ihnen sind (noch) keine Mitglieder in den Jugendringen, da sie die Aufnahmebedingungen nur schwer erfüllen können (Chehata 2021). Und auch innerhalb der Verbände selbst bestehen Barrieren, etwa für junge Menschen mit einer Einwanderungsgeschichte. Dies wird in den Jugendverbänden schon lange thematisiert, und ein Teil von ihnen arbeitet aktiv daran, Zugangshürden abzubauen, zum Beispiel durch eine stärkere Vernetzung mit Jugendzentren und Schulen, um junge Menschen, die die Jugendverbände bislang nicht kennen, auf die Angebote aufmerksam zu machen (Thimmel 2013).

### Herausforderungen für Jugendverbände als demokratische Akteure

Die dargestellten Befunde verdeutlichen, dass die verbandliche Jugendarbeit ein großes Potenzial besitzt, politische Teilhabe junger Menschen zu fördern und praktisch erfahrbar zu machen. Dabei steht die politische Teilhabe junger Menschen in der Jugendverbandsarbeit vor neuen Herausforderungen. Akteure des rechten politischen Spektrums versuchen die Arbeit von Jugendverbänden zu delegitimieren, indem sie darauf abzielen, deren aktives Eintreten für die Demokratie mit dem Verweis auf ein falsch interpretiertes Neutralitätsgebot (zum Beispiel Jugend- und Familienministerkonferenz 2025, Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten/Deutscher Bundesjugendring 2024) zu behindern. In der Folge vermeiden manche Jugendverbände Äußerungen zur aktuellen Politik oder verzichten auf die Teilnahme an Demonstrationen. Der DJI-Jugendverbandserhebung im Jahr 2024 zufolge äußern 21 Prozent der Jugendverbände (sehr) große, weitere 71 Prozent leichte Befürchtungen, aufgrund ihrer gesellschaftspolitischen Aktivitäten ihre Gemeinnützigkeit zu verlieren – die Kampagne des rechten politischen Spektrums scheint zumindest teilweise zu verunsichern. >

## DJI-Projekt „Jugendhilfe und sozialer Wandel“: Strukturen und Entwicklungen der Kinder- und Jugendhilfe empirisch erforschen

Das Projekt „Jugendhilfe und sozialer Wandel“ am Deutschen Jugendinstitut (DJI) hat im Jahr 2024 seine inzwischen fünfte Jugendverbandserhebung seit 1993 durchgeführt. Hierzu wurden bundesweit mehr als 1.000 Jugendverbände auf der örtlichen Ebene online befragt. Ziel der Langzeitstudie ist es, Angebote, Strukturen, Entwicklungen und Herausforderungen der Kinder- und Jugendhilfe auf der kommunalen Ebene empirisch zu untersuchen. Hierzu werden unter anderem auch regelmäßige bundesweite Befragungen von Organisationen in unterschiedlichen Feldern der Kinder- und Jugendhilfe (etwa in Jugendämtern sowie Einrichtungen stationärer Erziehungshilfen) durchgeführt. Im Feld der Jugendarbeit werden neben Jugendverbänden auch Jugendringe (zuletzt 2015) und Jugendzentren (zuletzt 2018) befragt. Die Ergebnisse der Erhebung bei den Jugendverbänden werden im Jahr 2026 als DJI-Veröffentlichung erscheinen.

 Informationen zum DJI-Projekt „Jugendhilfe und sozialer Wandel“ bei [dji.de](https://www.dji.de)

## Aktuelle Stellungnahme der DJI-Arbeitsstelle Kinder- und Jugendpolitik: Die politische Arbeit freier Träger der Kinder- und Jugendhilfe unterliegt nicht dem Neutralitätsgebot

Die Arbeitsstelle Kinder- und Jugendpolitik am Deutschen Jugendinstitut (DJI) beobachtet die Strukturen der Kinder- und Jugendpolitik in ihrer Verschränktheit und in ihren Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche querschnittartig, analysiert sie empirisch und macht die Erkenntnisse für die Akteure der Kinder- und Jugendpolitik nutzbar. Insbesondere ist sie für das Bundesjugendkuratorium (BJK) zuständig, das die Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen der Kinder- und Jugendhilfe und in Querschnittsfragen der Kinder- und Jugendpolitik berät. Im Oktober 2025 wurde die DJI-Arbeitsstelle im Rahmen einer Anhörung von Sachverständigen im Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend im Landtag Nordrhein-Westfalen um Stellungnahme gebeten. Anlässlich eines Antrags der AfD-Fraktion ging es um die Frage nach den Grenzen politischer Arbeit öffentlich geförderter freier Träger der Kinder- und Jugendhilfe und die Forderung der AfD, öffentliche Mittel im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe eng an das Gebot parteipolitischer Neutralität zu koppeln. Um substantiell auf die im Antrag aufgeworfenen Fragen und die vorgeschlagene Beschlusslage eingehen zu können, war es zunächst wichtig, die vonseiten der AfD vorgetragene Argumentation zu prüfen, darin enthaltene sachlich falsche Darstellungen zu korrigieren und den Auftrag der Kinder- und Jugendhilfe zu erläutern, um vor diesem Hintergrund das Verständnis und die Geltungsbereiche des Neutralitätsgebots darzulegen. Der Stellungnahme zufolge kann das staatliche Neutralitätsgebot nicht auf die Arbeit freier Träger in der Kinder- und Jugendhilfe angewendet werden, vielmehr können die Kinder- und Jugendhilfe und ihre Praxis grundsätzlich nicht politisch neutral sein. Denn Demokratie und politische Partizipation würden in konkreten Lebenssituationen, anhand spezifischer Probleme und in realen Konflikten durch Kinder und junge Menschen erfahren und gelernt. Nur so sei politische Bildung denkbar. In Deutschland unterstützt die demokratische Zivilgesellschaft diesen Prozess der Selbstbildung von Mündigkeit durch eine vielfältige Trägerlandschaft. Diese freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe sind Grundrechtsträger und können sich auf Grundrechte wie die Meinungs- oder die Religionsfreiheit berufen, die einem Neutralitätsgebot entgegenstehen.

Pia Jaeger

- 🔗 [Informationen zu Stellungnahmen bei dji.de](#)
- 🔗 [Informationen über das Bundesjugendkuratorium bei dji.de](#)

Fest steht: Jugendverbände haben das Recht und die Pflicht (§ 12 SGB VIII), Anliegen und Interessen junger Menschen zu vertreten (Deutscher Bundestag 2024) und sich in ihrem vielfältigen Wertefundament aktiv gestaltend für die Demokratie zu engagieren. Gerade vor diesem Hintergrund ist es umso wichtiger, die Jugendverbände in ihrem Engagement zu stärken – von der innerverbandlichen Beteiligung bis zur öffentlichen Interessenvertretung. Nur mit verlässlichen Strukturen können sie ihre Rolle als „Werkstätten der Demokratie“ weiterhin wirksam ausfüllen. x



Die Autor:innen des aktuellen Impulse-Beitrags **Dr. Liane Pluto, Christian Peucker** und **Dr. Andreas Mairhofer** (von links) arbeiten als wissenschaftliche Referent:innen im Projekt „Jugendhilfe und sozialer Wandel“.

### Literatur

- ARBEITSKREIS DEUTSCHER BILDUNGSSTÄTTEN/DEUTSCHER BUNDESJUGENDRING (2024): *Mythos Neutralitätsgebot. Eine Handreichung*. Berlin
- CHEHATA, YASMINE (2021): *Postmigrantische Jugendarbeit*. In: Dubiski, Judith u.a. (Hrsg.): *Praxisforschung in der non-formalen Bildung*. Frankfurt a. M., S. 133–156
- DEUTSCHER BUNDESJUGENDRING (DBJR) (2002): *Mitwirkung mit Wirkung*. Berlin
- DEUTSCHER BUNDESTAG (2024): 17. *Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe*. BT-Drucksache 20/12900. Berlin
- GILLE, MARTINA (2022): *Zivilgesellschaftliches Engagement von jungen Menschen: Beteiligung in Vereinen sowie Übernahme freiwilliger Aufgaben*. In: Bergruber, Anne/Gaupp, Nora (Hrsg.): *Erwachsenwerden heute*. Stuttgart, S. 194–206
- JUGEND- UND FAMILIENMINISTERKONFERENZ (JFMK) (2025): *Beschluss: Jugendarbeit stärken – Für einen demokratischen Diskurs*. 22./23. Mai 2025 in Hamburg
- PEUCKER, CHRISTIAN / PLUTO, LIANE / SANTEN, ERIC VAN (2019): *Status Quo Jugendringe. Bundesweite empirische Befunde zu Situation und Perspektiven*. München
- RIEKMANN, WIBKE (2011): *Demokratie und Verein*. Wiesbaden
- SANTEN, ERIC VAN / HERZ, ANDREAS (2025): *Die Integrationskraft der Angebote der offenen und verbandlichen Jugendarbeit. Empirische Hinweise*. In: *Diskurs Kindheits- und Jugendforschung*, 20. Jg., H. 1, S. 101–117
- THIMMEL, ANDREAS (2013): *Interkulturelle Öffnung in der verbandlichen Jugendarbeit – Stand, Möglichkeiten und Hindernisse der Realisierung*. In: *Drücker, Ansgar (Hrsg.): Die interkulturelle Öffnung der Jugendverbandsarbeit. Bestandsaufnahme und Erfahrungen aus Projekten*. Düsseldorf

# Beteiligung bindet – und bremst Abwanderung

Feuerwehr, Rettungsdienst oder Heimatverein: Junge Menschen, die ihren Heimatort aktiv mitgestalten, möchten deutlich seltener wegziehen. Eine Studie zeigt, wie Jugendengagement dazu beitragen kann, strukturschwache Regionen lebendig zu halten.

Von Stefan Fehser, Birgit Reißig und Frank Tillmann



**D**ie Abwanderung junger Menschen gehört zu den prägenden Herausforderungen ländlicher Räume. Prognosen des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR 2024) zeigen: Während die Bevölkerung in Deutschland insgesamt wächst, gehen die Einwohnerzahlen in ländlichen und peripheren Regionen Ostdeutschlands deutlich zurück. Für einzelne Landkreise wird bis zum Jahr 2045 ein Rückgang um 20 bis 25 Prozent im Vergleich zu 2022 erwartet.

Besonders ausgeprägt ist die Abwanderung der 18- bis 24-Jährigen. Ihr Wegzug wird in der Demografie als Bildungswanderung bezeichnet, da Ausbildung und Studium hier zentrale Motive sind. Auffällig ist, dass junge Frauen überdurchschnittlich oft ihren Lebensmittelpunkt in städtische Regionen verlagern – mit der Folge eines wachsenden Männeranteils in ländlichen Räumen (Fehser/Jäckel 2025). ▶



## Partizipation ersetzt zwar keine fehlenden Arbeitsplätze oder Studienmöglichkeiten. Sie kann aber als sozialer Haltefaktor wirken.

Forschende des Leibniz-Instituts für Länderkunde sprechen in Bezug auf Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen von einer „Culture of Out-Migration“ (Meyer/Leibert 2021) – also einer Haltung in der Bevölkerung, die den Wegzug nach der Schule fast schon als Normalität betrachtet. Diese Entwicklung verstärkt nicht nur den demografischen Rückgang, sondern führt auch zu „entleerten Räumen“ und strukturellen Schieflagen, die schwer zu korrigieren sind.

### Bei Abwanderung spielen unterschiedliche Faktoren eine Rolle

Warum junge Menschen bleiben oder gehen, hängt von einem ganzen Bündel an Faktoren ab. Häufig genannt werden „harte“ Faktoren wie Arbeits- und Ausbildungsplätze, Verkehrsanbindung, Bildungs- und Betreuungsangebote oder die Versorgung mit Dienstleistungen. Daneben spielen aber auch „weiche“ Faktoren eine erhebliche Rolle: soziale Netzwerke, Freundschaften und Familie, regionale Verbundenheit, Heimatgefühle, kulturelle Traditionen sowie Möglichkeiten des Engagements und der Mitgestaltung (Feuerbach/Kosinski/Schmidt 2019).

Quantitative Studien (Schamet 2025) zeigen zwar, dass Berufswahl und Ausbildung die Hauptgründe für Abwanderung sind. Gleichzeitig belegen sie aber auch, dass weiche Faktoren keineswegs nebensächlich sind. Im Gegenteil: Sie wirken eigenständig auf die Entscheidung, ob jemand bleibt oder geht. Besonders wichtig sind dabei Formen der Partizipation – also die Möglichkeit, selbst aktiv zu werden, mitzureden und die eigene Region mitzugestalten. Damit bestätigen sich auch frühere Befunde. Schon die Leipziger Soziologen Kurt Mühler und Karl-Dieter Opp wiesen im Jahr 2006 darauf hin, dass durch Einbindung in gesellschaftliche Prozesse die Identifikation mit dem Lebensumfeld wächst – und damit auch die Bereitschaft, vor Ort zu bleiben.

Partizipation ersetzt zwar keine fehlenden Arbeitsplätze oder Studienmöglichkeiten. Sie kann aber als sozialer Haltefaktor wirken: Wer sich beteiligen kann, entwickelt Bindung, Vertrauen und Verantwortung für die eigene Region.

Und genau das sind Eigenschaften, die darüber entscheiden können, ob junge Menschen eine Zukunft „zu Hause“ sehen – oder nicht.

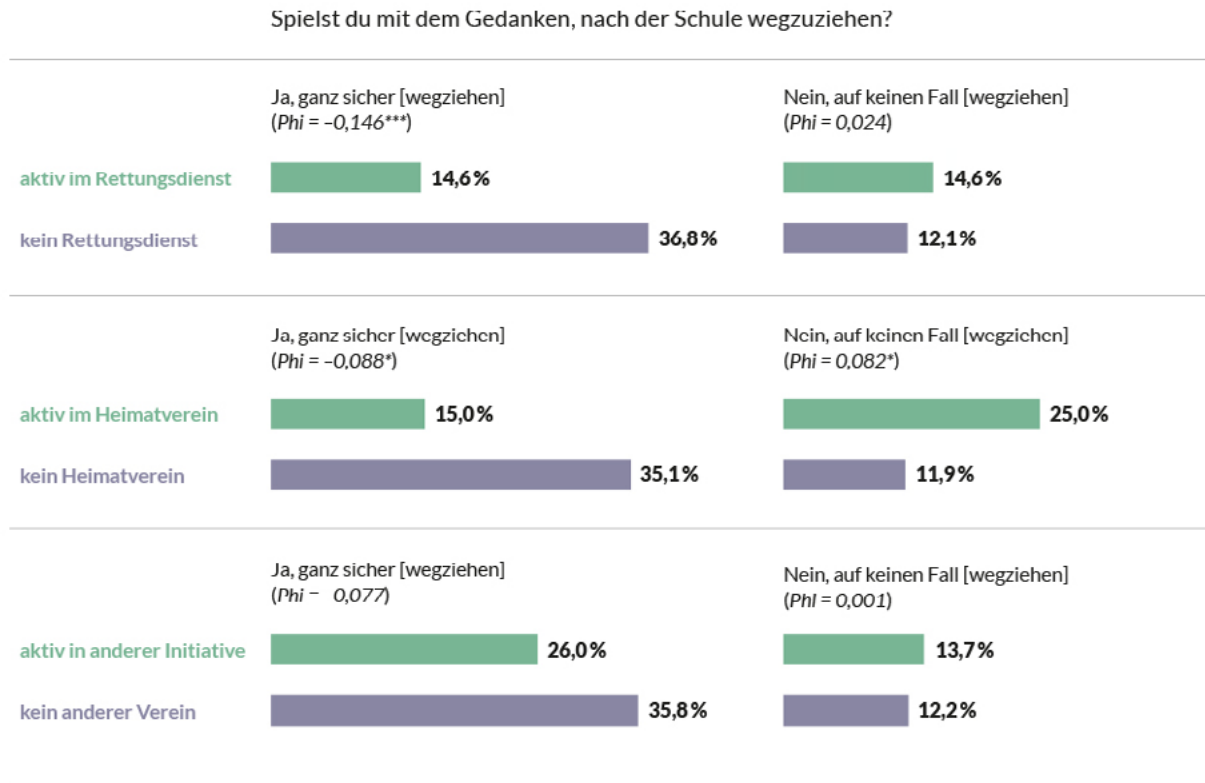
Wie Kommunen mit der Herausforderung des demografischen Wandels umgehen und welche Rolle sie Jugend in ländlichen Regionen zuschreiben, untersuchte das Deutsche Jugendinstitut (DJI) bereits im Projekt „Jugend im Blick“ (Beierle/Tillmann/Reißig 2016). Die Studie kombinierte quantitative und qualitative Zugänge in verschiedenen Landkreisen. Deutlich wurde, dass Jugend vielerorts vor allem als Investitionsprojekt betrachtet wird – als Ressource, um den demografischen Wandel zu bewältigen und die Entwicklungschancen des Landkreises zu sichern. Im Vordergrund stand die bessere Ausschöpfung vorhandener Bildungspotenziale. Gleichzeitig zeigten sich aber auch andere Perspektiven. Angesichts partizipativer Elemente wurde Jugend nicht nur unter dem Aspekt ihrer „Nützlichkeit“ gesehen, sondern auch um ihrer selbst willen – als in einer eigenständigen Lebensphase befindlich mit eigenen Gestaltungsrechten.

### Jede:r dritte Jugendliche in sehr ländlichen Regionen plant wegzuziehen

Vor diesem Hintergrund hat das DJI im Verbund mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg das Projekt „Kulturell-musische Bildung für Jugendliche des ländlichen Raums“, kurz KUMULUS, bis 2023 im Auftrag des Bundesbildungsministeriums durchgeführt. In einer Online-Erhebung an allgemeinbildenden Schulen wurden 475 Jugendliche der 7. bis 10. Klassenstufen in sehr peripheren ostdeutschen Regionen befragt. Dabei handelte es sich um zwei Flächenlandkreise, den Altmarkkreis Salzwedel in Sachsen-Anhalt und die Mecklenburgische Seenplatte in Mecklenburg-Vorpommern. Beide gelten nach der Klassifikation des BBSR als „sehr peripher-ländlich“ – eine Einstufung, die sich aus geringerer Bevölkerungsdichte und erheblichen Distanzen zu größeren Städten ergibt. Auch andere Analysen bestätigen die besondere Lage: So bezeichnet der Teilhabeatlas diese Regionen als „abgehängt“ (Sixtus u.a. 2019).

Besonders aufschlussreich ist an den KUMULUS-Daten, dass verschiedene Formen der Partizipation erhoben wurden, darunter Mitgliedschaften und aktive Teilnahmen in Sportvereinen, in der freiwilligen Feuerwehr oder Rettungsdiensten, in Musik- und Kulturvereinen, in Heimat- und Bürgervereinen, in politischen Gruppen oder Parteien sowie in anderen lokalen Initiativen. Auf dieser Basis konnte untersucht werden, in welchem Umfang Jugendliche in ländlichen Regionen partizipativ eingebunden sind – und ob sich daraus Unterschiede für ihre Zukunftsentscheidungen ergeben. Konkret interessierte die Frage, ob und inwiefern Partizipation in einem Zusammenhang mit den Abwanderungsplänen junger Menschen steht, also mit der Entscheidung, nach der Schule in der Region zu bleiben oder wegzugehen.

**Abbildung: Anteile der engagierten und nicht engagierten Jugendlichen, die nach der Schule planen, wegzuziehen oder vor Ort zu bleiben, in Prozent**



Quelle: KUMULUS-Erhebung für sehr periphere ländliche Regionen, n ≈ 437, Signifikanz für \*  $\vartheta = 10\%$  / \*\*  $\vartheta = 5\%$  / \*\*\*  $\vartheta = 1\%$ , Positionierung zu Migrationsvorhaben, Antwortvergaben dichotomisiert, weitere Kategorien: „vielleicht“, „Ich habe mir darüber noch keine Gedanken gemacht“

Die DJI-Daten zu den 13- bis 16-jährigen Schüler:innen in ländlichen Regionen machen deutlich: Jede dritte befragte Person will „ganz sicher wegziehen“ (Fehser/Tillmann/Reißig 2025). Besonders häufig wird dieser Wunsch von Jugendlichen der 9. und 10. Klassen geäußert – also in einer Phase, in der Übergänge in Ausbildung oder weiterführende Schule konkret werden. Auffällig ist zudem, dass junge Frauen deutlich häufiger einen Wegzug planen als junge Männer. Damit verändert Abwanderung nicht nur die Bevölkerungszahl, sondern langfristig auch die soziale Struktur ländlicher Räume. Beispielsweise kommen im Jahr 2023 in einem der untersuchten Landkreise in der Altersgruppe der 20- bis 25-Jährigen auf 100 junge Männer nur 78,5 Frauen.

### Bestimmte Beteiligungsformen gehen oft mit lokaler Identität und Verwobenheit einher

Die Auswertung der KUMULUS-Daten zeigt zugleich einen statistisch bedeutsamen Zusammenhang zwischen bestimmten Formen der Partizipation und den Bleibeintentionen junger Menschen. Besonders deutlich wird dies bei der freiwilligen Feuerwehr und anderen Rettungsdiensten. Jugendliche, die hier aktiv sind, äußern signifikant seltener den Wunsch, ihre Region nach der Schule zu verlassen. Ein ähnliches Muster zeigt sich bei Heimat- und Bürgervereinen, bei

## Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“: DJI erarbeitet Handlungsempfehlungen, um Mitbestimmung und Perspektiven für Jugendliche zu verbessern

Die Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ beauftragte das Deutsche Jugendinstitut (DJI) mit einem Gutachten zur gesellschaftlichen Beteiligung junger Menschen (Fehser/Tillmann/Reißig 2023). Ziel war es, Handlungsempfehlungen für die Landespolitik zu entwickeln, um strukturelle Defizite abzubauen und Perspektiven für Jugendliche im Land zu verbessern. Im Fokus standen Strukturen und Formen der Jugendbeteiligung – von Jugendparlamenten und kommunaler Mitbestimmung über Schulen, Hochschulen und Arbeitswelt bis hin zu Freiwilligendiensten, Jugendverbänden, politischen Jugendorganisationen und Wahlen. Grundlage waren die Auswertung vorhandener Studien, Kennzahlen und rechtlicher Rahmenbedingungen sowie Interviews in drei ausgewählten Regionen. Aus den Befunden leiteten die DJI-Forschenden konkrete Handlungsempfehlungen ab, die im Landtag in Schwerin vorgestellt und diskutiert wurden. Auch in den folgenden Jahren blieb das DJI ein zentraler Partner der Enquete-Kommission: Es erarbeitete weitere Gutachten, darunter das zweite Gutachten „Formale und non-formale Bildung“, das von den DJI-Wissenschaftler:innen Stefan Fehser, Stefan Hofherr, Frank Tillmann und Birgit Reißig verfasst wurde, sowie aktuell das vierte Gutachten zu „Kinder- und jugendgerechte Infrastruktur/Lebensräume“. Damit trägt das Institut kontinuierlich dazu bei, wissenschaftlich fundierte Grundlagen für die Jugendpolitik in Mecklenburg-Vorpommern bereitzustellen.

denen die Zugehörigkeit mit einer ausgeprägten Neigung zum Verbleib in der Region verbunden ist. Diese Formen des Engagements sind eng mit regionaler Identität und lokaler Verwobenheit verknüpft – Faktoren, die offenbar helfen, Abwanderungsabsichten zu verringern. Befunde zu anderen Beteiligungsformen deuten in eine ähnliche Richtung, erreichen dabei aber keine statistische Signifikanz.

Diese Befunde bestätigen sich auch in multivariaten Analysen. Dadurch lässt sich die Vorhersagekraft verschiedener Faktoren getrennt untersuchen. Das bedeutet: Selbst wenn Alter, Geschlecht und die sozioökonomische Lage des Elternhauses berücksichtigt werden, zeigen die Ergebnisse, dass die genannten Partizipationsformen weiterhin eine statistisch relevante Bedeutung für die Bleibeintention haben. Gleichzeitig zeigt sich, dass nicht alle Gelegenheiten zur Partizipation diesen Effekt aufweisen. Sportvereine sind zwar die am weitesten verbreitete Form der Partizipation, stehen aber in keinem signifikanten Zusammenhang mit Bleibeperspektiven. Bei politischen Gruppen und Parteien ist sogar ein gegenläufiger Trend erkennbar. Engagierte Jugendliche äußern hier überdurchschnittlich häufig Abwanderungspläne. Dabei ist zu berücksichtigen, dass solche Unterschiede auch auf Selbstselektion zurückgehen können –

also darauf, dass sich Jugendliche mit bestimmten Einstellungen oder Orientierungsmustern eher in bestimmten Formen des Engagements wiederfinden. Insgesamt wird damit deutlich: Partizipation wirkt nicht überall gleich, doch gerade in stark lokal verankerten Strukturen zeigt sie messbare Effekte auf die Zukunftsentscheidungen Jugendlicher.

### Partizipation verankern, Zukunftsfähigkeit ländlicher Räume stärken

Die Befunde der KUMULUS-Studie zeigen, dass Partizipation häufig in einem engen Zusammenhang mit der Bleibeentscheidung junger Menschen steht – allerdings nicht in allen Bereichen gleichermaßen. Vor allem dort, wo Engagement stark mit lokaler Identität und Verantwortung verknüpft ist, etwa in der Feuerwehr oder in Heimatvereinen, lassen sich signifikante Zusammenhänge mit Bleibeperspektiven nachweisen. Politisches Engagement oder auch Sportvereine entfalten diesen Effekt dagegen nicht im gleichen Maße. Damit lässt sich festhalten, dass Beteiligung kein Patentrezept innerhalb von Demografiestrategien sein kann, sondern von den Bedingungen und Strukturen abhängt, in denen sie stattfindet.

Daran knüpfen auch die Handlungsempfehlungen eines wissenschaftlichen Gutachtens für eine Enquete-Kommission zur Jugendbeteiligung an (Fehser/Tillmann/Reißig 2023). Sie unterstreichen, dass Jugendpartizipation nur dann Wirkung entfalten kann, wenn Jugendliche mit ihren Anliegen ernst genommen werden, Beteiligung verbindlich in Strukturen verankert wird und ausreichende Ressourcen zur Verfügung stehen. Eine Beteiligungskultur, die Anerkennung vermittelt und jugendgerechte Zugänge schafft, verlässliche Strukturen, die Mitwirkung nicht vom Zufall abhängig machen, sowie Budgets und hauptamtliche Unterstützung bilden dafür zentrale Voraussetzungen. Entscheidend ist zudem, dass Beteiligung mehr ist als symbolisches Anhören: Nur dann, wenn Jugendliche echte Mitentscheidungsrechte erhalten und ihre Beiträge sichtbar in Ergebnisse einfließen, entsteht Selbstwirksamkeit – und damit auch die Bindung, die über Abwanderung oder Verbleib mitentscheidet.

Insgesamt zeigt sich: Jugendpartizipation ist nicht nur demokratische Pflichtaufgabe, sondern zugleich ein Kennzeichen der Zukunftsfähigkeit ländlicher Räume. Sie eröffnet jungen Menschen die Erfahrung, dass ihre Region gestaltbar ist – und macht es damit wahrscheinlicher, dass sie diese auch zu ihrer Zukunftsregion machen. x

## Literatur

- BEIERLE, SARAH / TILLMANN, FRANK / REISSIG, BIRGIT (2016): *Jugend im Blick – Regionale Bewältigung demografischer Entwicklungen. Abschlussbericht: Projektergebnisse und Handlungsempfehlungen*. München
- BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (BBSR) (2023): *Raumtyp 2010*. Bonn
- BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (BBSR) (2024): *Ergebnisse für die Landkreise und kreisfreien Städte*. Bonn
- FEHSER, STEFAN u.a. (2025): *Formale und non-formale Bildung in Mecklenburg-Vorpommern. Gutachten im Auftrag der Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“*. München/Halle
- FEHSER, STEFAN / JÄCKEL, CAROLIN (2025): *Wer geht? Wer kommt? Wer bleibt? Demografischer Wandel im Mitteldeutschen Revier*. Leipzig
- FEHSER, STEFAN / TILLMANN, FRANK / REISSIG, BIRGIT (2023): *Engagement und politische Beteiligung junger Menschen in Mecklenburg-Vorpommern. Gutachten im Auftrag der Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“*. München/Halle
- FEHSER, STEFAN / TILLMANN, FRANK / REISSIG, BIRGIT (2025): *Partizipation und Abwanderung von Jugendlichen in ländlichen Regionen. Eine quantitative Untersuchung zivilgesellschaftlicher Teilhabe von Jugendlichen unter sozialgeografischen Gesichtspunkten*. In: Grunert, Cathleen/ Ludwig, Katja (Hrsg.): *Jugend – Ländliche Räume – Peripherie(sierung)*. Wiesbaden, S. 103–124
- FEUERBACH, FRANK / KOSINSKI, JÖRG / SCHMIDT, ALEXANDRA (2019): *„Was macht den ländlichen Raum für junge Fachkräfte attraktiv?“ Literaturanalyse für das Programm Perspektive Land*. Berlin
- GRUNERT, CATHLEEN / LUDWIG, KATJA (Hrsg.) (2025): *Jugend – Ländliche Räume – Peripherie(sierung)*. Wiesbaden
- MEYER, FRANK / LEIBERT, TIM (2021): *On the role of cultures of (out-)migration in the migration decisions of young people in shrinking regions of Central Germany*. In: *Geographica Helvetica*, 76. Jg., H. 3, S. 335–345
- MÜHLER, KURT / OPP, KARL-DIETER (2006): *Region – Nation – Europa. Die Dynamik regionaler und überregionaler Identifikation*. Wiesbaden
- SCHAMETAT, JAN (2025): *Lebenslaufentscheidungen und Berufsorientierung von Jugendlichen in ländlich-peripheren Räumen*. Weinheim
- SIXTUS, FREDERICK u.a. (2019): *Teilhabeatlas Deutschland. Ungleichwertige Lebensverhältnisse und wie die Menschen sie wahrnehmen*. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin



**Stefan Fehser** ist wissenschaftlicher Referent am Forschungsschwerpunkt „Übergänge im Jugendalter“ in der DJI-Außenstelle in Halle (Saale). Er promoviert an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg am Institut für Soziologie. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen non-formaler Bildungsprozesse, sozialer Ungleichheit und der Teilhabe junger Menschen aus sozialgeografischer Perspektive. [fehser@dji.de](mailto:fehser@dji.de)



**Prof. Dr. Birgit Reißig** leitet die Außenstelle Halle des Deutschen Jugendinstituts (DJI) sowie den Forschungsschwerpunkt „Übergänge im Jugendalter“. Sie befasst sich mit Bildungs- und Ausbildungsverläufen, insbesondere benachteiligter Jugendlicher, Prozessen sozialer Exklusion, non-formaler Bildung im Jugendalter und kommunalem Bildungsmanagement. Sie ist außerdem Honorarprofessorin an der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig (HTWK). [reissig@dji.de](mailto:reissig@dji.de)



**Dr. Frank Tillmann** ist wissenschaftlicher Referent am Forschungsschwerpunkt „Übergänge im Jugendalter“ in der DJI-Außenstelle in Halle (Saale). Seine Arbeitsschwerpunkte sind Jugend am Übergang Schule – Beruf, das Aufwachsen in ländlichen Regionen, soziale Ungleichheit und Bildungsforschung. [tillmann@dji.de](mailto:tillmann@dji.de)

# Junge Menschen beteiligen, Forschung bereichern

Die Perspektiven von Kindern und Jugendlichen stehen am Deutschen Jugendinstitut im Mittelpunkt: Ihre Lebenswelten werden nicht nur in Studien erforscht, die jungen Menschen gestalten die Forschung auch aktiv mit. Wie Mitbestimmung gelingen kann.

Von Angelika Guglhör-Rudan und Thorsten Naab



**D**ie Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an wissenschaftlichen Forschungsprojekten hat in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen. Diese Entwicklung spiegelt sowohl einen Paradigmenwechsel in der Forschung als auch ein wachsendes Bewusstsein für die Rechte und Perspektiven junger Menschen wider. Denn Kinder und Jugendliche haben ein Recht darauf, gehört zu werden – das ist in Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention verankert (siehe Infobox, S. 6). Eingeschlossen in dieses Recht auf Meinungsäußerung ist nicht nur die Ermöglichung der Meinungsbildung, sondern auch die ernsthafte Prüfung und Berücksichtigung der Perspektive der jungen Menschen (Lundy/McEvoy 2012). Die Pädagogin Annedore Prengel beschreibt Partizipation als ein zentrales Element demokratischer Erziehung – und als wichtigen Bestandteil demokratischer Gesellschaften (Prengel 2010).

### Partizipation ist ein Gewinn – für die Jugend ebenso wie für die Wissenschaft

Neben etablierten Formen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen – beispielsweise in Schulen, Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen, Gerichtsverfahren und politischen Prozessen – sind Partizipationsmöglichkeiten auch in Praxis- und Forschungsprojekten von zentraler Bedeutung (Angelöw/Psouni 2025). Sie fördern das Capacity Building auf Seiten der Kinder und Jugendlichen, indem diese gezielt Wissen, Kompetenzen und Ressourcen in Bereichen aufbauen, die ihre Lebenswelt unmittelbar betreffen. Damit leistet Partizipation einen Beitrag zum Empowerment, also zur Stärkung von Selbstbestimmung, Teilhabe und Handlungsfähigkeit junger Menschen (Ozer 2017).

Die direkte Einbindung der jungen Menschen trägt darüber hinaus dazu bei, Daten zu gewinnen, die eine höhere Authentizität und Validität aufweisen (Christensen/James 2008). Kinder und Jugendliche können Perspektiven und Zusammenhänge aufdecken, die erwachsenen Forscher:innen möglicherweise verborgen bleiben. Demzufolge liegt es nahe, dass Forschungsprojekte mit Kinder- und Jugendbeteiligung auch eine höhere Praxisrelevanz aufweisen und eine Grundlage für bedarfsgerechtere Interventionen sein können.

Auch aus forschungsethischer Sicht gibt es gute Gründe, junge Menschen ernsthaft einzubeziehen. Zugleich muss der besonderen Schutzwürdigkeit sowie den altersspezifischen Bedürfnissen minderjähriger Teilnehmer:innen Rechnung getragen werden (Joos/Alberth 2022). Neben der Adaption wissenschaftlicher Methoden und Beteiligungsverfahren an die kognitiven und emotionalen Entwicklungsstände ver-

”

**Kinder und Jugendliche können Perspektiven und Zusammenhänge aufdecken, die erwachsenen Forschenden möglicherweise verborgen bleiben.**



**Beteiligung ist kein Selbstläufer. Sie braucht Ressourcen, Zeit, Fortbildungen für Forschende und ein ernsthaftes Interesse an den Beiträgen junger Menschen.**

schiedener Altersgruppen erfordern Fragen der Anonymität, des Datenschutzes und möglicher psychischer Belastungen besondere Aufmerksamkeit.

### **Kinder und Jugendliche können in alle Forschungsphasen einbezogen werden**

Beteiligung in der Forschung bedeutet mehr, als junge Menschen nach ihrer Meinung zu einem Thema zu befragen (Lundy/McEvoy 2012). Kinder und Jugendliche können aktiv in nahezu alle Phasen eines Projekts einbezogen werden. Dabei gibt es eine wichtige Unterscheidung: Geht es um eine Beteiligung durch Forschung an gesellschaftlichen Prozessen, oder ermöglicht das Projekt eine Beteiligung an einem Forschungsprojekt (Althaus 2024)?

Der erste Fall – die Beteiligung durch Forschung – zielt darauf ab, gesellschaftliche Prozesse zu unterstützen: etwa indem Forschungsergebnisse gemeinsam erarbeitet und so aufbereitet werden, dass sie in politische Entscheidungsprozesse einfließen können. Solche Projekte schaffen im Idealfall Möglichkeiten, damit junge Menschen mittelbar Einfluss auf gesellschaftliche Entwicklungen nehmen können. Allerdings ist dabei nicht sichergestellt, dass ihre Beiträge tatsächlich berücksichtigt werden. Inige Projekte des Deutschen Jugendinstituts (DJI) arbeiten in diesem Sinne daran, Kinder und Jugendliche an politischen und gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen, wie zum Beispiel die Service- und Monitoringstelle zur Umsetzung des Nationalen Aktionsplans „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“ (siehe S. 44 in dieser Ausgabe).

Ergänzend oder kontrastierend dazu gibt es Forschungsprojekte, die einen Rahmen für eine Beteiligung am Projekt selbst bieten. Eine solche Beteiligung ist grundsätzlich in allen Phasen des Forschungsablaufs, von der Entwicklung der Forschungs idee über die Durchführung einer Erhebung bis hin zur Verbreitung und Nutzung von Ergebnissen, möglich. Wichtig ist, dass Forschende im Vorfeld eines Projekts Gelegenheiten zur Beteiligung identifizieren und auch die Intensität der Partizipation und ihre zu erwartende Reichweite klar kommunizieren.

In der bisherigen Praxis findet eine Beteiligung von jungen Menschen meist während der Durchführungs- und Auswertungsphase statt. Kinder und Jugendliche lassen sich aber beispielsweise auch bei der Entwicklung von Forschungsdesign und Methodik einbinden. Selbst wenn nur bestehende Untersuchungsmethoden kommentiert oder gemeinsam mit den Forschenden weiter verbessert werden, ist dies ein wertvoller Beitrag. Letztlich lässt sich Beteiligung in unterschiedlicher Tiefe realisieren: von punktuellen Rückmeldungen bis hin zur genuin partizipativen Forschung, die junge Menschen als Co-Forschende versteht (Shier 2001). Exemplarische Good-Practice-Beispiele für eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Rah-

men der aktuellen Forschungsarbeiten am DJI zeigen auf, wie vielfältig die Möglichkeiten sind (siehe S. 40 bis 47 in dieser Ausgabe).

## Partizipation erschließt Potenziale für die Forschung, aber auch für die Beteiligten

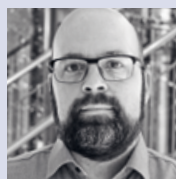
Partizipation kann Forschung bereichern – fachlich und methodisch. Forschende erhalten Einblicke in Sichtweisen und Erfahrungen, die über die eigene Perspektive hinausgehen. Gleichzeitig kann Forschung für junge Menschen greifbarer und nachvollziehbarer werden – und damit auch zugänglicher. Allerdings ist Beteiligung kein Selbstläufer. Sie braucht Ressourcen, Zeit, Fortbildungen für Forschende und ein ernsthaftes Interesse an den Beiträgen junger Menschen (Morrow/Boyden 2021). Sobald eine Beteiligung über eine punktuelle Einbindung von jungen Menschen hinausgeht, sind spezialisierte Kompetenzen und längere Projektlaufzeiten für die intensive Betreuung und Schulung junger Co-Forscher:innen unabdingbar (Loveridge u.a. 2023) Nur wenn diese Bedingungen gegeben sind, kann Beteiligung ihr Potenzial entfalten – für die Forschung, aber auch für die Beteiligten selbst. ✕

### Literatur

- ALTHAUS, NADJA (2024): Chancen und Herausforderungen partizipativer Forschung mit jungen Menschen – Erkenntnisse eines deutschsprachigen Literaturreviews. In: *Diskurs Kindheits- und Jugendforschung*, 18. Jg., H. 4, S. 561-584
- ANGELÖW, AMANDA / PSOUNI, ELIA (2025): *Participatory Research with Children: From Child-Rights Based Principles to Practical Guidelines for Meaningful and Ethical Participation*. *International Journal of Qualitative Methods*, 24.
- CHRISTENSEN, PIA MONRAD / JAMES, ALLISON (2008): *Research with Children: Perspectives and Practices* (2. Aufl.). London
- JOOS, MARTIN / ALBERTH, LARISSA (2022): *Forschungsethik in der Kindheitsforschung*. Weinheim
- LOVERIDGE, JUDITH u.a. (2023): *Ethical challenges and participatory methods involving children living in vulnerable contexts*. In: *International Journal of Inclusive Education*, 27. Jg., H. 3, S. 259-277
- LUNDY, LAURA / MCEVOY, LEONA (2012): *Researching children's views: A relational approach to credible participation*. In: *Children & Society*, 26. Jg., H. 4, S. 258-267
- MORROW, VIRGINIA / BOYDEN, JO (2021): *Ethische Fragen in der Forschung zu kindlichem Well-being*. In: Thomas, Susanne u.a. (Hrsg.): *Partizipation in der Bildungsforschung* (2., überarb. Aufl.). Weinheim, S. 67-99
- OZER, EMILY J. (2017): *Youth-led participatory action research: Overview and potential for enhancing adolescent development*. In: *Child Development Perspectives*, 11. Jg., H. 3, S. 173-177
- PRENGEL, ANNE DORE (2010): *Pädagogik der Vielfalt. Verschiedenheit und Gleichberechtigung in Interkultureller, Feministischer und Integrativer Pädagogik*. Opladen
- SHIER, HARRY (2001): *Pathways to participation: Openings, opportunities and obligations*. *Children & Society*, 15 (2), 107-117



**Dr. Angelika Guglhör-Rudan** arbeitet als wissenschaftliche Referentin in der Fachgruppe „Lebenslagen und Lebenswelten“ am Deutschen Jugendinstitut (DJI). In ihrer Forschung beschäftigt sich die Erziehungswissenschaftlerin unter anderem mit partizipativen Elementen in der Forschung und den Perspektiven von Kindern auf ihre Lebenswelten und Aufwuchsbedingungen im Kontext der Kinderrechte.  
[guglhoer@dji.de](mailto:guglhoer@dji.de)



**Dr. Thorsten Naab** arbeitet als wissenschaftlicher Referent in der Fachgruppe „Lebenslagen und Lebenswelten“ am DJI. Im Kern seiner Forschungsarbeiten stehen die Mediennutzung und -bildung von Kindern, ihren Eltern und Fachkräften sowie methodische Fragen quantitativer und qualitativer Sozialforschung.  
[naab@dji.de](mailto:naab@dji.de)

# MITREDEN. MITFORSCHEN. MITGESTALTEN.

Kinder und Jugendliche können sich auf vielfältige Weise  
in die Forschungsarbeit am Deutschen Jugendinstitut einbringen –  
exemplarische Einblicke in die Praxis.



## Institutionalisierte Beteiligung: Der Jugendbeirat gestaltet Forschungsprozesse dauerhaft mit

Im Jugendbeirat des Deutschen Jugendinstituts (DJI) werden junge Menschen langfristig eingebunden, um Forschungsprozesse mitzugestalten, Prioritäten zu setzen und Empfehlungen zu entwickeln. „Forschung ohne dich ist nur Forschung über dich“ ist dabei ein zentraler Leitspruch. Die Mitglieder, die aktuell zwischen 17 und 28 Jahre alt sind und aus den verschiedensten Regionen Deutschlands kommen, wurden im Jahr 2023 von der damaligen Institutsdirektorin Prof. Dr. Sabine Walper berufen. Seitdem treffen sich die Schüler:innen und Studierenden regelmäßig online und zweimal im Jahr in Präsenz. In diesen Treffen tauschen sie sich unter anderem über Forschungsprojekte aus, in denen sie ihre Perspektive einbringen. Außerdem vertreten die Jugendbeiräte die Perspektive junger Menschen bei Veranstaltungen wie der DJI-Jahrestagung oder dem Kinder- und Jugendhilfetag 2025. Eine Arbeitsgruppe des Jugendbeirats bringt sich aktiv in die Forschungsplanung des Instituts ein, indem sie Kritikpunkte und Vorschläge formuliert, welche anschließend dem Kuratorium vorgelegt werden. Dieses Aufsichtsgremium mit Vertreter:innen aus Wissenschaft, Politik und Fachpraxis berät den Institutsvorstand bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben und stellt sicher, dass diese satzungsgemäß ausgeführt werden.



**Eva, 27 Jahre**  
in Ausbildung,  
Mitglied des Jugendbeirats



*Gerade jetzt in Zeiten, in denen uns demokratische Strukturen zunehmend aus den Händen zu gleiten drohen und multiple gesellschaftliche Krisen das Aufwachsen junger Menschen prägen, ist politische Beteiligung für mich wichtiger denn je. Am DJI engagiere ich mich, weil junge Menschen hier gehört und wirklich einbezogen werden. Wir im Jugendbeirat wollen sichtbar machen, was uns bewegt, wo wir Veränderung fordern und wo genauer hingeschaut werden muss. Die Begegnung und der Austausch auf Augenhöhe mit Forschenden machen die Arbeit am DJI für mich so wertvoll und wirksam.*



**Alex, 24 Jahre**  
Student,  
Mitglied des Jugendbeirats



*Für die Arbeit im Jugendbeirat erlebe ich große Wertschätzung seitens der DJI-Wissenschaftler:innen. Es macht mir Freude, mich einzubringen und gemeinsam mit anderen an wichtigen Themen zu arbeiten. Durch die langfristige Verankerung des Beirats können wir uns intensiv mit den Forschungsinhalten und Strukturen des DJI auseinandersetzen. Beteiligung braucht Zeit, Ressourcen und echtes Engagement. Doch der Einsatz lohnt sich für beide Seiten.*

In eigener Sache beschäftigt den Jugendbeirat auch immer wieder die Frage, wie mehr junge Menschen zum Mitwirken motiviert werden können. Denn nur, wenn vielfältige Lebenserfahrungen und unterschiedliche Lebensrealitäten vertreten sind, kann Forschung an der Lebenswelt junger Menschen ausgerichtet sein – und Partizipation tatsächlich demokratisch und repräsentativ funktionieren. Für die gute Arbeit des Jugendbeirats sind also nicht nur Vertreter:innen aus verschiedenen Altersgruppen, Schulformen oder Ausbildungsrichtungen entscheidend – sondern insbesondere auch Mitwirkende, deren Stimmen in politischen und gesellschaftlichen Prozessen oft wenig Gehör finden: queer lebende junge Menschen, junge Menschen mit Beeinträchtigungen oder mit Migrations- und Fluchtgeschichte, sogenannte Careleaver:innen oder Carereceiver:innen sowie junge Menschen aus finanziell benachteiligten Haushalten, aus ländlichen Regionen oder mit Bildungsbiografien abseits akademischer Normen. Ihre Beteiligung an demokratischen Prozessen ist unverzichtbar – in der Gesellschaft ebenso wie in der Forschung.

 [Informationen über den DJI Jugendbeirat bei dji.de](https://www.dji.de/jugendbeirat)



**Antonina, 27 Jahre**  
Studentin,  
Mitglied des Jugendbeirats



*Als cis-weiblich gelesene junge Frau mit Migrationsgeschichte, die Careleaverin ist und mit einer Schwerbehinderung lebt, freue ich mich sehr, dass ich im Jugendbeirat des DJI ernst genommen werde und meine Perspektive einbringen kann. Ich darf einen Teil der Gesellschaft vertreten, dessen Wünsche, Erfahrungen und Themen oft nicht ausreichend berücksichtigt werden. Dafür bin ich sehr dankbar. Besonders ermutigend erlebe ich die zunehmende Nachfrage aus Forschungsprojekten am Institut, die gezielt mit dem Jugendbeirat zusammenarbeiten möchten. Das zeigt, dass unsere Impulse geschätzt und gehört werden. Ich würde mir wünschen, dass sich noch mehr marginalisierte Menschen dafür begeistern lassen, sich aktiv an der Forschung zu beteiligen. Denn nur so kann die volle Bandbreite unserer Gesellschaft abgebildet werden. Der Leitsatz „Forschung ohne dich ist nur Forschung über dich“ ist für mich nicht nur ein Anspruch, sondern eine Notwendigkeit.*

## Junge Stimmen für die Sozialberichterstattung: vielfältige Beteiligung im 17. Kinder- und Jugendbericht

Mit dem aktuellen 17. Kinder- und Jugendbericht ist es gelungen, eine breite Beteiligung von jungen Menschen an der Sozialberichterstattung auf Bundesebene zu ermöglichen. Das gilt rein zahlenmäßig, da die beauftragte unabhängige Sachverständigenkommission die Perspektiven von etwa 5.400 Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit in ihre Arbeit einbezog. Mindestens genauso relevant sind jedoch die unterschiedlichen Beteiligungsformate, die bei der Berichterstellung zum Einsatz gekommen sind. Konzeptionell orientieren sich die Beteiligungsformate am sogenannten Lundy-Modell: Junge Menschen sollten Raum bekommen (*space*), ihre Stimme erheben (*voice*), Gehör finden (*audience*) und Einfluss nehmen (*influence*). Bei der Auswertung der Beteiligungsformate ging die Geschäftsstelle des Berichts, die wie schon in vorausgehenden Berichten am Deutschen Jugendinstitut (DJI) angesiedelt war, inhaltsanalytisch vor. Die durchgeführte Beteiligung

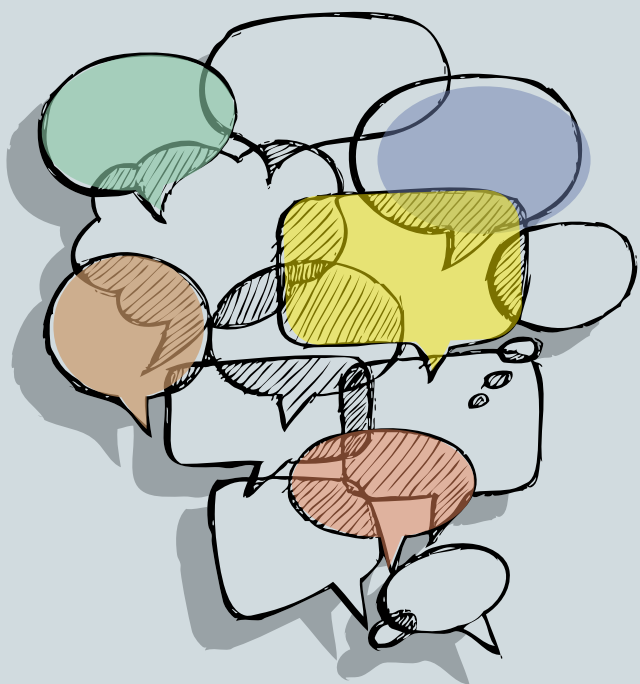
ist allerdings keine Forschung und auch nicht Teil eines Forschungsprojektes, sondern zielte darauf ab, junge Menschen aktiv an der Erstellung des Kinder- und Jugendberichts zu beteiligen.

Beim bundesweiten Beteiligungsverfahren mit dem Titel „Nicht über uns ohne uns!“ konnten niedrigschwellig mehr als 5.000 junge Menschen ihre Sichtweisen offen und wertfrei über digitale Fragebögen einbringen. Teilgenommen haben Gruppen junger Menschen aus Jugendzentren, Einrichtungen der offenen und verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit, (Grund-)Schulen, stationären Jugendhilfe-, Kindertageseinrichtungen sowie Ferienfreizeiten und weiteren offenen Beteiligungsangeboten. Von zentraler Bedeutung unter den vielfältigen Beteiligungsformaten waren zudem die neun thematisch unterschiedlichen Workshops, die sich gezielt an Gruppen wie geflüchtete, beeinträchtigte oder materiell benachteiligte junge Menschen sowie an junge Menschen aus der LGBTQ\*-Community richteten. Ziel dieser Veranstaltungen war es, ein authentisches Bild über die Werthaltung der jungen Menschen, ihre Erwartungen an die Gesellschaft und ihre Erfahrungen mit Unterstützungsstrukturen zu erhalten.

Im Rahmen einer Kommissionssitzung im Juni 2023 veranstaltete die Kommission beispielsweise auch ein Hearing mit engagierten jungen Menschen aus Jugendgremien, Verbänden und Vereinen. Der Fokus lag auf den individuellen Erfahrungen im Kontext ihres Engagements. Die Teilnehmenden konnten insbesondere ihre Erwartungen und Einflussmöglichkeiten, die Unterstützungsstrukturen sowie Erfolgs- und Hindernisfaktoren artikulieren. Nicht zuletzt erhielten junge Menschen nach Veröffentlichung des Kinder- und Jugendberichts in einem Jugendaudit im November 2024 nochmals die Gelegenheit, sich kritisch mit zentralen Themen des veröffentlichten Berichts auseinanderzusetzen, darunter Klimawandel, Digitalisierung, Bildungsgerechtigkeit und soziale Ungleichheit. Ihre eigenen Analysen und Forderungen an Politik und Gesellschaft präsentierten sie anschließend in Form eines Zwischenrufs auf einer unmittelbar folgenden Fachtagung.

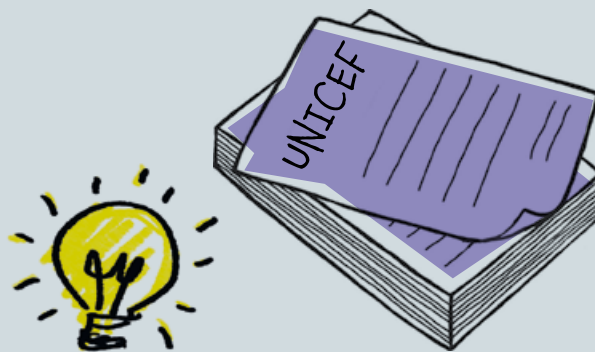
Die Vielfalt an Beteiligungsformaten eröffnete jungen Menschen die Möglichkeit, ihre Perspektiven wirksam einzubringen. Ihre Impulse wurden sichtbar gemacht, in den Bericht integriert und über ergänzende Formate verbreitet – ein Fortschritt, den es zu festigen und kontinuierlich weiterzuentwickeln gilt. **Lara Küppers, Prof. Dr. Jens Pothmann**

[Informationen über den 17. Kinder- und Jugendbericht bei dji.de](https://www.dji.de)



Ausführliche Informationen bietet der geplante Sammelband mit dem Titel „Beteiligung junger Menschen im Fokus: Der Beteiligungsband zum 17. Kinder- und Jugendbericht“, in dem die Geschäftsstelle am Deutschen Jugendinstitut verschiedene Expertisen zu den Chancen und Grenzen der Beteiligung junger Menschen bündelt (im Erscheinen).

## Den UNICEF-Bericht konzipieren und umsetzen: Kinder und Jugendliche bringen sich in beratender Funktion ein



**D**er UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland 2025 wird von einem Autorenteam am Deutschen Jugendinstitut (DJI) auf Grundlage verfügbarer empirischer Daten erstellt. Der Bericht steht in der Tradition vorhergehender Publikationen, welche die Bedingungen des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen in den folgenden sechs Schwerpunktdimensionen beleuchten: materielle Situation, Bildung, soziale Beziehungen, sicheres Aufwachsen, Gesundheit und subjektives Wohlbefinden (siehe auch S. 8 und 59 in dieser Ausgabe).

Mit dem aktuellen Bericht wurden erstmals drei Gelegenheiten zur altersgerechten Beteiligung von Kindern und Jugendlichen identifiziert: erstens die Entwicklung der thematischen Ausrichtung des Berichts und die Auswahl seiner zentralen Indikatoren, also welche Merkmale zur Beschreibung der Situation von Kindern und Jugendlichen herangezogen werden, zweitens die Validierung der Analysen des Projektteams durch Diskussionen mit Jugendlichen in einem Workshop sowie drittens der Einbezug der Perspektive jüngerer Kinder in einem geplanten Workshop, der nach der Berichtsveröffentlichung im kommenden Jahr an einer UNICEF-Kinderrechtsschule stattfinden soll.

Dem Grundgedanken der UN-Kinderrechtskonvention (siehe Infobox, S. 6) folgend war es wichtig, dass Kinder und Jugendliche gestaltend Einfluss auf den Bericht nehmen können. Deshalb wurden junge Menschen bereits in der Konzeptionsphase beteiligt. Denn die thematische Ausrichtung des Berichts und die Auswahl der zentralen Indikatoren bestimmen unmittelbar den Rahmen dafür, wie die Lage von Kindern und Jugendlichen wahrgenommen und wie die Berichtsergebnisse gedeutet werden. Ihre Beteiligung hilft mit, ein authentisches Verständnis für die Lage von Kindern und Jugendlichen zu entwickeln. Kinder und Jugendliche geben den Blickwinkel vor, mit dem das Projektteam Daten auswählt, auswertet und interpretiert.

In einem ersten Workshop wurde den Jugendlichen eine von den Autor:innen des Berichts entwickelte Indikatorenliste vorgelegt, die anschließend gemeinsam diskutiert wurde. Dabei wurden zunächst Schwerpunkte gesetzt, indem die Jugendlichen für sie besonders relevante Indikatoren in den Vordergrund rückten, andere verwarfen und die Liste um neue Indikatoren ergänzten. Es zeigte sich, dass das Themenfeld Armut und soziale Gerechtigkeit die Jugendlichen stark beschäftigt, während andere Themen, wie der Klimawandel, nicht als singuläres Thema, sondern unter anderer Perspektive, wie beispielsweise Gesundheit, Beachtung finden. Auf Basis dieser Workshop-Ergebnisse wurde von den Autor:innen das Berichtsthema festgelegt.

*Dr. Thorsten Naab, Dr. Angelika Guglhör-Rudan*

[Informationen über den UNICEF-Bericht bei dji.de](https://www.dji.de)

## Kreative Beteiligung am Nationalen Aktionsplan „Kinderchancen“: Junge Menschen finden durch Hip-Hop starke Worte für ein chancengerechtes Aufwachsen und mehr Teilhabe

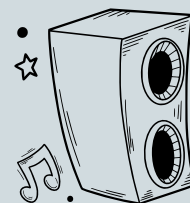
Unsere Meinung zählt, wenn Du sie in Dein Leben lässt. Aber es ist schlecht, wenn Dich schon das Zuhören stresst. Wir werden nicht gehört, und Ihr kommt nie zu uns. Wir wollen was verändern, wir sind die Zukunft!“ So lautet der eindrückliche Hook (Refrain), der bei einem zweitägigen Hip-Hop-Workshop mit jungen Menschen entstanden ist, die sich am Nationalen Aktionsplan „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“ (NAP Kinderchancen) beteiligen. Mit dem Aktionsplan soll die Situation von benachteiligten Kindern und Jugendlichen in Deutschland verbessert werden. Die am Deutschen Jugendinstitut (DJI) angesiedelte Service- und Monitoringstelle, kurz ServiKiD, unterstützt das Bundesfamilienministerium bei der Umsetzung des NAP organisatorisch und fachlich, beispielsweise mit wichtigen Impulsen aus der eigenen Forschung und durch die Schaffung von Strukturen für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.

In Kooperation mit der gemeinnützigen Organisation „Dein München“ wurde ein Jugendteam mit etwa 20 jungen Menschen im Alter von 14 bis 27 Jahren gegründet. Sie sind zentrale Akteure des NAP und haben die Möglichkeit, ihre Ideen und Forderungen für ein chancengerechtes Aufwachsen und mehr Teilhabe einzubringen. Beispielsweise nehmen gewählte Vertreter:innen des Jugendteams inzwischen an den Sitzungen des NAP-Ausschusses teil und können sich als vollwertige Mitglieder für ihre Positionen einsetzen. Diese unmittelbare Jugendbeteiligung ist gerade auf Bundesebene nicht selbstverständlich. Weitere Artikulationsformen werden dem Jugendteam freigestellt. So entstand beispielsweise der zweitägige Hip-Hop-Workshop „Word up! Rap & Poetry für Vielfalt und Solidarität“ in Zusammenarbeit mit dem Musiker Achim „Waseem“ Seger.

Ziel des Workshops war es, gemeinsam einen Text zu schreiben und zu rapen, der Gedanken und Gefühle rund um die Themen des NAP wie Chancengerechtigkeit und Ausgrenzungserfahrungen aufgreift. Dafür wurden erst Begriffe gesammelt und aus Impulsen heraus Assoziationsketten geformt, die dann wiederum kurze Sätze bildeten. Nachdem dann zu jedem Satz ein Reim entstand, wurden die einzelnen Verse in Strophen thematisch zusammengeführt. Innerhalb nur eines Tages entstand ein bewegender Songtext, der am zweiten Workshopstag von den jungen Menschen selbst vertont und aufgenommen



[Informationen über ServiKiD bei dji.de](#)



wurde. „Die Hip-Hop-Kultur ist eine globale (Jugend-)Bewegung, in der gesellschaftlich und strukturell benachteiligte Menschen das Wort ergreifen, ihre Stimme erheben und sich Gehör verschaffen können“, erklärt der Musiker „Waseem“. In pädagogischen Settings könne der Zugang über die Methode des Rap und Hip-Hop den Partizipierenden dabei helfen, ganz konkret Worte für Erfahrungen aus der eigenen Lebenswelt zu finden.

Durch dieses kreative Beteiligungsformat gelangen die von den jungen Menschen erarbeiteten Ergebnisse sichtbar und hörbar nicht nur in den NAP-Ausschuss, sondern auch in den fachpolitischen Diskurs auf Bundesebene. Im Song kommt zum Ausdruck, dass die jungen Menschen mehr Mitsprache und Austausch fordern. Liebe dient dabei als verbindendes Motiv, das Halt gibt. Diskriminierung und soziale Spaltung werden ebenso angesprochen wie gesellschaftliche Vorurteile und Ausgrenzungserfahrungen. So heißt es im Song: „Grenzen werden überschritten, in fast jeder Art, wir spüren euren Hass in der Gegenwart. Wir werden integriert, dabei sind wir hier geboren und ihr fragt uns immer noch ‚Was habt ihr hier verloren?‘“ Es wird kritisiert, dass schon früh Einteilungen vorgenommen werden, beispielsweise im Schulsystem. Für die jungen Menschen ist es ein zentrales Anliegen, dass niemand aufgrund von Bildungslaufbahn oder Herkunft bewertet werden sollte. Der Song fordert Gerechtigkeit, Zusammenhalt sowie die Akzeptanz von Vielfalt und Anerkennung jeder:s Einzelnen: „Dein Äußeres ist gleich dein Inneres“, zu viele Menschen denken so, und es gibt echt nichts Schlimmeres! Ich hab immer das Gefühl, dass ich alles perfekt machen muss, aber nobody's perfect, sag ich euch jetzt ganz zum Schluss!“

*Jessica Knauer, Dr. Gerlinde Janschitz*





## Auf Augenhöhe mit Forschenden: Vier Jugendbeiräte bringen sich aktiv in die Auswertung der Ergebnisse der Studie „Demokratiebildung im Ganzttag“ ein

**K**inder von Beginn an beteiligen und Demokratie stärken!“ – so lauten aktuelle fachpolitische Forderungen in Kita und Ganztagsgrundschule. Wie das gelingen kann, untersuchte das qualitative Forschungsprojekt „Demokratiebildung im Ganzttag“ am Deutschen Jugendinstitut (DJI). Die Studie war bereits in vollem Gange, als im Jahr 2023 der Jugendbeirat am DJI gegründet wurde. Die Konzeptionierungsphase und Datenerhebungen an Grundschulen waren bereits erfolgt, erste Auswertungen angestoßen. Im nächsten Schritt standen die finale Analyse der qualitativen Daten sowie die Dissemination der Ergebnisse auf einer Abschlusstagung an. Auch wenn ein Einbezug des Jugendbeirats von Anfang an nicht mehr möglich war, schien es eine tolle Chance zu sein, die Perspektive der jungen Erwachsenen gerade auf dieses Forschungsthema einzubeziehen.

Insbesondere der Gegenstand der Studie – die Demokratiebildung – sensibilisierte das Forschungsteam in besonderer Weise dafür, die Sichtweisen junger Menschen ernst zu nehmen und zu berücksichtigen. Für die Zusammenarbeit konnten vier Mitglieder des Jugendbeirats gewonnen werden. In insgesamt drei gemeinsamen Sitzungen wurde ihnen zunächst das Projekt vorgestellt und das Vorgehen der Datenauswertung erläutert. Anschließend wurden in einem Workshop ausgewählte anonymisierte Forschungsdaten gemeinsam mit ihnen analysiert: Situationen aus dem Schulalltag und den Kinderinterviews wurden besprochen, Deutungsweisen und Schlussfolgerungen diskutiert. Auch auf der Abschlusstagung haben sich die vier Jugendbeiräte eingebracht. Sie haben sich an verschiedenen Workshops beteiligt und im Abschlussplenum ihre Perspektive authentisch dargelegt.

Junge Menschen wurden so selbst zu forschenden Akteur:innen. Sie haben sich aktiv am Auswertungsprozess und an der Diskussion der Forschungsergebnisse beteiligt. Davon haben beide Seiten gleichermaßen profitiert: Die Sichtweise der jungen Menschen hat den Blick der Forschenden auf das Datenmaterial bereichert, die gemeinsame Diskussion der Ergebnisse die Bedeutsamkeit ihrer Perspektive unterstrichen. Gleichzeitig berichteten die Jugendbeiräte davon, dass die Einblicke in die Forschungsprozesse und das Auswertungsvorgehen für sie ein großer Gewinn waren. Gemeinsam auf der Abschlusstagung zu diskutieren, haben sie als Wertschätzung und Möglichkeit empfunden, die Stimme junger Menschen in der Öffentlichkeit wahrnehmbar zu machen.

*Judith Durand*

[Informationen über Demokratiebildung im Ganzttag bei dji.de](#)

## Neue Forschungsthemen eröffnen und Sichtweisen erweitern: Das Zentrum für Forschung zu sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen erprobt Beteiligungskonzepte für quantitative Forschung

Das erste Vorhaben des neuen Zentrums für Forschung zu sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen (ZEFG) am Deutschen Jugendinstitut (DJI) ist eine bundesweite Studie, die die Häufigkeit von Gewalt an jungen Menschen und deren Folgen untersucht. Dazu werden im Jahr 2026 10.000 Schüler:innen der 9. Klasse mit einem Online-Fragebogen befragt. Die geplante quantitative Dunkelfeldstudie erfasst damit die Summe aller sexuellen Übergriffe gegen Kinder und Jugendliche, unabhängig davon, ob sie Behörden – etwa den Strafverfolgungsbehörden – bekannt werden. Die Ergebnisse fließen in den Bericht der Unabhängigen Bundesbeauftragten gegen sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen (UBSKM) an die Bundesregierung, den Bundestag und Bundesrat ein.

Das ZEFG stellt Jugendliche nicht nur ins Zentrum seiner bundesweiten Befragung, sondern beteiligt bei der Forschung auch ein Jugendgremium aus Personen bis 27 Jahren, die sich – unabhängig von persönlicher Betroffenheit – in der Jugendarbeit und Selbstvertretung engagieren. Außerdem werden zwei weitere Gremien eingebunden: ein Fachbeirat aus Wissenschaft und Praxis sowie ein Betroffenen-gremium aus erwachsenen Personen, die in Kindheit und/oder Jugend von sexueller Gewalt betroffen waren.

Durch die Einbindung junger Menschen ohne wissenschaftlichen Hintergrund in die quantitative Forschung ergeben sich Herausforderungen teilweise deutlicher als in der bisher vor allem qualitativ ausgerichteten partizipativen Forschung. Denn Jugendliche ohne wissenschaftliche Vorerfahrung stoßen dabei schneller an Grenzen, da statistisches Wissen und genaue Regeln entscheidend sind. Das lässt weniger Spielraum für eigene Mitgestaltung als in qualitativen Projekten, in denen junge Menschen ihre Sichtweisen direkt einbringen können – etwa in Gesprächen oder durch Erfahrungsberichte. Zudem sind die Erhebungsmethoden, Fragebögen und Skalen nicht beliebig änderbar, weil eine Vergleichbarkeit gewährleistet werden soll.

Damit Jugendliche in der geplanten quantitativen Studie sinnvoll eingebunden werden können, braucht es vor allem zusätzliche Erklärungen und Unterstützungsangebote. Hierzu entwickelt und erprobt das ZEFG ein Beteiligungskonzept, das für die quantitative Forschung anwendbar ist.



Während beispielsweise der wissenschaftliche Fokus der Dunkelfeldstudie unter anderem auf internationaler Vergleichbarkeit und der standardisierten Erfassung von Häufigkeiten und Gewaltfolgen liegt, können die Anliegen aus der Lebenswelt Jugendlicher – gerade im sensiblen Forschungsfeld zu sexueller Gewalt bei Kindern und Jugendlichen – weitere Themenfelder eröffnen und Sichtweisen erweitern, die Anpassungen der Forschungsinstrumente erforderlich machen. Als wichtigste Botschaft aus den bisherigen Erfahrungen zeigt sich: Ein transparenter Umgang mit den Hürden und Möglichkeiten der Forschungsarbeit führt zu Verständnis, Kompromissen und neuen Ideen, die quantitative Forschung voranbringen können.

*Jasmin Müller, Dr. Lucia Killius, Harald Eichhorn*

[Informationen über das Zentrum für Forschung zu sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen bei dji.de](#)

# „Für Forschungsinstitutionen ist es heute eine der wichtigsten Aufgaben, das Vertrauen der Bevölkerung zu erhalten“

Institutsdirektorin Prof. Dr. Sabine Walper verlässt das Deutsche Jugendinstitut. Im Impulse-Interview spricht die renommierte Familienforscherin über die Bedeutung wissenschaftlicher Expertise in einer polarisierten Gesellschaft, über die größten Risiken für ein gutes Aufwachsen von Kindern und über wesentliche Entwicklungen in ihrer Amtszeit.

**DJI-Redaktion: Frau Professor Walper, Sie haben das DJI als Forschungsdirektorin und Direktorin durch eine Phase großer Umbrüche geführt – politisch, digital, gesellschaftlich. Wenn Sie heute auf die 13 Jahre zurückblicken: Welche Entwicklungen des Instituts erfüllen Sie mit besonderem Stolz?**

Prof. Dr. Walper: Das Deutsche Jugendinstitut legt in seiner Forschung schon lange den Fokus auf soziale Ungleichheiten in den materiellen Ressourcen sowie Bildungs- und Teilhabechancen junger Menschen, und es informiert auch regelmäßig über institutionelle Entwicklungen in der Kinder- und Jugendhilfe. Innerhalb dieser Tradition hat sich in den letzten Jahren viel getan. Ein Rückgrat der DJI-Forschung ist beispielsweise der breit angelegte Survey „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“, kurz AID:A, für den ich zunächst als Forschungsdirektorin unter anderem zuständig war. In dieser Zeit und vor allem in den zurückliegenden Jahren seit 2019 konnten wir ihn gemeinsam mit unserer neuen Forschungsdirektorin Prof. Dr. Susanne Kuger entscheidend weiterentwickeln und systematisch zu einem Panel ausbauen, das stärker den Haushaltsverbund berücksichtigt. Das heißt, heute beziehen wir in den teilnehmenden Haushalten möglichst beide Eltern und alle jungen Menschen ein. Anfangs ist

mein Versuch, das Befragungsprogramm hierfür an einem breiteren Konzept des Wohlergehens beziehungsweise Wellbeings von Kindern und Jugendlichen auszurichten, im Haus nicht sofort auf Gegenliebe gestoßen. Heute hat es sich sehr bewährt und durchgesetzt, Faktoren wie Gesundheit, erlebte Sicherheit, Autonomiespielräume, Kompetenzerleben, soziale Beziehungen und Lebenszufriedenheit systematisch einzubeziehen. Diese Perspektive ist – mit noch stärkerem Fokus auf das, was die Kinderrechte für ein gutes Aufwachsen garantieren sollen – auch maßgebliche Grundlage des neu erschienenen 7. UNICEF-Berichts zur Lage der Kinder in Deutschland, den das DJI jetzt erstmals erstellt hat. Die Daten von AID:A haben hierbei wichtige Informationen zur Perspektive der Kinder geboten. Darüber und gerade über die Zusammenarbeit mit UNICEF freue ich mich besonders.

**Stolz können Sie auch auf die letzte so positive Evaluation des Deutschen Jugendinstituts durch den Wissenschaftsrat sein.**

Selbstverständlich freue ich mich über diese Würdigung unserer wissenschaftlichen Arbeit und die großartige Entwicklung, die sich hieraus ergeben hat: die Beteiligung des DJI am Deutschen Zentrum Psychische Gesundheit, kurz DZPG. Prof. Dr. Silvia Schneider, die heute den Standort Bochum-Marburg des DZPG leitet, war damals Mitglied des Evaluationsgremiums, und wir kamen ins Gespräch über die psychische Gesundheit junger Menschen und deren Bedeutung für die Arbeit der Kinder- und Jugendhilfe. Das Thema psychische Gesundheit ist inzwischen durch die Coronapandemie stark in den Vordergrund gerückt und wird nicht nur im Gesundheitswesen, sondern auch im Bildungsbereich diskutiert. Nicht zuletzt spielt es auch in vielfältigen Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe eine zentrale Rolle, von der Schul- und Jugendsozialarbeit bis zum Kinderschutz, und erst recht im Bündnis Kinder psychisch und suchterkrankter



**Psychische Gesundheit und hierauf bezogene Präventions- und Unterstützungsangebote zu einem sichtbaren Thema des DJI zu machen, war mir ein großes Anliegen.**



*Prof. Dr. Sabine Walper war bis zum Oktober 2025 Direktorin und Vorstandsvorsitzende des Deutschen Jugendinstituts (DJI). Zwischen 2012 und 2021 war die Professorin der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) bereits Forschungsdirektorin des Instituts. Die 69-Jährige wird ihr vielfältiges Engagement in Gremien und Verbänden weiterführen und nicht zuletzt ihre viel beachtete Arbeit als Wissenschaftlerin fortsetzen.*

*walper@dji.de*

Eltern, in dem auch das DJI mitwirkt und sich um familienorientierte sektorenübergreifende Hilfen für betroffene Familien bemüht. Auch in den Frühen Hilfen, die sich vor allem an Familien in der anforderungsreichen Zeit von Schwangerschaft und ersten Lebensjahren des Kindes wenden, wird mehr auf psychische Belastungen von Eltern und Kindern und deren Versorgungslage geachtet. Psychische Gesundheit und hierauf bezogene Präventions- und Unterstützungsangebote zu einem sichtbaren Thema des DJI zu machen, war mir ein großes Anliegen.

#### **Gibt es auch Themen, bei denen Sie hinter Ihren Plänen zurückblieben?**

Ja, natürlich. Bei meinem Antritt als Direktorin des DJI habe ich drei Themen in den Vordergrund gerückt: erstens die internationale Einbindung und Sichtbarkeit unserer Forschungsarbeiten, zweitens den dringend nötigen Forschungsfokus auf Digitalität und Digitalisierung im Alltag junger Menschen und ihrer Familien sowie drittens die Wirkungsforschung, die für die Weiterentwicklung von Angeboten auch der Kinder- und Jugendhilfe unabdingbar ist. In allen drei Bereichen bestehen noch große Handlungsbedarfe, teilweise, weil uns die Entwicklungen davongaloppieren – etwa im Bereich KI und Social Networks mit ihren verdeckten Algorithmen und den immer erfolgreicherem Deep Fakes. Ich hätte mir sehr gewünscht, dass wir mit einem/einer zweiten Forschungsdirektor:in für Digitales noch stärkere Impulse in der Forschung hätten setzen können. Auch im Bereich internationaler Einbindung brauchen wir noch mehr Spielräume und Lösungen für intensivere Kooperationen, die ja nicht nur ein Privatvergnügen der Wissenschaftler:innen sein sollen, sondern ein Aspekt der strategischen Weiterentwicklung des Hauses. Wir brauchen den Blick über den Tellerrand, um von der reichhaltigen internationa-

len Forschung profitieren zu können. Und last, but not least die Wirkungsforschung: Hier erschweren mitunter fest zementierte vermeintlich unvereinbare Forschungsstraditionen das Zusammendenken und Zusammenbringen der jeweils klugen Lösungen aus diesen unterschiedlichen Traditionen qualitativer und quantitativer Forschung. Es hat sich schon in allen drei Bereichen etwas getan, aber wir sind noch nicht an dem Punkt, an dem ich das DJI gerne gesehen hätte.

#### **Warum fällt es oft schwer, wissenschaftliche Evidenz in die Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe zu bringen?**

Zunächst haben wir das Problem, dass in aller Regel belastbare Befunde aus der empirischen Wirkungsforschung fehlen. Aussagekräftige Wirkungsforschung kostet nicht nur Zeit und Geld, sie ist auch riskant, weil sich zeigen kann, dass das, was man lange Zeit mit großer Überzeugung gemacht hat, vielleicht doch weniger erfolgreich ist, als man gehofft hat. Fehlen die Mittel und die Risikofreude, dann läßt das dazu ein, dem persönlichen Erfahrungswissen aus der Praxis den Vorzug zu geben. Hinzu kommt die Frage der Dissemination: Wie erfolgreich bringt man das Wissen in die Breite? Wer in der Organisation macht die Fortbildung? Nur eine Person oder alle? Geht die Leitung mit? Sind die Voraussetzungen für die Umsetzung gegeben? Auch über Bedingungen erfolgreicher Dissemination fehlt uns die Forschung.

#### **Sie haben die Verbindung von Forschung und Praxis immer als Herzstück des Deutschen Jugendinstituts verstanden. Manchmal erfordern Weiterentwicklungen auch gesetzliche Reformen.**

... und das kann dauern. Wenn es um gesetzliche Regelungen für Weiterentwicklungen der Fachpraxis geht, braucht man auf jeden Fall vor allem Beharrlichkeit, Geduld und das viel zitierte Fenster der günstigen Gelegenheit. Wir warten schon lange auf die ausstehende Reform des Familienrechts, die

unter anderem die gewachsene Vielfalt von Wohn- beziehungsweise Betreuungsmodellen für Kinder in Trennungsfamilien regeln soll. Auch geeignete Lösungen für Kinder und Familien mit einem psychisch- oder suchtkranken Elternteil stehen noch aus. 2018 wurde vom Bundestag die Arbeitsgruppe Kinder psychisch und suchtkranker Eltern, kurz KpkE, eingesetzt, um besser abgestimmte Hilfen für betroffene Familien zu erarbeiten, und 2019 hat sie ihre Empfehlungen vorgelegt, aber die Umsetzung ist noch kein Selbstläufer. Da es in diesem Fall gesetzliche Lösungen und Kooperationen mehrerer Ressorts braucht, kommt man nicht ohne viele Gespräche mit den Politiker:innen aller demokratischer Parteien umhin. Aber in vielen Bereichen ist auch die Fachpraxis selbst der Adressat der guten Ideen, und man muss nicht auf den großen Wurf warten. Es ist immer hilfreich, nach Wegen zu suchen, wie und mit welchem Praxispartner sich die Ideen vielleicht zunächst in kleinem Stil erproben und umsetzen lassen. Alles, worauf man sich beziehen kann und was vorzeigbar ist, hilft neue Möglichkeiten für weitere Schritte in die Praxis zu finden. Und natürlich muss man die Erkenntnisse sichtbar machen, die man in die Politik oder Praxis bringen will. Trommeln hilft!

***In den vergangenen Jahren erleben wir, dass Forschende, die in den Sozialen Medien Wissenschaftskommunikation betreiben, offen angefeindet werden – auch zu Forschungsthemen des DJI wie etwa Migration, queere Jugend oder Demokratieförderung. Welche Rolle sollte Wissenschaft heute in einer zunehmend polarisierten Gesellschaft einnehmen?***

Wissenschaft und Forschung mit ihrem breiten Methodenrepertoire muss die sachliche Instanz bleiben, die belastbare Daten und Befunde generiert und sichtbar macht. Gleichzei-

tig sehen wir, dass Wissenschaft um ihren guten Ruf kämpfen muss – nicht etwa, weil sie so viele Falschmeldungen in die Welt gesetzt hätte, sondern weil viele ihrer Botschaften unbequem oder „unpraktisch“ sind und weil es starke Meinungen gibt, die Forschung nicht anerkennen, schlechtreden oder ignorieren. Für unsere Institutionen und eben auch für Forschungsinstitutionen ist es heute eine der wichtigsten Aufgaben, das Vertrauen der Bevölkerung zu erhalten oder zurückzugewinnen, wo es schon verloren gegangen ist. Die Coronapandemie hat stark polarisiert, und es gibt politische Strömungen, die diese Welle reiten. Um gegenzuhalten, werden wir wohl nicht umhinkommen, unser Repertoire der Kommunikation zu erweitern und Kanäle und Kürzel zu verwenden, mit denen wir bessere Chancen haben, auch die breitere Öffentlichkeit zu erreichen.

***Und was raten Sie jungen Forschenden, um sich in einer zuweilen aggressiven Öffentlichkeit zu behaupten – ohne ihre wissenschaftliche Integrität zu verlieren?***

Ruhe bewahren, sich auf die Stärken der eigenen Arbeit besinnen und Rückhalt beim Arbeitgeber und bei Gleichgesinnten suchen. Es hilft manchmal schon alleine mit der Führungskraft oder mit Kolleg:innen über solche unangenehmen Erfahrungen zu sprechen, um eine gewisse Entlastung zu erfahren. Der Rechtsweg ist nicht immer erfolgversprechend – wir mussten ja schon sehen, was für Beschimpfungen sich Politiker:innen gefallen lassen mussten, ohne mit ihren Klagen durchzudringen. Umso wichtiger ist der Austausch innerhalb und außerhalb des Instituts mit Personen, die die Probleme kennen, im Zweifelsfall auch eine fachliche Beratung. Am DJI gibt es die Kolleg:innen der Kommunikationsabteilung als professionelle Ansprechpartner:innen und die



## Forschungsdirektorin Prof. Dr. Susanne Kuger leitet bis zur Nachbesetzung des Direktorpostens das Institut in allen wissenschaftlichen Belangen

Bis zur Nachbesetzung des Direktorpostens am Deutschen Jugendinstitut (DJI) im Jahr 2026 leitet die Forschungsdirektorin Prof. Dr. Susanne Kuger übergangsweise das Institut in allen wissenschaftlichen Belangen. Die Professorin für Empirische Sozial- und Bildungsforschung im Kinder- und Jugendalter an der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) gehört bereits seit zwei Jahren dem dreiköpfigen Direktorium des DJI an. Im Jahr 2018 übernahm die Bildungsforscherin die Leitung des „Zentrums für Dauerbeobachtung und Methoden“. In dieser zentralen DJI-Abteilung werden unter anderem die Daten für die großen Surveys erhoben und ausgewertet, etwa für „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“ (AID:A), für die DJI-Kinderbetreuungsstudie (KiBS) sowie das Projekt „Entwicklung von Rahmenbedingungen in der Kindertagesbetreuung“ (ERiK) in Koope-

ration mit dem Forschungsverbund DJI/TU Dortmund. Darüber hinaus entwickelt die Abteilung neue Forschungsmethoden und berät Wissenschaftler:innen des Instituts bei methodischen Fragen. Als Forschungsdirektorin bringt Susanne Kuger entsprechend Expertise in quantitativen und qualitativen Methoden der empirischen Sozialforschung in den Institutsalltag ein. Sie setzt sich dabei insbesondere dafür ein, bei den Forschenden das Bewusstsein für die Vielfalt methodischer Herangehensweisen zu schärfen, die Vernetzung innerhalb und außerhalb des Hauses zu intensivieren sowie die wissenschaftliche Arbeit des DJI noch besser sichtbar zu machen. Die Bildungsforscherin beschäftigt sich seit ihrer Mitarbeit am Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation (DIPF), wo sie dem internationalen Konsortium für PISA 2015 angehörte, und ihrer Habilitation an der Otto-Friedrich-Universität in Bamberg unter anderem intensiv mit sozialer Ungleichheit.

von ihnen entwickelten Social Media Guidelines mit wertvollen Tipps und Kontakten. Nicht zuletzt können DJI-Forschende Fortbildungsmöglichkeiten für Wissenschaftskommunikation nutzen. Es ist nicht immer leicht, Angriffe auf die wissenschaftliche Integrität auszuhalten, aber man muss gut abwägen, wann man gegenhält und wann man die Teflon-Haut überzieht und Anfeindungen abperlen lässt.

**Die Förderung junger Wissenschaftler:innen war Ihnen immer wichtig. Was wünschen Sie sich für die nächste Generation am DJI – wissenschaftlich, aber auch menschlich?**

Ich hoffe sehr, dass das Institut auch zukünftig die Möglichkeit haben wird, trotz Sparzwängen die jungen Wissenschaftler:innen ins Gespräch mit anderen Forschungseinrichtungen und anderen Forschenden zu bringen, sprich: sie auf Tagungen zu schicken, auch an externen Summer Schools und sonstigen Fortbildungen teilnehmen zu lassen. Ich war schon als Studentin auf einer internationalen Konferenz und war unglaublich beeindruckt von den Vorträgen. Ich bin dieser Fachgesellschaft auch heute noch treu. Und natürlich hoffe ich für alle, dass die Projektlaufzeiten so getaktet sind, dass man sich auch wirklich qualifizieren kann oder dass es zumindest gute Anschlussmöglichkeiten gibt. Hier braucht es oft kreative Lösungen des Leitungspersonals. Und: Forschung braucht Freiraum, um innovativ zu sein, aber auch wenn es darum geht, die Befunde in die Öffentlichkeit zu bringen.

**Sie selbst forschen seit mehr als vier Jahrzehnten zu Familienbeziehungen, Armut, Belastungen und Resilienz. Welche Entwicklungen machen Ihnen heute Hoffnung – und welche bereiten Ihnen Sorge?**

Es muss uns Sorgen bereiten, dass so viele junge Menschen psychische Belastungen erfahren, dass viele das Vertrauen in staatliche Institutionen verloren haben, dass sich viele so unzufrieden mit der Demokratie äußern. Allerdings bleiben wir jungen Menschen überzeugende Beweise schuldig, dass sie uns wirklich wichtig sind, dass wir alles in die Waagschale legen, um ihnen ein gutes Aufwachsen und eine vielversprechende Zukunft zu sichern. Dabei denke ich nicht nur an die Rentendiskussion, sondern brauche mir nur den Zustand vieler Schulen anzusehen oder mir vorzustellen, wie es nach der Pensionierungswelle der Kinderärzt:innen um die Gesundheitsversorgung von Kindern und Jugendlichen aussehen wird. Und ganz offensichtlich finden es auch junge Menschen mehr als ernüchternd, dass es der Politik nicht gelingt, Kinderarmut wirksam zu bekämpfen. Aber ihre Bereitschaft, sich zu engagieren, ist groß.

**Werden die Anliegen von Kindern und Jugendlichen in der Politik überhaupt ausreichend berücksichtigt?**

Ich sehe vorzugsweise das halbvolle Glas und begrüße es sehr, dass das Startchancen-Programm anläuft, dass es mehr Geld für den Kinder- und Jugendplan gibt und dass jetzt bald der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter zu greifen beginnt. Gerade der letztgenannte Punkt ist eine große Herausforderung für viele Kommunen, vor allem im Westen. Aber die Herausforderungen zur Sicherung eines guten Aufwachsens aller Kinder reichen viel weiter. Die Be-



**Es muss uns Sorgen bereiten, dass so viele junge Menschen psychische Belastungen erfahren, dass viele das Vertrauen in staatliche Institutionen verloren haben, dass sich viele so unzufrieden mit der Demokratie äußern.**

kämpfung von Bildungsarmut ist eine riesige drängende Aufgabe, vor allem in Regionen mit sehr heterogener Bevölkerung. Deutschlandweit haben 41 Prozent aller Kinder unter 15 Jahren einen Migrationshintergrund. Ohne sie werden wir keine Zukunft haben. Wirkungsvolle Sprachförderung, gute Bildung für alle mit engagierten Lernangeboten von Anfang an und die klare Bekämpfung von Diskriminierung, Hasskommentaren und Mobbing, auch im Netz, sind deshalb essenziell. Wir müssen Kinderarmut wirkungsvoller bekämpfen. Und Wohnraum für Familien muss bezahlbar sein. Aber all das steht in Konkurrenz zu anderen ambitionierten politischen Projekten, die nicht nur 17 Prozent der Bevölkerung betreffen – das ist der Anteil der Minderjährigen in Deutschland.

**Wenn Sie speziell an die kommenden Jahre denken – wo sehen Sie den größten politischen Handlungsbedarf?**

Soziale Ungleichheit zieht sich durch alle Themen durch. Wir wissen, dass Alleinerziehende ein mehrfach erhöhtes Armutsrisiko gegenüber Eltern in Paarfamilien haben. Und Beeinträchtigungen der psychischen Gesundheit sind auch ein Risikofaktor für Arbeitslosigkeit oder zumindest Einschränkungen der Erwerbsmöglichkeiten. Vielen der damit verbundenen Problemlagen wird man nicht nur durch monetäre Leistungen beikommen, sondern es braucht eine rundum gut aufgestellte Infrastruktur für Familien, die Eltern die passenden Informationen und Hilfen anbietet und gerade auch Kinder aus benachteiligten Familien anspricht und einbezieht. Fragen der Vereinbarkeit und damit der Erwerbsmöglichkeiten für Eltern unter erschwerten Bedingungen müssen ebenso besser gelöst werden. Der Wissenschaftliche Beirat für Familienfragen hat hierzu Vorschläge in seinem neuen Gutachten „Leitideen und Rechtsrahmen für eine familiengerechte Arbeitswelt“ vorgelegt. Insgesamt gilt: Komplexe Problemlagen brauchen meist auch komplexe Lösungen, die nicht an Ressortgrenzen haltmachen.

**Im November waren Sie für das DJI nochmals bundesweit sehr präsent. Wo zieht es Sie nun hin, wenn der Kalender etwas leerer wird?**

Mal sehen, noch ist er sehr voll. Ich lehre noch ein wenig an der LMU, unterrichte auch an der Psychologischen Hochschule Berlin und bin schon viele Jahre in der Deutschen Liga für das Kind engagiert. Dort habe ich jetzt die Geschäftsführung übernommen.

*Interview: Birgit Lindner*

# Vom Familienideal zur Frühen Bildung

Noch nie wurden in Deutschland so viele Kinder unter drei Jahren außerhalb der Familie betreut wie heute. Eine Studie des Deutschen Jugendinstituts zeigt, wie sich Einstellungen und Diskurse dazu gewandelt haben – basierend auf Daten, Medienanalysen, Umfragen und Gutachten aus fünf Jahrzehnten.



Es ist beinahe ein Gemeinplatz: Der Ausbau der Kindertagesbetreuung in Deutschland, insbesondere im Westen des Landes, zählt zu den grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen in der Geschichte der Bundesrepublik. Kinder unter drei Jahren betrifft dies besonders stark. So zeigen die Daten des Statistischen Bundesamts, dass in Westdeutschland im Frühjahr 2024 mehr als 640.000 Kinder – das entspricht 34 Prozent der Kinder dieser Altersgruppe – in Kitas und von Tagesmüttern betreut wurden. Blickt man 35 Jahre zurück, wird das enorme Wachstum erkennbar: Damals, im Jahr der Wiedervereinigung, gab es in den alten Bundesländern lediglich 38.000 Betreuungsplätze für Krippenkinder. Innerhalb einer Generation – so kann man diesen Zeitabstand auch verstehen – haben sich die ersten Lebensjahre für Millionen von Kindern fundamental verändert. Eine neu erschienene Studie (Berth/Hank/Kleinschrot 2025) geht der Frage nach, wie stark sich die gesellschaftlichen Diskurse über Kinderbetreuung sowie die Einstellungen der Erwachsenen gewandelt haben. Der Fokus liegt dabei auf Westdeutschland.

Im Zentrum dieser Studie steht der Versuch, verschiedene Entwicklungen miteinander zu verknüpfen, die bisher allenfalls separat betrachtet wurden:

- **Die Entwicklung der Zahl der betreuten Kinder:** Wie viele Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren standen den Eltern zur Verfügung? Um dieser Frage nachzugehen, wurden amtliche Betreuungsquoten aus fünf Jahrzehnten analysiert. Das zeigt, wie hoch der Anteil der in Kitas betreuten Kinder unter drei Jahren in dieser Altersgruppe war.
- **Der Diskursverlauf in den Massenmedien:** Wie wurde in westdeutschen Tageszeitungen über Kinderkrippen und Betreuung von Kleinkindern außerhalb ihrer Familie berichtet? Hier wurden mehrere Tausend Artikel aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung im Zeitraum zwischen 1973 bis 2021 betrachtet. Bei mehr als 700 Texten wurde analysiert, wie sie die Tagesbetreuung von Kleinkindern beurteilen.
- **Die Einstellungen der Bevölkerung:** Was dachten die Menschen darüber, wenn Mütter von Kleinkindern erwerbstätig waren? Erwarteten sie beispielsweise, dass die Kinder darunter leiden würden? Diese Frage wird in der repräsentativen Bevölkerungsumfrage Allbus seit 1982 immer wieder gestellt, zuletzt im Jahr 2021. Leider wird damit nicht explizit erhoben, wie Kindertagesbetreuung im engeren Sinn beurteilt wird. Doch immerhin geben die Antworten einen Hinweis darauf, wie die befragten Erwachsenen eine Betreuungskonstellation bewerten, in der eine Mutter wegen ihres Berufs ihr Kleinkind nicht selbst betreuen kann und deshalb eine andere Lösung – etwa in Form einer Kita – finden muss.
- **Die Positionen der wissenschaftsbasierten Politikberatung:** Welche Einschätzungen finden sich in den Jugendberichten für die Bundesregierung, die seit den 1960er-Jahren von Expert:innen erstellt werden? Diese Gutachten erscheinen alle vier Jahre und werden von Wissenschaftler:innen aus Soziologie, Erziehungswissenschaft, Psychologie und anderen Disziplinen sowie von Praktikern der Jugendhilfe erstellt. Sie zählen nicht zur Forschung im engeren Sinn, sondern machen deutlich, welche Empfehlungen Forschende auf Grundlage wissenschaftlicher Beiträge an die Politik richten.

Diese vier Themen wurden zunächst jeweils einzeln betrachtet (Hank 2024, 2025; Kleinschrot 2023). Im Anschluss stellte sich die Frage, wie sich diese Daten verknüpfen lassen. Schließlich wurden sie in unterschiedlichen Zeiträumen und unterschiedlich häufig erhoben; auch passen sie in ihrer Charakteristik nicht so gut zusammen wie solche, die bei einem Survey nach einheitlichem Prinzip erfasst werden. Für die ersten drei Themen – Betreuungsquoten, massenmedialer Diskurs und Einstellungen der Bevölkerung – lag deshalb die Erstellung separater, quantitativer Zeitreihen nahe. Auf diese Weise wurden mehrere langfristige Trends erkennbar. (Für die Jugendberichte ließ sich eine solche Quantifizierung nicht erstellen, weil diese Berichte differenziert argumentieren und sich nicht in schlichte Prozentzahlen übersetzen lassen. Sie wurden deshalb separat analysiert.)

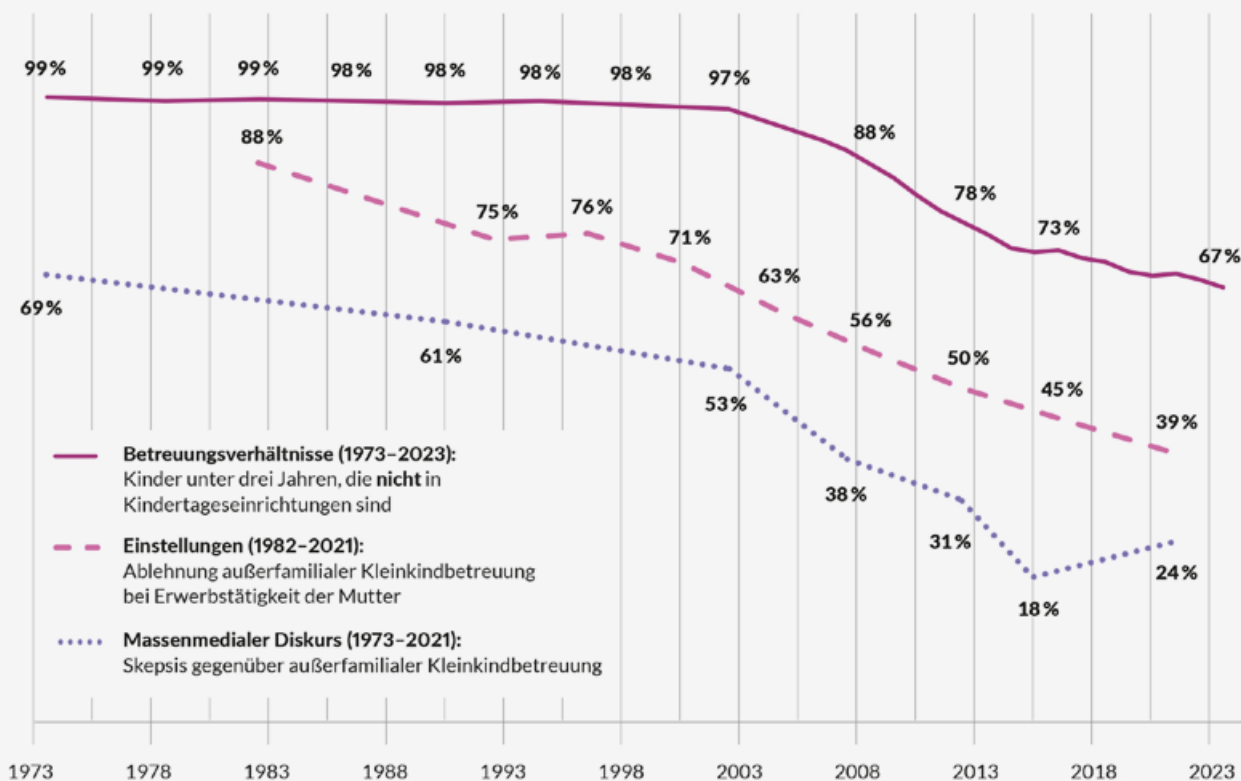
### In Westdeutschland herrschte bis in die 1980er-Jahre breite Skepsis gegenüber Kinderkrippen

Die Interpretation der Datenreihen erfolgte auf der Grundlage wohlfahrtsstaatlicher Theorien, wie sie zunächst von Gøsta Esping-Andersen vorgelegt und dann – für den vorliegenden Fall besser passend – von der Politikwissenschaftlerin Sigrid Leitner (2003) weiterentwickelt wurden. Deren Überlegung ist, dass sich kapitalistische Wohlfahrtsstaaten in der Art unterscheiden, wie sie die Sorge für Kinder (sowie für alte Menschen) gestalten. Manche Länder unterstützen Sorgearbeit innerhalb der Familien, andere tun dies nicht. Und manche Länder unterstützen die Verlagerung der Sorgearbeit zu Einrichtungen außerhalb der Familien, andere tun dies nicht. >

”

**Kapitalistische Wohlfahrtsstaaten unterscheiden sich in der Art, wie sie die Sorge für Kinder (sowie für alte Menschen) gestalten.**

Abbildung 1: Betreuungsverhältnisse, Einstellungen und massenmedialer Diskurs über außerfamiliäre Betreuung von Kindern unter drei Jahren, Westdeutschland 1973–2023, Prozentanteil an der jeweiligen Gesamtheit



Quelle: Berth/Hank/Kleinschrot (2025)

Unter dem Titel „Das westdeutsche Kitasystem im Wandel: Einstellungen, Diskurse und Angebote zur Kleinkindbetreuung seit den 1970er-Jahren“ ist in der Zeitschrift für Erziehungswissenschaft ein Aufsatz der Autor:innen zu diesem Thema erschienen. Dieser Beitrag ist die finale Publikation des am DJI angesiedelten DFG-Projekts „Von der Nothilfe zur Bildung“, an dem die Autor:innen zwischen 2020 und 2024 gearbeitet haben. Zum Projekt:



Dieser Unterschied mag auf den ersten Blick merkwürdig erscheinen, weil beide Arten der Unterstützung Familien zugutekommen sollen und damit ähnliche Ziele verfolgen. In Sigrid Leitners internationalem Vergleich aus dem Jahr 2003 zeigte sich jedoch, dass die Unterscheidung durchaus sinnvoll ist: Manche Länder wie Schweden oder Frankreich gewährten Eltern zu diesem Zeitpunkt großzügige Elternzeiten, was die Sorge für Kinder innerhalb der Familien unterstützte, und gleichzeitig schufen sie umfassende Kita-Angebote, was die Sorge für Kinder außerhalb der Familien förderte. Andere Länder wie Griechenland boten weder das eine noch das andere; wieder andere Länder entwickelten Mischformen mit hoher Unterstützung für die Betreuung innerhalb der Familien und geringer Unterstützung für Betreuung außerhalb oder umgekehrt.

Die alte Bundesrepublik war nach dieser Theorie ebenfalls eine solche Mischform: Vom Staat ermöglichte Elternzeiten dauerten ausgesprochen lang, und die finanzielle Unterstützung der Familien war hoch, was beides die Kinderbetreuung innerhalb der Familien förderte. Gleichzeitig gab es kaum Kita-Angebote, die eine Betreuung von Kindern außerhalb der Familien ermöglicht hätten.

Dieses Muster spiegelte sich in den 1980er-Jahren in den Einstellungen der Bevölkerung (Abbildung 1). Damals waren fast 90 Prozent der Menschen in Westdeutschland der Meinung, dass es Kleinkindern schade, wenn ihre Mutter berufstätig wäre, so das Ergebnis des Allbus-Surveys von 1982. Auch die Auswertung des massenmedialen Diskurses wies auf eine solche Skepsis gegenüber früherer Kita-Betreuung hin: Fast drei Viertel der analysierten Beiträge aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung aus dieser Phase äußerten Vorbehalte gegen Kinderkrippen oder Tagesmütter. Zu diesem Meinungsbild passte, dass damals in Westdeutschland 99 Prozent aller Kinder unter drei Jahren nicht in Kitas betreut wurden, wie die amtlichen Daten zeigen.

### Die Politik beharrt lange auf alten Mustern – trotz des Einstellungswandels in der Bevölkerung

Diese Zeitreihen weisen allerdings darauf hin, dass sich Diskurse und Einstellungen bereits in den 1980er- und 1990er-Jahren wandelten. Bei den Allbus-Befragungen hielten es im Lauf der Jahre immer weniger Menschen für riskant, dass Mütter kleiner Kinder arbeiteten. Und die skeptischen Einschätzungen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wurden ebenfalls seltener. Offensichtlich än-

Abbildung 2: Die Entwicklung der Positionen der Jugendberichte für die Bundesregierung zum Thema Krippenbetreuung im Zeitraum zwischen 1965 und 1986

1965	1972	1980	1984	1986
<p>„Kinderkrippen – auch ‚Krabbelstuben‘ genannt – nehmen Kleinkinder bis zum dritten Lebensjahr auf. Sie sind als Notbehelf anzusehen, da das Kind in den ersten Lebensjahren den engen Kontakt mit der Mutter braucht; deswegen gibt es nicht viele solcher Einrichtungen.“</p> <p><i>Erster Jugendbericht, S. 137</i></p>	<p>„Wegen fehlender Kinderkrippen und Tagespflegestellen (bleibt oft) nur der Rückgriff auf Heimeinweisung oder eine Familienpflegestelle möglich.“</p> <p><i>Dritter Jugendbericht, S. 69</i></p>	<p>„Die Unterbringung in Krippen (wird) im Wesentlichen nach wie vor als Aufbewahrung verstanden.“</p> <p><i>Fünfter Jugendbericht, S. 141</i></p>	<p>„Die familienbegleitenden Angebote wie Kinderkrippen, Kindertagesstätten und alle sozialen Einrichtungen (dürften) nicht den Kürzungen im Sozialbereich zum Opfer fallen, sondern sie müßten im Gegenteil verbessert und ausgebaut werden.“</p> <p><i>Sechster Jugendbericht, S. 18</i></p>	<p>„Krippen, Kindergärten, Horte und Spielgruppen [...] müssen [...] als notwendige Sozialisationshilfen verstanden werden, nicht aber als Notlösungen zur Aufbewahrung der Kinder.“</p> <p><i>Siebter Jugendbericht, S. 29</i></p>

Quelle: eigene Darstellung

derte sich das gesellschaftliche Klima in Sachen Kinderbetreuung allmählich. Allerdings: Was sich nicht änderte, waren die tatsächlichen Betreuungsverhältnisse. Noch im Jahr 2003 wurden nur 3 Prozent aller Kinder unter drei Jahren in Krippen betreut; 97 Prozent wurden dies nicht. Hier wird eine Kluft zwischen gesellschaftlichen Präferenzen und der Politik sichtbar: Kommunen, Länder und Bund unternahmen bis zum Ende der Kanzlerschaft Helmut Kohls im Jahr 1998 wenig bis nichts, um die sich wandelnden Wünsche der Menschen zu berücksichtigen. Nach der Jahrtausendwende wurden erstmals in nennenswertem Umfang Kita-Plätze für unter Dreijährige geschaffen. Gleichzeitig ging die Skepsis gegenüber Kindertagesbetreuung weiter zurück: Massenmedien berichteten immer seltener mit kritischem Tonfall über Krippen, und die Ablehnung von mütterlicher Erwerbstätigkeit wurde ebenfalls geringer. Dieser Trend setzte sich, wie Abbildung 1 zeigt, bis zur Gegenwart fort.

Auffallend ist schließlich, wie frühzeitig die separat betrachtete wissenschaftsbasierte Politikberatung für einen Kurswechsel plädierte (Abbildung 2). Blieben die ersten Jugendberichte aus den 1960er- und 1970er-Jahren noch ausgesprochen skeptisch gegenüber Krippenbetreuung, forderten die Expert:innen bereits im Jahr 1984: „Die familienbegleitenden Angebote wie Kinderkrippen, Kindertagesstätten und alle sozialen Einrichtungen (dürfen) nicht den Kürzungen im Sozialbereich zum Opfer fallen, sondern sie müssten im Gegenteil verbessert und ausgebaut werden.“ Die Wissenschaftler:innen, die diese Berichte für das Bundesfamilienministerium und die Politik insgesamt erstellten, waren dem breiten gesellschaftlichen Diskurs also um einige Jahre voraus.

## Die Akzeptanz früher außerfamiliärer Kinderbetreuung wächst bisher stetig

Insgesamt gibt die neue Studie Hinweise darauf, dass der Wandel der frühen Kindheit ein jahrzehntelanger Prozess war, mit dem zahlreiche gesellschaftliche Debatten einhergingen. Doch trotz der scharfen Konflikte, die der Ausbau der Kindertagesbetreuung immer wieder auslöste, wiesen die Entwicklungen bis in die jüngste Gegenwart erstaunlich kontinuierlich in Richtung einer stetig wachsenden Akzeptanz früher außerfamiliärer Kinderbetreuung. Dass dieser Trend, der nun ungefähr ein halbes Jahrhundert andauert, sich in Zukunft fortsetzt, ist allerdings nicht gewiss. Insbesondere rechtspopulistische Bewegungen plädieren derzeit häufig dafür, die Betreuung kleiner Kinder wieder stärker in die Familien zurückzuverlagern.

*Felix Berth, Dominik Hank und Leonie Kleinschrot*



*Dr. Felix Berth ist in der Abteilung „Kinder und Kinderbetreuung“ am Deutschen Jugendinstitut (DJI) tätig. Der Bildungshistoriker leitet zurzeit ein Aufarbeitungsprojekt zur Heimerziehung zwischen 1945 und 1990 sowie ein internationales Netzwerk zur Geschichte der Bindungstheorie.*  
[berth@dji.de](mailto:berth@dji.de)



*Dominik Hank ist wissenschaftlicher Referent in der Abteilung „Kinder und Kinderbetreuung“ am DJI. Aktuell forscht der Sozialwissenschaftler insbesondere zur Heimerziehung zwischen 1945 und 1990.*  
[hank@dji.de](mailto:hank@dji.de)



*Dr. Leonie Kleinschrot ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Sozialwissenschaftliche Methodenlehre an der Universität der Bundeswehr München. Die Soziologin forscht zu Geschlechterungleichheiten im familiären Kontext und sozialen Normen zu Elternschaft.*  
[leonie.kleinschrot@unibw.de](mailto:leonie.kleinschrot@unibw.de)

## Literatur

*BERTH, FELIX / HANK, DOMINIK / KLEINSCHROT, LEONIE (2025): Das westdeutsche Kitasystem im Wandel: Einstellungen, Diskurse und Angebote zur Kleinkindbetreuung seit den 1970er-Jahren.*

*In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Jg. 28, S. 1275–1294*

*BUNDESMINISTER FÜR JUGEND, FAMILIE UND GESUNDHEIT (1984): Sechster Jugendbericht. Bundestags-Drucksache 10/1007. Bonn*

*HANK, DOMINIK (2024): „Der Atomstreit war dagegen harmlos“. U3-Betreuung in der medialen Diskussion seit 1970. In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, Jg. 19, H. 1, S. 103–116*

*HANK, DOMINIK (2025): Von der familialen zur geteilten Verantwortung. Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung im Spiegel der Kinder- und Jugendberichte. In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, Jg. 45, H. 1, S. 57–72*

*KLEINSCHROT, LEONIE (2023): Gender Norms under Socialism and Capitalism: A Historical Examination of Attitudes towards Maternal Employment in the German Democratic Republic and the Federal Republic of Germany. Comparative Population Studies, Jg. 48, S. 151–181*

*LEITNER, SIGRID (2003): Varieties of familism. The caring function of the family in comparative perspective. In: European Societies, Jg. 5, H. 4, S. 353–375*

# Bedarfsgerechte Angebote in der Frühen Bildung fehlen weiterhin

Neue Ergebnisse der DJI-Kinderbetreuungsstudie belegen, dass die lokale Steuerung und die Planung der Angebote verbessert werden müssen.



”

**In Westdeutschland nutzt fast jede vierte Familie mit einem ein- oder zweijährigen Kind trotz Bedarf keinen Platz in der Kindertagesbetreuung.**

Die vom Statistischen Bundesamt aktualisierte Bevölkerungsberechnung zeigt, dass in Deutschland weniger Kinder als ursprünglich angenommen leben. Der Ausbau der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung (FBBE) muss aber trotzdem weitergehen. Denn obwohl Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr bereits seit dem Jahr 2013 das Recht auf einen Platz in der Kindertagesbetreuung haben, ist das Angebot an Plätzen auch über zehn Jahre später noch bei Weitem nicht bedarfsdeckend. Das belegen aktuelle Auswertungen der DJI-Kinderbetreuungsstudie (KiBS) des Deutschen Jugendinstituts (DJI), die nun in Studie 1 des DJI-Kinderbetreuungsreports 2025 und in der zehnten Ausgabe von „Kindertagesbetreuung Kompakt“ des Bundesministeriums für Bildung, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) veröffentlicht wurden.

Wie die unterschiedlichen Ergebnisse für West- und Ostdeutschland zeigen, muss vor allem die lokale Steuerung und Planung der Angebote zukünftig weiter priorisiert werden: Während in Westdeutschland fast jede vierte Familie mit einem ein- oder zweijährigen Kind trotz Bedarf keinen solchen Platz nutzt (23 Prozent), sind es in Ostdeutschland 9 Prozent der Eltern. Weiteren 6 Prozent der Eltern in West- und 4 Prozent in Ostdeutschland reicht der Umfang ihrer aktuellen Betreuungszeiten nicht aus.

”

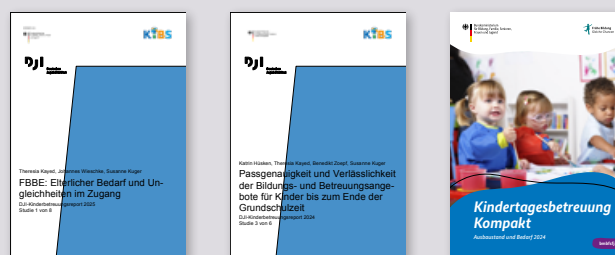
**Im Vergleich zu Familien ohne Migrationsgeschichte haben Familien, bei denen das Kind und/oder beide Elternteile im Ausland geboren sind, trotz ähnlich hohem Bedarf signifikant seltener einen Platz.**

Nach Analysen der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik (AKJ<sup>Stat</sup>) an der Technischen Universität (TU) Dortmund, die Teil des Forschungsverbunds DJI/TU Dortmund ist, könnten bei weiter absinkender Geburtenrate in Ostdeutschland zukünftig Platzkapazitäten von Kindern im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt in Angebote für Kinder unter drei Jahren umgewandelt werden. In Westdeutschland bleibt hingegen die angespannte Situation durch die konstant hohe Lücke zwischen Angebot und Bedarf sowie durch den Personalmangel vorerst bestehen. Auch wenn ein Wandel in der Kita-Landschaft, vor allem in Ostdeutschland, bereits spürbar ist und es zukünftig weniger Kinder gibt als bisher, muss die lokale Situation berücksichtigt werden. Denn auch in Teilen Ostdeutschlands fehlen bedarfsgerechte oder erreichbare Angebote.

### **Es gilt, ungleiche Chancen auf Kita-Plätze zu reduzieren**

Die Analysen der Daten aus der KiBS-Elternbefragung im Jahr 2024 verdeutlichen, dass bei der Platzvergabe ausgerechnet diejenigen Familien häufiger leer ausgehen, die ohnehin bereits benachteiligt sind: Im Vergleich zu Familien ohne Migrationsgeschichte haben Familien, bei denen das Kind und/oder beide Elternteile im Ausland geboren sind, trotz ähnlich hohem Bedarf signifikant seltener einen Platz (-10 Prozentpunkte). Auch Familien, die Transferleistungen beziehen, und Haushalte, in denen der höchste Schulabschluss maximal ein Hauptschulabschluss ist, nutzen für ihr ein- oder zweijähriges Kind trotz Bedarf seltener einen Platz in der Kindertagesbetreuung als Familien ohne diese Merkmale (-9 beziehungsweise -8 Prozentpunkte). Dies war nicht nur im Jahr 2024 der Fall, sondern gilt für den gesamten untersuchten Zeitraum seit dem Jahr 2016.

„Die Angebotsplanung, vor allem vor Ort in den Kommunen, muss professioneller werden, damit alle Kinder gleiche



### **Die DJI-Kinderbetreuungsstudie: regelmäßige bundesweite Untersuchung der Bedarfe von Eltern von Kindern bis zum Ende der Grundschulzeit**

Die DJI-Kinderbetreuungsstudie (KiBS) ist eine jährliche bundeslandrepräsentative Befragung von etwa 33.000 Eltern von Kindern bis zum Ende der Grundschulzeit. Die Untersuchungsschwerpunkte der Studie sind die aktuelle Betreuungssituation sowie die elterlichen Betreuungsbedarfe, die von den Eltern wahrgenommene Qualität der Kindertagesbetreuung und die Gründe dafür, weshalb Eltern kein Betreuungsangebot für ihr Kind nutzen. Das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) fördert die Studie. Das KiBS-Team veröffentlicht seit nunmehr sechs Jahren den DJI-Kinderbetreuungsreport als Reihe themenzentrierter Studien. Die im September 2025 erschienene Studie 1 von insgesamt 8 geplanten Studien im Rahmen des Reports 2025 mit dem Titel „FBBE: Elterlicher Bedarf und Ungleichheiten im Zugang“ wurde von den DJI-Forschenden Theresia Kayed, Dr. Gustav Johannes Wieschke und Prof. Dr. Susanne Kuger verfasst. Zuvor wurde bereits Studie 3 des Kinderbetreuungsreports 2024 veröffentlicht: Sie beschäftigt sich mit dem Thema „Passgenauigkeit und Verlässlichkeit der Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder bis zum Ende der Grundschulzeit“. Autor:innen sind Katrin Hüsken, Theresia Kayed, Benedikt Zoepf und Prof. Dr. Susanne Kuger. Neben den Studien der DJI-Publikationsreihe wurde die Broschüre „Kindertagesbetreuung Kompakt – Ausbaustand und Bedarf 2024“ des BMBFSFJ veröffentlicht, die regelmäßig ein umfassendes Bild über den Ausbaustand der Kindertagesbetreuung und die Entwicklung der Elternbedarfe in Deutschland liefert.

🔗 Informationen über die DJI-Kinderbetreuungsstudie (KiBS) bei [dji.de](https://dji.de)

## Veranstaltungsreihe des DJI: Ganztagsbildung und -betreuung für Grundschul Kinder weiterentwickeln

Angesichts der geplanten stufenweisen Einführung des Rechtsanspruchs auf ganztägige Bildung und Betreuung für Kinder im Grundschulalter befindet sich die Ganztagsbildung und -betreuung im Wandel. Zum Austausch über den Stand der Forschung zur Ganztagsbildung und -betreuung für Grundschul Kinder starteten das Deutsche Jugendinstitut (DJI) und das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) eine Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Ganztägige Bildung und Betreuung im Fokus der Wissenschaft“. In der neunten Session am 20. Januar, 14.00 bis 15.30 Uhr, steht das Thema „Bewegung, Spiel und Sport im Ganzttag“ auf dem Programm und am folgenden Termin am 5. Februar, 14.00 bis 15.30 Uhr, die Frage „Pädagogisch wertvoll? Pädagogische Laien in der ganztägigen Bildung und Betreuung“. Am 19. Februar, 14.00 bis 15.30 Uhr, wird die Schulverpflegung als zentrales Element im Ganzttag thematisiert. Bei den Veranstaltungen referieren Forschende des DJI ebenso wie Kolleg:innen aus anderen wissenschaftlichen Einrichtungen. Ein Fachtag am 4. März 2026 in Berlin wird die Reihe abschließen. Dieser soll einen Austausch all derer ermöglichen, die den kommenden Rechtsanspruch gestalten und umsetzen. Denn die Herausforderungen sind insbesondere in Westdeutschland groß: Auswertungen repräsentativer Daten der DJI-Kinderbetreuungsstudie (KiBS) zeigen, dass im Jahr 2023 der bundesweite Betreuungsbedarf für alle Grundschul Kinder erstmals seit dem Jahr 2020 wieder leicht angestiegen ist, und zwar um zwei Prozentpunkte auf 75 Prozent. Für die Kinder, die im Frühjahr 2023 die erste Klassenstufe besuchten, äußerten mit 82 Prozent besonders viele Eltern einen Betreuungsbedarf. Mit jeder weiteren Klassenstufe und steigendem Alter der Kinder werden außerunterrichtliche Bildungs- und Betreuungsangebote etwas weniger nachgefragt und genutzt. Obwohl in den letzten beiden Jahrzehnten massiv in den Ausbau ganztägiger Angebote für Grundschul Kinder investiert wurde, reichte dies im Jahr 2023 in Westdeutschland nicht aus: 4 Prozent der Eltern haben keinen Platz für ihr Kind gefunden, obwohl sie sich einen wünschten. Weitere 3 Prozent der Eltern gaben an, dass ihr Bedarf den aktuell von ihnen genutzten Betreuungsumfang um mehr als fünf Stunden pro Woche übersteigt. Damit müssen in Westdeutschland für insgesamt 7 Prozent aller Grundschul Kinder noch Plätze neu geschaffen oder in ihrem Umfang erweitert werden. Während die meisten Eltern ihren Betreuungsbedarf für Grundschul Kinder mit ihrer beruflichen Tätigkeit und einem dafür erforderlichen verlässlichen Betreuungsangebot begründen, wird mit der Ganztagschule politisch und gesellschaftlich auch das Ziel verbunden, soziale Ungleichheiten zu verringern und die Kompetenzen der Schüler:innen umfassender zu fördern. Diese Entwicklungsmöglichkeiten und Herausforderungen für die ganztägige Bildung und Betreuung im Grundschulalter werden unter anderem Thema des Fachtags sein.

 Weitere Informationen und Anmeldung bei [dji.de](https://www.dji.de)



**Nicht immer können die Eltern passgenaue Angebote nutzen, und eine unzureichende Verlässlichkeit der Angebote, beispielsweise aufgrund ungeplanter Schließtage, belastet den Betreuungsalltag zusätzlich.**

Chancen auf einen bedarfsgerechten Platz haben. Kommunen müssen ressourcenschonend auf die Bevölkerungsentwicklung und Zuzugswellen reagieren können und dürfen zugleich die Angebotsqualität nicht vernachlässigen“, empfiehlt DJI-Forschungsdirektorin Prof. Dr. Susanne Kuger und ergänzt: „Eines der zentralen Ziele des Rechtsanspruchs – die Teilhabechancen aller Kinder zu verbessern und für mehr Chancengerechtigkeit beim Zugang zur Kindertagesbetreuung zu sorgen – wurde bislang nicht erreicht.“

### **82 Prozent der Eltern von Zweijährigen wünschen sich eine Kindertagesbetreuung**

Bundesweit ist der Bedarf der Eltern von Ein- und Zweijährigen seit dem Jahr 2013 deutlich angestiegen und liegt im Jahr 2024 bei 65 beziehungsweise 82 Prozent. In Ostdeutschland ist er deutlich größer als in Westdeutschland (Einjährige: 62 versus 82 Prozent; Zweijährige: 80 versus 92 Prozent). Darüber hinaus wünschen sich Eltern in den ostdeutschen Bundesländern mehrheitlich einen Ganztagsplatz im Umfang von mehr als 35 und bis zu 45 Stunden wöchentlich, wohingegen Eltern in den westdeutschen Ländern am häufigsten einen erweiterten Halbtagsplatz mit mehr als 25 und bis zu 35 Stunden wöchentlich bevorzugen. Nicht immer können die Eltern jedoch passgenaue Angebote nutzen, und eine unzureichende Verlässlichkeit der Angebote, beispielsweise aufgrund ungeplanter Schließtage, belastet den Betreuungsalltag zusätzlich. Dies konnte in der vor Kurzem veröffentlichten Studie 3 des DJI-Kinderbetreuungsreports 2024 gezeigt werden. Die Kinder- und Jugendhilfeplanung muss daher unterschiedliche, kleinräumig angepasste Lösungen entwickeln, um auf der einen Seite den Eltern zunächst eine ausreichende Zahl an bedarfsgerechten Plätzen zur Verfügung zu stellen, auf der anderen Seite aber auch größeren Entwicklungen schnell begegnen zu können. *Sonja Waldschuk*

# Kinder und Jugendliche aus armutsgefährdeten Familien sind in allen Lebensbereichen benachteiligt

Wie sehr in Deutschland die materielle Situation der Familie über die Chancen von Kindern entscheidet, zeigt der von DJI-Forschenden erstellte UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland 2025.

Wenngleich Deutschland zu den wohlhabendsten Ländern der Welt gehört, wächst bundesweit fast jedes zehnte Kind unter 18 Jahren mit erheblichen materiellen und sozialen Entbehrungen auf. Das entspricht rund 1,3 Millionen Kindern und Jugendlichen, bei denen grundlegende Bedürfnisse nicht gestillt werden, da beispielsweise ein zweites Paar ordentliche Schuhe fehlt, eine einwöchige Urlaubsreise im Jahr nicht bezahlt oder die Wohnung nicht ausreichend beheizt





**Die negativen Folgen von Armutslagen zeigen sich in den Bildungschancen, der Gesundheit, der gesellschaftlichen Teilhabe und selbst in den sozialen Beziehungen. Umso wichtiger ist es, Strukturen so zu reformieren, dass alle Kinder unabhängig von ihrer Herkunft faire Chancen auf ein gutes Aufwachsen haben.**

Prof. Dr. Sabine Walper, DJI-Direktorin bis Oktober 2025

werden kann. In Deutschland leben damit relativ viele Kinder und Jugendliche in armutsgefährdeten Familien – sowohl im Vergleich zu wirtschaftlich starken Ländern wie Finnland oder Norwegen als auch im Vergleich zu wirtschaftlich schwächeren wie Slowenien oder Portugal. Dieses zentrale Ergebnis des neu erschienenen UNICEF-Berichts zur Lage der Kinder in Deutschland 2025 ist besonders alarmierend, weil sich Armut auf alle Lebensbereiche betroffener Kinder und Jugendlicher negativ auswirkt.

Der 155-seitige Bericht, der im Auftrag von UNICEF Deutschland von Forschenden des Deutschen Jugendinstituts (DJI) erstellt wurde, liefert umfassende empirische Ergebnisse und Analysen zu sechs zentralen Dimensionen des kindlichen Wohlbefindens: materielle Situation, Bildung, soziale Beziehungen, sicheres Aufwachsen und Risiken, Gesundheit sowie subjektives Wohlbefinden (siehe auch Infobox, S. 8). „Die Befunde machen deutlich, wie sich Armut auf wirklich alle Lebensbereiche von Kindern nachteilig auswirkt“, sagte Prof. Dr. Sabine Walper in der Bundespressekonferenz im November 2025 in Berlin. Sie hat den Bericht als DJI-Direktorin und Herausgeberin begleitet. „Die negativen Folgen von Armutslagen zeigen sich in den Bildungschancen, der Gesundheit, der gesellschaftlichen Teilhabe und selbst in den sozialen Beziehungen. Umso wichtiger ist es, Strukturen so zu reformieren, dass alle Kinder unabhängig von ihrer Herkunft faire Chancen auf ein gutes Aufwachsen haben.“

Georg Graf Waldersee, Vorsitzender von UNICEF Deutschland, sagte bei der Vorstellung der Forschungsergebnisse: „In Deutschland bewegt sich zu wenig für Kinder. Eine gute Kindheit darf nicht nur ein hehres Bekenntnis bleiben. Die neue Bundesregierung steht in der Verantwortung, deutlich mehr für Kinder zu tun. Wer den gesellschaftlichen Zusammenhalt und Deutschlands Zukunft sichern will, muss

jetzt gezielt in Kinder investieren – insbesondere in diejenigen, die von Armut, Ausgrenzung oder fehlenden Chancen betroffen sind.“

**Betroffenen Kindern fehlen Rückzugsorte, und sie sind weniger aktiv als Gleichaltrige**

Auswirkungen von Armutslagen zeigen sich dem Bericht zufolge an der angespannten Wohnsituation der betroffenen Familien: 44 Prozent der armutsgefährdeten Kinder und Jugendlichen leben in Wohnungen, in denen individuelle Rückzugs- und Lernräume fehlen – fast dreimal so viele wie Gleichaltrige ohne Armutsgefährdung (15 Prozent). Erhebliche finanzielle Einschränkungen wirken sich aber auch auf die Gestaltung der Freizeitaktivitäten aus: Nur gut die Hälfte der betroffenen Kinder treibt regelmäßig Sport, nur ein Drittel liest regelmäßig Bücher, und nur 42 Prozent treffen sich regelmäßig mit Freund:innen. Gleichaltrige aus besser gestellten Familien sind deutlich aktiver und nutzen zudem universell zugängliche Angebote wie Sportstätten, Bolzplätze und auch Ferienfreizeiten häufiger.

**Große soziale Unterschiede bei Lese- und Medienkompetenzen sowie Bildungszielen**

Der UNICEF-Bericht verweist darauf, dass ein beträchtlicher Anteil von Kindern und Jugendlichen nicht ausreichend gefördert wird: 41 Prozent der Achtklässler:innen verfügen lediglich über rudimentäre Kompetenzen im Umgang mit digitalen Medien. Ein Viertel aller 15-Jährigen in Deutschland gilt zudem als besonders leseschwach. In beiden Bereichen



**Wer den gesellschaftlichen Zusammenhalt und Deutschlands Zukunft sichern will, muss jetzt gezielt in Kinder investieren – insbesondere in diejenigen, die von Armut, Ausgrenzung oder fehlenden Chancen betroffen sind.**

Georg Graf Waldersee, Vorsitzender von UNICEF Deutschland



zeigen sich dem Bericht zufolge große soziale Unterschiede. So liegt der Anteil der besonders leseschwachen 15-Jährigen, die Eltern mit einem niedrigen sozioökonomischen Hintergrund haben, sogar bei 39 Prozent. Und während 80 Prozent der 9- bis 17-Jährigen aus finanziell unbelasteten Haushalten das Abitur anstreben, trifft das auf lediglich gut die Hälfte (56 Prozent) der armutsgefährdeten Kinder und Jugendlichen dieser Altersgruppe zu.

### Materiell benachteiligte Jugendliche erleben häufig Mobbing

Bundesweit erleben im Durchschnitt 9 Prozent der 12- bis 17-Jährigen mindestens ein- bis zweimal pro Monat Mobbing, wobei insbesondere digitale Beleidigungen und Angriffe eine große Rolle spielen. Am stärksten betroffen sind wiederum Jugendliche aus materiell deprivierten Haushalten: Sie erfahren ungefähr doppelt so häufig (Cyber-)Mobbing wie Gleichaltrige aus bessergestellten Familien. Die Folgen sind den Daten zufolge erheblich: Jugendliche, die gemobbt wurden, zeigen deutliche Anzeichen von Rückzugsverhalten und sozialer Isolation bis hin zu depressiven Stimmungen.

### Belastungen beeinträchtigen die Gesundheit der Kinder

„Die Belastungen in den verschiedenen Lebensbereichen wirken sich nachweislich negativ auf das psychische Wohlbefinden und die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen aus und führen zu einer systematischen Einschränkung ihrer Zukunftschancen“, warnte DJI-Forschungsdirektorin Prof. Dr. Susanne Kuger.

Immer mehr Kinder und Jugendliche in Deutschland leiden laut dem Bericht unter gesundheitlichen Beschwerden: 40 Prozent der 11- bis 15-Jährigen berichten demnach von wöchentlich mehrfachen oder sogar täglichen Beschwerden wie Kopf-, Bauchschmerzen oder Schlafproblemen. Dieser Wert ist in den vergangenen zehn Jahren deutlich angestiegen, am stärksten seit der Covid-19-Pandemie. Und auch hier zeigt sich: Jugendliche aus materiell benachteiligten Verhältnissen sind stärker betroffen.

Auch ihr psychisches Wohlbefinden bewerten junge Menschen in Deutschland eher negativ: Die Werte für 11- bis 15-Jährige liegen zwischen 51 und 67 von insgesamt 100 Punkten, ein – wie in vielen anderen europäischen Ländern – bedenklich geringer Wert. Am schlechtesten fällt die Beurteilung des psychischen Wohlbefindens bei finanziell benachteiligten Mädchen aus. Deutschland ist neben Portugal, Lettland, Ungarn und Österreich eines der wenigen europäischen Länder, in denen sich der Zusammenhang zwischen Armut und psychischem Wohlbefinden so stark zeigt.


*Uta Hofele*

**Die Belastungen in den verschiedenen Lebensbereichen wirken sich nachweislich negativ auf das psychische Wohlbefinden und die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen aus und führen zu einer systematischen Einschränkung ihrer Zukunftschancen.**

Prof. Dr. Susanne Kuger, DJI-Forschungsdirektorin



Neben dem UNICEF-Bericht 2025 sind eine Zusammenfassung wichtiger Ergebnisse, Grafiken, ein Videointerview mit DJI-Forschungsdirektorin Prof. Dr. Susanne Kuger sowie Handlungsempfehlungen von UNICEF online erschienen.

 [Informationen über den UNICEF-Bericht bei dji.de](#)

# Wohnen, Sorgearbeit und Erwerb neu verschränkt

Gemeinschaftliches Wohnen in mischgenutzten Bestandsgebäuden kann den Alltag von Eltern spürbar erleichtern. Das DJI-Projekt BegeFa zeigt, wie solche Wohnformen die Care-Arbeit besser organisieren helfen, neue Berufsperspektiven eröffnen – und nicht zuletzt die ressourcenschonende Bauwende unterstützen.



Mütter und zunehmend auch Väter stehen vor der Herausforderung, Care- und Erwerbsarbeit im Familienalltag zu verbinden. Der Wandel der Arbeit verstärkt – durch die Digitalisierung der Arbeit – Möglichkeiten, von zu Hause aus zu arbeiten, und schafft gleichzeitig mehr Flexibilität in der Wohnortwahl (Grubbauer u.a. 2025). Das Potenzial von Jobs, die „working from home“-tauglich sind, wird für Deutschland auf 56 Prozent der Arbeitsplätze geschätzt (Alipor/Falk/Schüller 2023).

Gleichzeitig verschärft die Wohnungskrise die Lage vieler Familien, insbesondere in Metropolregionen: Steigende Bau- und Wohnkosten sowie die rückläufige Zahl an Sozialwohnungen lassen bezahlbaren Wohnraum zunehmend knapp werden. Auch vor dem Hintergrund der Klimakrise rückt daher eine ressourcenschonende Bauwende in den Fokus. Neben den aktuell politisch stark forcierten Neubauproduktionen birgt insbesondere die Umnutzung von Bestandsgebäuden ein gewisses Potenzial, dringend benötigten Wohnraum zu schaffen (BBSR 2022).

Das Themenfeld an der Schnittstelle von Care, Erwerbsarbeit und dem Wohnkontext von Familien ist – mit wenigen Ausnahmen – bislang kaum beforscht. Angesichts multipler gesellschaftlicher Herausforderungen untersuchte das inter-

disziplinäre BegeFa-Projekt am Deutschen Jugendinstitut (DJI) (siehe Infobox, S.64), inwieweit der Wohnkontext einen Beitrag zur Alltagsbewältigung zwischen Care- und von zu Hause erbrachter Erwerbsarbeit leisten kann. Dies erfolgte am spezifischen Beispiel gemeinschaftlich organisierter Bestandsliegenschaften, wie etwa Gutshöfe, Klöster, Fabrik- oder Schulgebäude, die Wohnen mit weiteren Nutzungen wie Arbeiten, Soziales, Kultur oder Landwirtschaft verknüpfen. In gemeinschaftlichen Wohnformen leben mehrere Personen längerfristig, selbst organisiert und über familial-verwandtschaftliche Bezüge hinaus in separat sowie gemeinschaftlich genutzten Räumen zusammen (Roller/Eck 2022).

## Netzwerke entlasten Familien – und bereichern das Aufwachsen von Kindern

Gemeinschaftliches Wohnen mit additiven Nutzungen (Zur Nedden u.a. 2015) ist, wie die Analysen zeigen, für Familien attraktiv, weil sie darin auf unterschiedlichen Ebenen Entlastungen in der Vereinbarkeit von Care- und Erwerbsarbeit erfahren können. In den untersuchten Bestandsprojekten berichten Eltern erstens von Entlastungen durch

Care-bezogene Unterstützungsnetzwerke unter den Bewohner:innen, innerhalb derer Care-Aufgaben geteilt werden können (vgl. auch Heitkötter/Lien 2021, Thiel 2023). Eine Mutter etwa hebt die Vorteile des sozialen Netzes für die Bewältigung von alltäglichen Vereinbarkeitsanforderungen hervor:

**„Für mich war es schon immer reizvoll, das zu machen, als alleinerziehende Mama in eine Gemeinschaft zu gehen und dadurch bestimmte Entlastungen zu haben oder bestimmte Dinge teilen zu können, wo ich merke: Boah, als Alleinerziehende und freischaffend: Wie soll ich das hinkriegen?“**

Durch die regelmäßige und spontane wechselseitige Betreuung von Kindern werden Betreuungslücken überbrückt; das Aufteilen von Fahrdiensten zu Kita und Schule entlastet den Alltag der Eltern ebenso wie gemeinsame Mahlzeiten oder die durch Bewohner:innen angeleitete „Mitarbeit“ der Kinder und Jugendlichen in den teils gemeinschaftlichen Betrieben vor Ort. Die Netzwerke entlasten Familien sowohl in organisatorischer als auch emotionaler Hinsicht; die vielseitigen Erfahrungsmöglichkeiten in den Betrieben des Projekts bereichern das Aufwachsen der Kinder und die Berufsorientierung Jugendlicher.

### **Hofläden, Werkstätten, Gastronomie: Angebote und zugleich Erwerbsmöglichkeiten**

Zweitens finden die befragten Familien durch Care-bezogene oder alltägliche Infrastrukturangebote, die Teil der Nutzungsmischung sind, Erleichterungen in Vereinbarkeitsfragen. Hierzu zählen Kinderbetreuungsangebote, Hofläden, Sharing-Formate (beispielsweise für Kleidung und Spielsachen), eine freie Schule sowie in einem Projekt eine Kantine. Die Daten weisen darauf hin, dass das Spektrum von Angeboten, die den Alltag von Familien entlasten, gerade in mischgenutzten Bestandsprojekten gegenüber reinen gemeinschaftlichen Wohnprojekten breiter ist. Eltern nutzen derartige Angebote nicht nur, sondern initiieren diese auch selbst, wie die Daten zeigen. Dabei sind häufig familienbezogene Bedarfe ein wichtiger Motor für Eltern, Gestaltungsinitiative zu ergreifen: Beispielsweise hat eine Mutter aufgrund von Betreuungslücken in der Gemeinschaft eine Kindertagespflegestelle aufgebaut. Familien können somit auch als Gestalter:innen der Weiterentwicklung nutzungsgemischter Wohnprojekte betrachtet werden.

Drittens eröffnen die additiven Nutzungen in den untersuchten Projekten den Bewohner:innen auch Erwerbsmöglichkeiten vor Ort, die wiederum Entlastungen in der familiären Alltagsbewältigung mit sich bringen können. Die Erwerbsarbeiten, denen die Befragten in den Wohnprojek-

ten nachgehen, sind vielseitig: Sie reichen von handwerklichen, künstlerischen Tätigkeiten in Werkstätten und Ateliers vor Ort über Tätigkeiten im Bereich der Landwirtschaft und Gastronomie sowie Bildungs- und Erziehungsarbeit in Einrichtungen vor Ort bis hin zur Mitarbeit in der Verwaltung des Projekts. In den untersuchten Wohnprojekten gehen die Möglichkeiten des „Arbeitens von zu Hause“ also weit über das Homeoffice hinaus, und Tätigkeiten können selbstständig oder angestellt in gemeinschaftlichen Betrieben erfolgen oder teils auch in Kombination mit derartigen Erwerbsformen außerhalb der Projekte.

Das Arbeiten vor Ort erleichtert es Eltern, ihrer Erwerbsarbeit nachzugehen, wie die Befunde zeigen, beispielsweise durch wegfallende Wegezeiten, eine spontane wechselseitige Erreichbarkeit zwischen Eltern und Kindern sowie unkomplizierte Absprachen und Koordination zwischen Erwachsenen.

### **Bestandsprojekte liefern einen Rahmen für berufliche Veränderungen**

Die Bedeutung des Lebens in gemeinschaftlicher Wohnform mit vielfältigen zusätzlichen Nutzungen kann über Alltagsentlastungen hinausgehen. Es ermöglicht Familien ein räumlich und sozial integriertes Leben, das teilweise bewusst angestrebt wurde. Ein Familienvater berichtet:

**„Für mich war das einer der ausschlaggebenden Punkte, der mich an diesen [Wohnort] gebracht hat. Mein Leben war vorher sehr fragmentiert. Es gab halt die Familie, und dann bin ich den ganzen Tag zur Arbeit gegangen, abseits von der Familie. Und das war ein Leben, was ich einfach nicht weiterleben wollte. Und das Tolle war dann, dass ich hier alles an einem Platz vereinen konnte. Das Familienleben, die Beziehung und das Arbeiten. Jetzt fließt das alles ineinander.“**

Familienleben, Freizeit und Erwerbsleben werden nicht als getrennte Lebenssphären gestaltet und erlebt. Vielmehr finden die Sphären verstärkt an einem Ort statt und überschneiden sich in Teilen. Während diese enge Verschränkung für einige Befragte einer der zentralen Vorteile dieser besonderen Wohn- und Arbeitsform ist, kann dies in Phasen auch zur Belastung werden. Insbesondere dann, wenn das erforderliche Engagement für die Gemeinschaft konflikthaft oder so umfangreich wird, dass es belastend wird. Das Grenzmanagement zwischen Privatleben, Erwerbsarbeit und Anforderungen der Gemeinschaft kann zu einer zusätzlichen umfangreichen Aufgabe werden (Abbenhardt/Heitkötter 2025a).

Die sozialen und die räumlichen Bedingungen gemeinschaftlicher Wohnformen in Bestandsprojekten können allerdings auch einen Rahmen für individuelle berufliche Verände-



**Gemeinschaftliche Bestandsprojekte ermöglichen mit ihren vielfältigen Erwerbsoptionen innerhalb projekteigener Betriebe oder in der Verwaltung der Gemeinschaft Chancen für berufliche Quereinstiege ihrer Bewohner:innen.**

rungen bereitstellen, den Bewohner:innen in verschiedener Weise nutzen können. Die Befunde der Expert:inneninterviews zeigen, dass gemeinschaftliche Bestandsprojekte mit vielfältigen Erwerbsoptionen innerhalb projekteigener Betriebe oder in der Verwaltung der Gemeinschaft Chancen für berufliche Quereinstiege ihrer Bewohner:innen ermöglichen (Abbenhardt/Heitkötter 2025b). Gemeinschaftliche und räumliche Ressourcen von Bestandsprojekten in Form ungenutzter Räume und Flächen können einen Impulscharakter für die Gestaltung von Erwerbsbiografien entfalten und andersherum. Insbesondere ungenutzte Raumreserven sind spezifische Voraussetzungen, die für Bestandsprojekte charakteristisch sind und eine erwerbsorientierte Aktivierung der Projekte im Laufe der Zeit ermöglichen.

**Wohnform der Zukunft? Care- und Erwerbsinfrastruktur verknüpfen**

Zusammenfassend zeigen die explorativen Befunde, dass der spezifische Wohnkontext gemeinschaftlicher Bestandsprojekte mit additiven Nutzungen entlastende Vereinbarkeitsarrangements in einem Prozess hervorbringen kann, in dem verschiedene Einflussfaktoren eine Rolle spielen: Relevant sind dabei nach aktuellen Erkenntnissen die Bedarfe und Entwicklungsperspektiven des Gemeinschaftsprojekts, die räumlichen Voraussetzungen des Bestandsgebäudes bezie-

**Interdisziplinäres Kooperationsprojekt von DJI und TU München: „Bestand gemeinschaftlich nutzen. Perspektiven für Familien?“, kurz BegeFa-1**

Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) führte das explorativ angelegte, interdisziplinäre Forschungsprojekt in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Urban Design der Technischen Universität (TU) München von April 2024 bis April 2025 durch. Aus raum- und sozialwissenschaftlicher Perspektive wurden gemeinschaftliche Wohnprojekte in umgenutzten Bestandsgebäuden (also nicht im Neubau) untersucht, deren Räume und Flächen nicht nur als Wohnraum unter anderem für Familien, sondern auch für zusätzliche Funktionen wie Bildungsangebote, soziale Infrastruktur, Gastronomie, Handwerk oder Landwirtschaft genutzt werden. Die DJI-Wissenschaftler:innen erforschten, ob und inwieweit gemeinschaftliches Wohnen in Mischnutzung einen Beitrag zur Alltagsbewältigung von Familien im Spannungsfeld zwischen Care- und Erwerbsarbeit leisten kann. Das explorative Forschungsdesign umfasste drei Fokusgruppen (Bär u. a. 2020) mit Eltern sowie eine mit Jugendlichen und ein Interview mit einem Kind. Die moderierten Gruppendiskussionen wurden an drei Standorten deutschlandweit durchgeführt. Die Auswahl der Teilnehmenden an den Fokusgruppen erfolgte in einem mehrstufigen Verfahren: Zunächst wurden die Standorte anhand von vorab definierten Kriterien ausgewählt, um auf die Fragestellung fokussieren

zu können (zum Beispiel „mindestens ein Elternteil arbeitet vor Ort“) und um gewisse Varianzen der Projekte abbilden zu können (etwa urbane und ländliche Räume oder projektbezogene Erwerbsmöglichkeiten vor Ort durch die Art der Mischnutzung). Bei der Auswahl der Teilnehmenden spielten Geschlecht, Familien-, Erwerbsformen sowie ausgeübte Berufe eine Rolle. Zur Kontextualisierung der Befunde wurden ergänzend Interviews mit Expert:innen aus Wissenschaft und Praxis geführt. Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, die Stiftung Trias und die GLS Treuhand haben das Projekt gefördert. Die umfassenden sozial- und raumwissenschaftlichen Ergebnisse wurden im November 2025 open access unter dem Titel „Bestand gemeinschaftlich nutzen. Perspektiven für Familien? BegeFa-1: Ergebnisse einer explorativen Studie“ veröffentlicht. Herausgeberinnen sind Isabel Glogar, Martina Heitkötter und Lisa Abbenhardt. Aufbauend auf der explorativen Studie BegeFa-1 wird die Forschung zu diesem Thema im Rahmen von BegeFa-2 von Februar 2026 an vertieft.

 [Informationen über das Kooperationsprojekt BegeFa bei dji.de](#)

hungsweise der gemeinschaftlichen Freiflächen, die teils flexiblen Wohnoptionen sowie die sich wandelnden Care-Bedarfe der Familien wie auch die individuellen Erwerbsbiografien der Eltern.

Familiale Care-Arrangements und Erwerbsbiografien sind auf besondere Weise mit den räumlichen Voraussetzungen des Bestandsgebäudes sowie dem gemeinschaftlichen Zusammenleben verwoben und beeinflussen sich über die Zeit wechselseitig. Eltern tarieren ihr Familien- und Erwerbsleben bewusst darin aus. Diese spezifischen Wohnbedingungen prägen also nicht nur, wie Care- und Erwerbsarbeit gelebt und kollektiv unterstützt werden können. Vielmehr prägen Familien durch die aktive Gestaltung auch kollektiviertere Formen von Care sowie durch die Etablierung von familiennahen Erwerbsmöglichkeiten vor Ort die Wohninfrastruktur mit. Gemeinschaftliches Wohnen im Bestand kann in diesem Lichte als eine Care-orientierte und erwerbsfreundlich-adaptive Wohnform betrachtet werden. Grundsätzlich sind demnach Wohnverhältnisse zukünftig verstärkt als bedeutsame Infrastruktur für Care-Arbeit (Power/Mee 2020), insbesondere in der Verschränkung mit Erwerbsarbeit von zu Hause aus, zu begreifen und sozialpolitisch wie baulich zu gestalten.

Martina Heitkötter, Lisa Abbenhardt



Dr. Martina Heitkötter ist Grundsatzreferentin der Fachgruppe „Familienpolitik und Familienförderung“ am Deutschen Jugendinstitut (DJI). Die Politologin und Sozialgeografin forscht unter anderem über familienbezogene Infrastruktur, neue Formen der Vergemeinschaftung und verantwortet den thematischen Forschungsschwerpunkt der Fachgruppe zum Thema „Familien und Wohnen“.  
heitkoetter@dji.de



Dr. Lisa Abbenhardt ist Soziologin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Vereinbarkeit von Care- und Erwerbsarbeit im Kontext von Wohnen, Familien im Sozialleistungsbezug sowie (prekäre) Solo-Selbstständigkeit.

## Literatur

ABBENHARDT, LISA / HEITKÖTTER, MARTINA (2025a): Familienperspektive: Zur Vereinbarkeit von Care-, Erwerbs- und Gemeinschaftsarbeit in mischgenutzten Bestandsprojekten.

In: Glogar, Isabel/Heitkötter, Martina/Abbenhardt, Lisa (Hrsg.) (2025): „Bestand gemeinschaftlich nutzen. Perspektiven für Familien? BegeFa-1: Ergebnisse einer explorativen Studie“, München, S. 186–217

ABBENHARDT, LISA / HEITKÖTTER, MARTINA (2025b): Projekt- und Beratungsperspektive: Gemeinschaftlich aktivierte Bestandsprojekte als Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation. In: Glogar, Isabel/Heitkötter, Martina/Abbenhardt, Lisa (Hrsg.) (2025): „Bestand gemeinschaftlich nutzen. Perspektiven für Familien? BegeFa-1: Ergebnisse einer explorativen Studie“, München, S. 170–175

ALIPOUR, JEAN-VICTOR / FALCK, OLIVER / SCHÜLLER, SIMONE (2023): Germany's capacity from working from home. In: *European Economic Review* 151, 104354

BÄR, GESINE u.a. (2020): Fokusgruppen in der partizipativen Forschung. In: Hartung, Susanne/Wihofszky, Petra/Wright, Michael T. (Hrsg.): *Partizipative Forschung. Ein Forschungsansatz für Gesundheit und seine Methoden*. Wiesbaden, S. 207–232

BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (BBSR) (Hrsg.) (2022): *Bauwende. Zukunft Bau Kongress 2021. Zukunft Bauen. Forschung für die Praxis, Bd. 31*

GLOGAR, ISABEL / HEITKÖTTER, MARTINA / ABBENHARDT, LISA (Hrsg.) (2025): *Bestand gemeinschaftlich nutzen. Perspektiven für Familien? BegeFa-1: Ergebnisse einer explorativen Studie*, München

GRUBBAUER, MONIKA u.a. (2025): *Raum-zeitliche Dimensionen ortsflexiblen Arbeitens. Soziale und ökologische Potenziale und Risiken im Spannungsfeld von Betrieb und Wohnen*. Forschungsbericht. [https://repos.hcu-hamburg.de/bitstream/hcu/1150/1/2025-09-03-ortsflexible-arbeit\\_v1.pdf](https://repos.hcu-hamburg.de/bitstream/hcu/1150/1/2025-09-03-ortsflexible-arbeit_v1.pdf) (30.10.2025)

HEITKÖTTER, MARTINA / LIEN, SHIH-CHENG (2021): *Synthese Soziales*. In: Dürr, Susanne u.a. (Hrsg.): *Familien in gemeinschaftlichen Wohnformen*. Unter Mitarbeit von Alexander Jungmann. BBSR-Online-Publikation, Heft 25, Bonn, S. 329–377

POWER, EMMA R. / MEE, KATHLEEN J. (2020): *Housing: an infrastructure of care*. In: *Housing Studies*, 35. Jg., H. 3, S. 484–505

ROLLER, KATRIN / ECK, SANDRA (2022): *Gutes Leben – gutes Care: Innovative Wohn-Care-Projekte zwischen utopischer Spinnerei und umsetzbarem Reallabor*. In: Knobloch, Ulrike u.a. (Hrsg.): *Caring Societies – Sorgende Gesellschaften. Neue Abhängigkeiten oder mehr Gerechtigkeit?* Weinheim/Basel, S. 222–240

THIEL, JANINE (2023): *Kollektive Sorge. Care-Arbeit in gemeinschaftlichem Wohnen mit Kindern*. In: *Soziologiemagazin: Trautes Heim, Glück allein? Soziologien des Wohnens heute*, Sonderheft 8, S. 53–81

ZUR NEDDEN, MARTIN u.a. (2015): *Nutzungsmischung und soziale Vielfalt im Stadtquartier. Bestandsaufnahme, Beispiele, Steuerungsbedarf*. Endbericht. Berlin

# Ökonomische Gewalt bleibt bislang oft unerkannt

Fast ein Drittel aller Frauen in Deutschland erlebt mindestens einmal im Leben Gewalt in der Partnerschaft. Im Interview spricht DJI-Familienökonomin Christina Boll über Risikofaktoren und bislang kaum erforschte Gewaltformen.

**DJI-Redaktion: *Wie verbreitet ist häusliche Gewalt bzw. Partnerschaftsgewalt in Deutschland?***

PD Dr. Christina Boll: Im Durchschnitt erleben in Deutschland pro Tag 367 Frauen und Mädchen Partnerschaftsgewalt. Dies entspricht 79 Prozent aller Personen, die von Gewalt in ihrer Partnerschaft betroffen sind. Diese Zahlen berichtet das Deutsche Institut für Menschenrechte auf Basis der Polizeilichen Kriminalstatistik 2023. Allerdings wird nur ein Teil der erlebten Gewalt angezeigt. So zeigen Frauen beispielsweise nur jede zehnte gegen sie gerichtete Straftat im Bereich von sexuellem Missbrauch oder Vergewaltigung an. Die Dunkelziffer liegt daher vermutlich weit höher. Dunkelfeldstudien, die potenziell Betroffene befragen, werden nicht regelmäßig und mit teils abweichender Erhebungsmethodik durchgeführt. Sie sind deshalb nicht unmittelbar mit Hellfeldstudien vergleichbar. Eine von Eurostat, dem Statistikamt der Europäischen Union, unter allen 27 EU-Mitgliedsstaaten durchgeführte Befragung zu geschlechtsspezifischer Gewalt im Jahr 2021 ergab, dass fast ein Drittel (31,9 Prozent) der befragten Frauen in

Deutschland irgendwann im Leben mindestens einmal häusliche Gewalt erlebt hat – dazu zählt psychologische, ökonomische, physische und sexualisierte Gewalt; 5 Prozent der Frauen hatten diese in den letzten 12 Monaten vor der Befragung erlebt.

***Welche zentralen Risikofaktoren gibt es für Frauen?***

Empirisch einschlägige Risikofaktoren sind ein niedriger sozioökonomischer Status, ausgedrückt durch niedrige Bildung, einen geringen Erwerbsumfang oder ein geringes Einkommen, aber auch weitere Benachteiligungen wie beispielsweise eine Behinderung. Neben individuellen Faktoren der Frauen spielen natürlich auch Partner- und Partnerschaftsmerkmale eine Rolle: Ein hohes Konfliktpotenzial in der Partnerschaft, Alkohol- und Drogenkonsum sowie gesundheitliche oder psychische Probleme beim Partner sind Stressoren. Und auch das soziale Umfeld kann das Risiko für Partnerschaftsgewalt erhöhen, wenn dort zum Beispiel eine hohe Gewaltbereitschaft oder sehr traditionelle Geschlechterrollen vorherrschen. Für Männer mit egalitären Geschlechterrolleneinstellungen stellt eine ökonomische Überlegenheit der Partnerin keine Bedrohung der eigenen männlichen Identität dar. Generell ist festzuhalten: Nicht ein Faktor allein, sondern eine Kombination von Risiken ist ursächlich. Und auch Schutzfaktoren sind wichtig: Eine hohe soziale Unterstützung, beispielsweise durch Freunde oder weitere Familienangehörige, kann auch bei vorliegenden Risikofaktoren verhindern, dass aus Gewaltbereitschaft tatsächlich Gewalt wird.

***Welche Rolle spielen Einkommensunterschiede in der Partnerschaft beim Risiko für körperliche Gewalt an Frauen?***

Hierzu gibt es zunächst widersprüchlich scheinende empirische Evidenz: Einerseits steigern niedrige ökonomische Ressourcen einer Frau, wozu auch ihr eigenes Einkommen zählt, ihre wirtschaftliche Abhängigkeit vom Partner. Die fehlen-

”

**Eine hohe soziale Unterstützung, beispielsweise durch Freunde oder weitere Familienangehörige, kann auch bei vorliegenden Risikofaktoren verhindern, dass aus Gewaltbereitschaft tatsächlich Gewalt wird.**



*PD Dr. habil. Christina Boll leitet die Abteilung „Familie und Familienpolitik“ am Deutschen Jugendinstitut (DJI). Ihre Forschungsschwerpunkte liegen an den Schnittstellen von Familie und Arbeitsmarkt im Lebensverlauf. Sie ist unter anderem Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat für Familienfragen beim Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ).*

*[boll@dji.de](mailto:boll@dji.de)*



## Verschiedenen Studien zufolge erleben mehr als 10 Prozent der Frauen ökonomische Gewalt in ihrer laufenden Partnerschaft.

den Möglichkeiten, die Partnerschaft zu verlassen, können mit einem erhöhten Risiko einhergehen, Gewalt ausgesetzt zu sein. Ist die Frau allerdings ihrem Partner im Einkommen überlegen, kann Gewalt von diesem auch als Instrument eingesetzt werden, um seine Machtposition wiederzuerlangen und die eigenen Interessen durchzusetzen. Zentral ist aber auch hier die „Exit“-Option: Hat die Frau die Möglichkeit, sich der potenziell oder faktisch gewalttätigen Person tatsächlich zu entziehen, läuft dieser Kontrollversuch ins Leere. Es genügt dafür nicht, dass der Ausweg rechtlich möglich ist; er kann trotzdem de facto versperrt sein, etwa durch gesellschaftliche Vorurteile gegenüber getrennten, geschiedenen oder allein lebenden Frauen. Man kann daher keinesfalls allein aus strukturellen Faktoren, wie dem Vorliegen ökonomischer Abhängigkeiten, auf die Ausübung von Gewalt in der Partnerschaft schließen. Um häusliche Gewaltprozesse zu verstehen, müssen weitere, insbesondere auch kulturell-normative Faktoren, berücksichtigt werden.

### **Eine Form der Gewalt in Partnerschaftsbeziehungen ist ökonomische Gewalt. Was wird darunter verstanden?**

Ökonomische Gewalt wird nach der statistischen Definition des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen bezeichnet als Handeln, das anderen wirtschaftlichen Schaden zufügt, und unterteilt in ökonomische Kontrolle, ökonomischen Missbrauch und ökonomische Sabotage. Ökonomische Kontrolle umfasst alle Handlungen zum Zwecke der Verhinderung, Begrenzung und Überwachung finanzieller Entscheidungen einer Person, beispielsweise Ausgaben zu kontrollieren oder den Zugang zu Bargeld oder Bankkonten zu verwehren. Ökonomischer Missbrauch liegt vor, wenn die ökonomischen Ressourcen einer anderen Person für eigene Zwecke missbraucht werden, etwa bei Diebstahl oder Zerstörung von Eigentum oder Kreditaufnahmen in fremdem Namen. Ökonomische Sabotage bedeutet beispielsweise, dass das Aufnehmen, Beibehalten oder Ausweiten einer Ausbildung oder Erwerbstätigkeit verhindert wird. Formen ökonomischer Gewalt gehen oft mit anderen Formen häuslicher Gewalt einher und können auch nach einer beendeten Partnerschaft fort dauern – zum Beispiel, wenn ein Partner den geschuldeten Unterhalt nicht zahlt oder den anderen fort dauernd in kostspielige Rechtsstreitigkeiten hineinzieht. Verschiedenen Studien zufolge erleben mehr als 10 Prozent der Frauen ökonomische Gewalt in ihrer laufenden Partnerschaft, dennoch ist diese Gewaltform und wie man ihr in geeigneter Form politisch begegnen kann, bislang kaum erforscht.

Interview: Uta Hofele

☞ Eine Langfassung des Interviews gibt es online bei [dji.de](http://dji.de)

☞ Eine Langfassung des Interviews gibt es online bei [dji.de](http://dji.de)

# Taschengeld stärkt finanzielle Selbstständigkeit

Die neuen Empfehlungen des Deutschen Jugendinstituts zeigen, wie Kinder und Jugendliche mit einem eigenen Budget finanzielle Schlüsselkompetenzen erwerben können.



*Dr. Alexandra Langmeyer leitet die Fachgruppe „Lebenslagen und Lebenswelten von Kindern“ am Deutschen Jugendinstitut (DJI). Die Forschungsschwerpunkte der Sozialwissenschaftlerin beziehen sich auf Fragen der Kindheits- und Familienforschung, insbesondere auf die Diversität von Familien, Eltern-Kind-Beziehungen, Erziehung und das Well-Being von Kindern sowie die finanzielle Sozialisation.*  
langmeyer@dji.de



*Sophia Chabursky ist wissenschaftliche Referentin in der Fachgruppe „Lebenslagen und Lebenswelten von Kindern“ am DJI. In ihrer Forschung befasst sie sich insbesondere mit der Frage, wie Kinder und Jugendliche Krisen erleben und bewältigen – mit Schwerpunkten auf Wohlbefinden, Selbstwirksamkeit, Coping-Strategien sowie der gesundheitlichen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen.*  
chabursky@dji.de

Süßigkeiten, Kinobesuche oder In-App-Käufe – mit Taschengeld erfüllen sich Kinder und Jugendliche individuelle Wünsche. In einer zunehmend digital geprägten Alltagswelt können Minderjährige Einkäufe mit einem Click erledigen. Waren sind in Online-Shops jederzeit verfügbar, Influencer-Werbung mischt sich in Freizeit und Kommunikation, und die Bezahlung läuft im Hintergrund über Karte oder App. Diese digitale Umgebung beschleunigt Entscheidungen, verschleiert Folgekosten und schafft neue Risiken. Deshalb sind früh finanzielle Basiskompetenzen notwendig, um den Überblick zu behalten, sich Ziele zu setzen, digitale Einkäufe zu prüfen sowie Daten zu schützen.

Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) hat im September 2025 die Expertise „Taschengeld und Gelderziehung“ veröffentlicht, welche die Wissenschaftlerinnen Sophia Chabursky und Dr. Alexandra Langmeyer im Rahmen eines vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband finanzierten Projekts erstellten. Die enthaltenen Empfehlungen zu den Grundregeln des Taschengelds sowie die Taschengeld- und Budgetgeldhöhen haben die DJI-Wissenschaftlerinnen des Projekts auf Grundlage neuer Daten sowie eines Workshops angepasst (siehe Abbildung). Die Expertise bündelt aktuelles Wissen und praktische Erfahrungen zum Taschengeld in Deutschland.

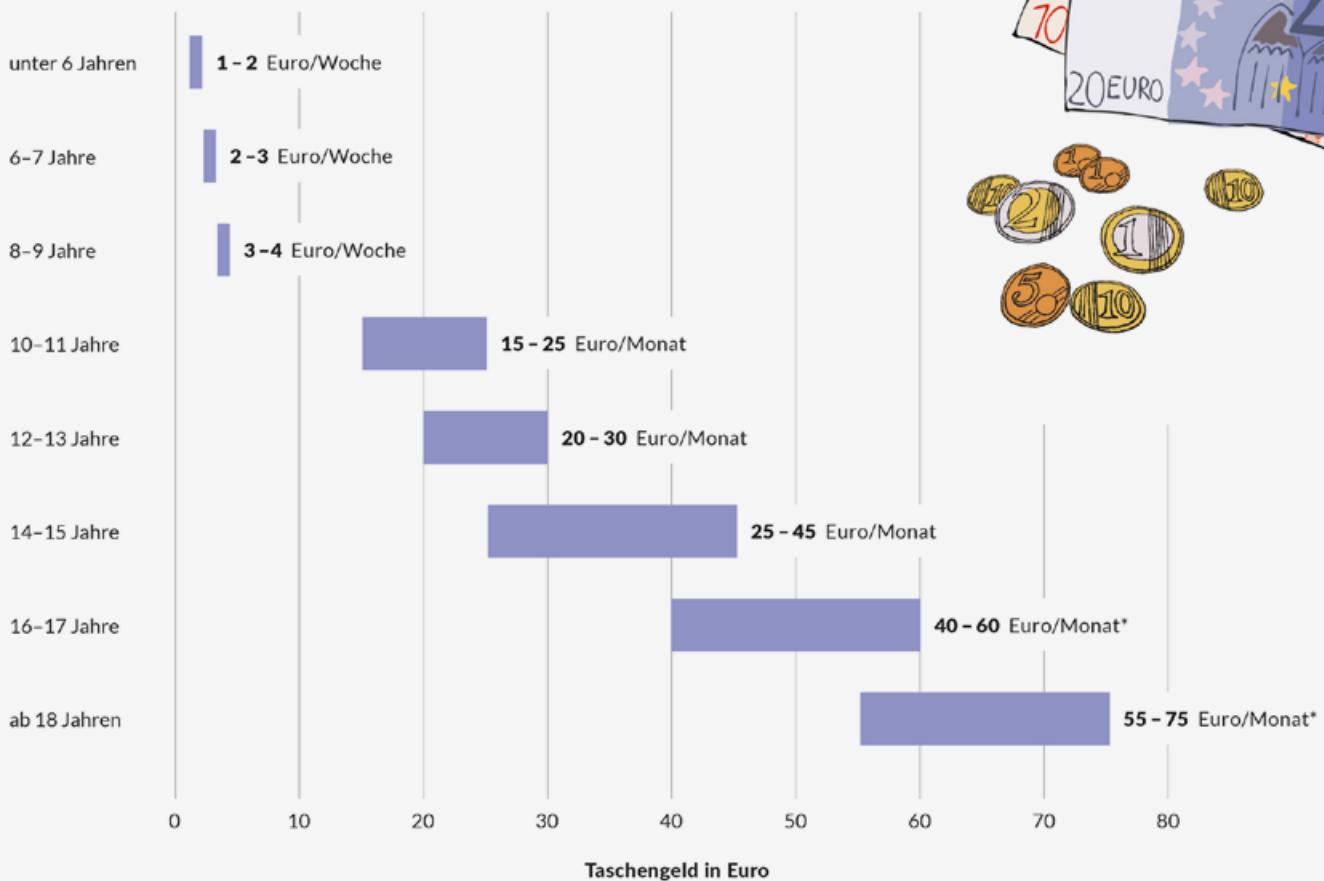
## Wie Gelderziehung in der Familie funktioniert

Den ersten Umgang mit Geld und Finanzen lernen Kinder und Jugendliche vor allem zu Hause. Drei Mechanismen wirken hier zusammen: was Erwachsene vorleben, was gemeinsam über Geld und Finanzen besprochen wird, was Kinder selbst entscheiden und ausprobieren.

„Der pädagogische Sinn liegt nicht im ‚Geld zum Ausgeben‘, sondern in wiederkehrenden Übungssituationen, in denen Kinder ein begrenztes Budget planen und zwischen Wünschen und Notwendigem abwägen“, sagt Dr. Alexandra Langmeyer, Leiterin der DJI-Fachgruppe „Lebenslagen und Lebenswelten von Kindern“ und Mitautorin der Expertise. Das frühe Erfahrungslernen mache das Taschengeld zum Schlüsselbaustein für die finanzielle Bildung.

Für Jugendliche ab 12 Jahren empfehlen die Wissenschaftlerinnen Budgetgeld, das zusätzlich zum Taschengeld zweckgebunden ausgezahlt werden soll. So erlernen die Jugendlichen eine größere finanzielle Eigenständigkeit und können

Abbildung 1: Empfehlungen des Deutschen Jugendinstituts zum Taschengeld 2025



\* ab 16 Jahren für Jugendliche, die wirtschaftlich noch von den Eltern abhängig sind (zum Beispiel Schüler:innen)


Quelle: Chabursky/Langmeyer (2025): Taschengeld und Gelderziehung

im geschützten Raum der Familie Kompetenzen erwerben. Ein eigenes Konto sei dafür empfehlenswert, um auch den Umgang mit bargeldlosen Zahlungsmöglichkeiten zu trainieren.

„Taschengeld ist mehr als nur ein kleiner Beitrag zum Alltag – es ist eine Investition in die finanzielle Bildung von Kindern und Jugendlichen. Wer früh lernt, eigenverantwortlich mit Geld umzugehen, entwickelt wichtige Kompetenzen für das Erwachsenenleben: Finanzielle Entscheidungen werden souveräner getroffen, Chancen bewusster erkannt und genutzt“, betont Karolin Schriever, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands.

Darüber hinaus macht die Expertise deutlich, dass finanzielle Bildung nicht allein Aufgabe der Familie ist. Auch Schulen, Gleichaltrige, digitale Medien und erste Erwerbserfahrungen prägen das Finanzhandeln. Impulse aus der Schule oder von anderen Institutionen sollten in der Familie aufgegriffen und mit Alltagserfahrungen verbunden werden.

Sonja Waldschuk

 Informationen zum Thema Taschengeld bei [dji.de](https://www.dji.de)

# Pionierin der Mädchen- und Frauenforschung

Gerlinde Seidenspinner, ehemalige stellvertretende Direktorin und Abteilungsleitung am DJI, ist im Alter von 88 Jahren verstorben. Sie leistete elementare Beiträge zur Jugend- und Geschlechterforschung und prägte damit die Entwicklung des Instituts.



**Gerlinde Seidenspinner machte sich dafür stark, dass die erste repräsentative Befragung zur Lebenssituation und zum Lebensgefühl 15- bis 19-jähriger Frauen in der Bundesrepublik durchgeführt wurde.**

Mädchen und junge Frauen in den Fokus der Forschung zu rücken war eines der großen Anliegen von Gerlinde Seidenspinner. In den 1970er-Jahren begannen in der Bundesrepublik traditionelle Geschlechterrollen aufzubrechen. Die neue Frauenbewegung forderte Gleichstellung, zugleich eröffneten Bildungs- und Arbeitsmarktreformen Mädchen und Frauen neue Wege zu (Aus-)Bildung, eigener Erwerbstätigkeit und Selbstbestimmung. Während dieser Zeit setzte sich die Soziologin dafür ein, diese sich verändernden Lebenswege von Mädchen und Frauen empirisch zu untersuchen. Damit ist das Forschungsinteresse der ehemaligen Leiterin der Abteilung „Mädchen- und Frauenforschung“ und stellvertretenden Institutsdirektorin eng mit der Entwicklung des Deutschen Jugendinstituts (DJI) verbunden.

## **Mit ihrer Forschung machte sie Mädchen und Frauen sichtbar**

Gerlinde Seidenspinner machte sich dafür stark, dass die erste repräsentative Befragung zur Lebenssituation und zum Lebensgefühl 15- bis 19-jähriger Frauen in der Bundesrepublik durchgeführt wurde. Ausgangspunkt war die hohe Jugendarbeitslosigkeit Ende der 1970er- und Anfang der 1980er-Jahre, zu der die damalige Jugendforscherin bereits die qualitative Studie „Jugend unter dem Druck der Arbeitslosigkeit“ durchgeführt hatte. Deren Befunde über die Unterschiede zwischen jungen Männern und Frauen wurden im politischen Raum breit diskutiert und erzeugten das Interesse, die Situation von Mädchen detaillierter zu erforschen. Zur Finanzierung einer groß angelegten Studie bot sich die Frauenzeitschrift „Brigitte“ an, die Gerlinde Seidenspinner

mit Kolleginnen – trotz anfänglich am DJI bestehender Zweifel bezüglich der Deutungshoheit der Forschenden und der Unabhängigkeit gegenüber einem Medienkonzern – durchführte. Die Ergebnisse wurden im Jahr 1982 unter dem Titel „Kind? Beruf? Oder beides?“ von der damals auflagenstärksten Frauenzeitschrift Europas veröffentlicht, was zu großer bundesweiter Resonanz in Medien, Politik und Wissenschaft führte. Die Studie zeigte unter anderem auf, dass für junge Frauen trotz Wunsch nach Partnerschaft und Familie die berufliche Verwirklichung an erster Stelle stand – auch, um im Unterschied zu ihren Müttern auf eigenen Beinen zu stehen.

### Vordenkerin und Vorbild für neue Lebensentwürfe

Im Jahr 1988 wurde Gerlinde Seidenspinner am DJI Leiterin der neu gegründeten Abteilung „Mädchen- und Frauenforschung“. Ein eigener Forschungsschwerpunkt sollte sich weiblichen Biografien widmen, um sie nicht länger nur als Querschnittsthema anderer Forschungsbereiche zu betrachten. „Die erfolgreiche Institutionalisierung der Frauenforschung am DJI ist das Verdienst von Gerlinde Seidenspinner“, sagt der ehemalige DJI-Direktor Prof. Dr. Hans Bertram und erklärt, wie es ihr gelang, unterschiedliche Strömungen der Geschlechterforschung am DJI zusammenzuführen: „Sie war klug, durchsetzungsstark – und gleichzeitig kooperativ.“ Um sich als Mutter von drei Kindern die nötige zeitliche Flexibilität für ihre Leitungstätigkeit zu verschaffen, forderte sie gegenüber dem Bundesfamilienministerium, als Abteilungsleiterin ihre offizielle Arbeitszeit auf 35 Stunden reduzieren zu dürfen – und setzte sich damit durch. Damit verkörperte sie als Forschende genau das, was viele (junge) Frauen ihrer Studie zufolge wollen – und zeigte, dass dies auch möglich ist: Kind(er) und Karriere.

Mit ihrem Team untersuchte Gerlinde Seidenspinner unter anderem die Ablösung von Mädchen aus ihrer Herkunftsfamilie, das Erproben neuer Lebensentwürfe und berufliche Entwicklungen, Strategien zur Verwirklichung weiblicher Interessen, strukturelle Veränderungen der Frauenerwerbs-

arbeit und auch die Prävention sexueller Gewalt gegen Mädchen. Damit schuf sie mit ihrer Abteilung zehn Jahre lang „den Rahmen für unterschiedliche Perspektiven auf weibliche Sozialisationsprozesse und auf die zugrunde liegenden Unausgewogenheiten und Asymmetrien der Geschlechterverhältnisse“, wie sie selbst in der Zeitschrift „Diskurs“ im Jahr 2003 resümiert.

### Die junge Generation und ihre Belange lagen ihr zeitlebens am Herzen

Sie veröffentlichte unter anderem die Bücher *Töchter und Mütter* (1988), *Frau sein in Deutschland* (1994) und *Junge Frauen heute* (1996) und war zunächst neben DJI-Direktor Hans Bertram und ab 1993 neben Ingo Richter stellvertretende Institutsdirektorin. Seidenspinner, 1937 geboren, war außerdem Professorin für Erziehungswissenschaften an der Freien Universität Berlin und zeigte auch weit über ihr berufliches Schaffen hinaus – und noch in hohem Alter – großes Interesse an jungen Menschen und deren Belangen: Viele Jahre und bis zu ihrem Tod engagierte sie sich für die Kinderhilfsorganisation „Children for a better World“. Als Mitglied des Kuratoriums und in der Jury des Engagementprogramms „Jugend hilft“ wählte sie beispielhafte und förderwürdige Projekte aus, die von Jugendlichen selbst initiiert wurden. Am 12. Oktober 2025, im Alter von 88 Jahren, ist Gerlinde Seidenspinner nach kurzer schwerer Krankheit verstorben.

Uta Hofele



**Die erfolgreiche Institutionalisierung der Frauenforschung am DJI ist das Verdienst von Gerlinde Seidenspinner. Sie war klug, durchsetzungsstark – und gleichzeitig kooperativ.**

Prof. Dr. Hans Bertram,  
ehemaliger DJI-Direktor

# Notizen

## Aktuelles



### Großes Interesse an DJI-Jahrestagung: Wie wirksam ist Sozialberichterstattung?

Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) liefert mit seinen regelmäßigen Studien, wie beispielsweise dem Survey „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“ (AID:A), stetig Informationen über die Lebenswelt von Kindern, Jugendlichen und Eltern. Seit vielen Jahren begleitet das Institut zudem die Erstellung der Kinder- und Jugendberichte sowie Familienberichte der Bundesregierung und ist an der Nationalen Bildungsberichterstattung beteiligt. Die diesjährige wissenschaftliche Jahrestagung des DJI am 11. und 12. November 2025 in Berlin befasste sich mit der Wirksamkeit dieser Sozialberichterstattung: In welchen Berichten zu jungen Menschen gab es welche Empfehlungen? Und welche Gesetzesänderungen oder Anpassungen in der Fachpraxis folgten daraus? Das waren die zentralen Fragen, mit denen sich die DJI-Wissenschaftler:innen in insgesamt acht Foren mit Fachpraktiker:innen und -politiker:innen austauschten. Unter dem Tagungstitel „Geschrieben – gelesen – abgeheftet: Was folgt aus der Berichterstattung zum Leben junger Menschen?“ lieferten die Forschenden zunächst einen Überblick über ihre aktuellen Forschungsarbeiten, um dann mit den

Tagungsgästen zu diskutieren, wie wissenschaftliche Daten für die Fachpraxis und für politische Entscheidungen besser nutzbar gemacht werden können. DJI-Forschungsdirektorin Prof. Dr. Susanne Kuger hob in ihrer Begrüßungsrede die großen Herausforderungen der Sozialberichterstattung hervor. Entscheidend sei es, Messinstrumente inhaltlich und methodisch fortlaufend an gesellschaftliche Wandlungsprozesse anzupassen, ohne zugleich die Vergleichbarkeit der Ergebnisse über die Zeit hinweg zu beeinträchtigen. Bevor die fachliche Diskussion zum Tagungsthema begann, richtete die Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ), Dr. Petra Bahr, ein Grußwort an die Teilnehmenden. Am Ende des zweitägigen Austauschs zogen die geladenen jungen Menschen Bilanz. In der Abschlussdiskussion diskutierten Mitglieder des DJI-Jugendbeirats mit der Forschungsdirektorin über Entwicklungsmöglichkeiten der Sozialberichterstattung im Haus.

[Informationen zur Jahrestagung bei dji.de](#)

## Fachtagung des ICEC: Internationale Expert:innen tauschen sich über Vielfalt und Gerechtigkeit in der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung aus

Bei der achten Fachtagung des Internationalen Zentrums Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung (ICEC) haben internationale Expert:innen aus Wissenschaft, Politik und Fachpraxis darüber diskutiert, wie frühkindliche Bildung alle Familien und Kinder optimal unterstützen kann. „Vielfalt und Gerechtigkeit in der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung (FBBE): Konvergierende Trends in Europa?“ lautete der Titel der zweitägigen Veranstaltung Anfang Oktober in Berlin. Die unterschiedlichen Bedürfnisse von Kindern und Familien im Kontext von Migration, Armut und gesellschaftlicher Teilhabe stellen die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung aktuell in vielen Ländern Europas vor neue Herausforderungen. Frühzeitige Förderung kann Benachteiligungen wirksam ausgleichen, machen unter anderem die Forschungsarbeiten des Deutschen Jugendinstituts (DJI) deutlich. Zugleich zeigen sie aber auch, dass Kinder aus benachteiligten Lebenslagen in Deutschland seltener und oft später eine Kindertageseinrichtung besuchen. „Nachhaltige frühe Förderung gelingt deshalb nur, wenn gute Konzepte, professionelle Haltung und ausreichende Ressourcen zusammenkommen“, betonte die Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium, Dr. Petra Bahr, zum Auftakt der Tagung und ergänzte: „Umso wichti-

ger ist der Blick über Ländergrenzen hinweg: Wir können voneinander lernen, Erfahrungen austauschen und gemeinsame Perspektiven entwickeln. Dieser Dialog eröffnet Zusammenspiele, macht Unterschiede sichtbar – und stärkt die Qualität frühkindlicher Bildung überall dort, wo Vielfalt gelebt wird.“ Die breit gefächerten internationalen Beiträge fokussierten Erfahrungen und Forschungsperspektiven aus den Niederlanden, England, Finnland und Osteuropa. Sie machten deutlich, dass „Diversitätssensibilität“ nicht nur eine Anforderung an Fachkräfte darstellt, sondern im gesamten FBBE-System verankert werden muss, etwa in der Finanzierung und der Förderung intersektoraler Zusammenarbeit. Auch sozialräumliche Dynamiken erfordern einen genauen Blick. Wie in Deutschland derzeit auf verschiedenen Ebenen Diversität gestaltet wird und welche Aspekte gut oder weniger gut funktionieren, wurde in Workshops und einer Podiumsdiskussion besprochen. Das ICEC, das auch eigene laufende Studien vorstellte, analysiert seit mehr als einem Jahrzehnt die Rahmenbedingungen, Reformen und Steuerungsansätze in Systemen der frühkindlichen Bildung und Betreuung, bündelt Erfahrungen sowie Forschungsergebnisse und unterstützt mit Tagungen, wie jener in Berlin, den internationalen Wissenstransfer.



Prof. Dr. Bernhard Kalicki,  
Leitung der Abteilung „Kinder  
und Kinderbetreuung“ am  
DJI (1. v.l.), im Gespräch mit  
Podiumsgästen der Fachtagung.

## Netzwerktreffen zur Geschichte der Bindungstheorie

Das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderte Netzwerk „Die transnationale Geschichte der Bindungstheorie“ hat sich am 8. und 9. September 2025 zum dritten Mal am Deutschen Jugendinstitut (DJI) getroffen. Ihm gehören 20 Wissenschaftler:innen aus Deutschland, Großbritannien, Polen, Schweden, Tschechien, der Schweiz und den Niederlanden an. Sie untersuchen, wie sich das Wissen über die psychologische Bindungstheorie seit den 1950er-Jahren über Ländergrenzen hinweg in Ost- und Westeuropa verbreitete und welche Wirkungen diese Theorie damals auf Vorstellungen von „guter“ Kindheit hatte. Geleitet wird das Projekt von DJI-Wissenschaftler Felix Berth sowie PD Dr. Claudia Moisel von der Ludwig-Maximilians-Universität München. Die Grundlagen der Bindungstheorie, die zu den einflussreichsten psychologischen Theorien zählt, wurden vom britischen Psychiater und Psychoanalytiker John Bowlby und von der amerikanisch-kanadischen Entwicklungspsychologin Mary Ainsworth gelegt. Ein zentraler Gedanke ist, dass Babys und Kleinkinder für ein gelungenes Aufwachsen eine enge Bindung an einzelne Erwachsene („attachment“) benötigen. Die Wissenschaftler:innen im Netzwerk planen bis zum Ende der Projektlaufzeit im Jahr 2027 Veröffentlichungen unter anderem zur Verbreitung bindungstheoretischer Ideen durch verschiedene Filme, zum Einfluss der Bindungstheorie auf die Heimerziehung, zu transnationalen wissenschaftlichen Debatten sowie zum Wandel von Elternzeitregelungen in verschiedenen Staaten.



*DJI-Wissenschaftler Felix Berth (1. v.r.) gemeinsam mit den internationalen Besucher:innen des Netzwerktreffens am DJI.*

## Staatssekretärin Dr. Petra Bahr zu Besuch am Deutschen Jugendinstitut



*Dr. Petra Bahr, Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2. v.l.) besuchte am 2. Oktober das Deutsche Jugendinstitut (DJI) in München. Forschungsdirektorin Prof. Dr. Susanne Kuger und Verwaltungsdirektor Andreas Hartmann informierten sie gemeinsam mit den Leitungen der DJI-Forschungsabteilungen über die Arbeit des DJI sowie über aktuelle Forschungsarbeiten und Studienergebnisse.*

## Das Bundesinstitut für Berufsbildung und das DJI vereinbaren enge Zusammenarbeit

Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) und das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) wollen ihre Kooperation weiter ausbauen, Forschungsergebnisse wechselseitig besser zugänglich machen und gemeinsam auswerten, um so einen Mehrwert der Datenbestände für Berufsbildungspolitik, -wissenschaft und -praxis zu erzielen. Auch gemeinsame Publikationen sind geplant. Dies vereinbarten Prof. Dr. Sabine Walper, bisherige DJI-Direktorin, und Prof. Dr. Birgit Reißig, Leiterin des DJI-Forschungsschwerpunkts „Übergänge im Jugendalter“, mit dem Präsidenten des BIBB, Prof. Dr. Friedrich Hubert Esser, und dem BIBB-Forschungsdirektor, Prof. Dr. Hubert Ertl, in Bonn. Den Schwerpunkt der künftigen Zusammenarbeit soll der Bereich „Berufsorientierung und die Entwicklungen im Übergangssektor Schule – Beruf“ bilden. „Nicht nur die betrieblichen, sondern auch die Interessen und Erwartungen unserer Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Blick zu behalten, ist eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Berufsbildungspolitik. Von daher freue ich mich auf die Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem DJI“, sagte Esser.

*Sie wollen die Zusammenarbeit ihrer Institute ausbauen: BIBB-Forschungsdirektor Prof. Dr. Hubert Ertl, die bisherige DJI-Direktorin Prof. Dr. Sabine Walper, die Leiterin des DJI-Forschungsschwerpunkts, Prof. Dr. Birgit Reißig und BIBB-Präsident Prof. Dr. Friedrich Hubert Esser (v.l.) in Bonn.*



Neu  
erschienen

Autor:innengruppe Fachkräftebarometer

### Fachkräftebarometer Frühe Bildung 2025

München 2025 | 206 Seiten | Download kostenlos verfügbar: [www.fachkräftebarometer.de](http://www.fachkräftebarometer.de)

Das im Oktober 2025 erschienene Fachkräftebarometer Frühe Bildung 2025 präsentiert aktuelle Befunde zu Personal, Arbeitsmarkt und Ausbildung in der Kindertagesbetreuung und macht deutlich, dass sich die Frühe Bildung in Deutschland im Umbruch befindet. Rund 895.000 Personen arbeiteten 2024 in Kindertageseinrichtungen und damit 54.000 mehr als 2022. Hinter dieser bundesweiten Dynamik verbergen sich ungleiche Entwicklungen: Während in Westdeutschland das Personal in diesem Zeitraum um 7 Prozent gewachsen ist, wurden im Osten nur wenige neue Stellen geschaffen (+2 Prozent). Im Vergleich zu 2023 gab es in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt sogar erste leichte personelle Rückgänge. Ein Grund sind die Geburtenzahlen, die im Osten seit einem Höchststand 2016 um 29 Prozent gesunken sind. Im Westen setzte der Rückgang erst nach 2021 ein. Seitdem hat sich die Zahl der Neugeborenen dort um 14 Prozent verringert. Dieser Trend wird sich in den kommenden Jahren aller Voraussicht nach verstärken, wie empirische Analysen im Fachkräftebarometer Frühe Bildung der Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte (WiFF), die am Deutschen Jugendinstitut angesiedelt ist, zeigen. Es liefert alle zwei Jahre auf Basis amtlicher Daten ausführliche Informationen über Personal, Arbeitsmarkt, Erwerbssituation sowie Ausbildung und Qualifizierung in der Frühpädagogik sowie im Ganztage.




Verbund Care Leaver Statistics (Hrsg.)

## Teilhabe und Zukunftswünsche

Ergebnisse der ersten Befragungswelle der CLS-Studie

Weinheim 2025 | 170 Seiten | 30 Euro | Open Access kostenlos verfügbar: [www.beltz.de](http://www.beltz.de)

In dem Sammelband werden die Ergebnisse der ersten Befragungswelle der Langzeitstudie „Care Leaver Statistics: Soziale Teilhabe im Lebensverlauf junger Erwachsener“, kurz CLS-Studie, dargestellt. Im Fokus stehen die Teilhabe und Zukunftswünsche von (angehenden) Care-Leaver:innen in einzelnen Bereichen ihres Lebens. Die Ergebnisse zeigen, welchen Schulabschluss sie anstreben, welche Berufe sie erlernen wollen, wie sie wohnen möchten, und verdeutlichen vor allem, dass Care-Leaver:innen keine homogene Gruppe sind, sondern vielfältige Lebensentwürfe haben. Mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen wird in dem Band analysiert, wie sich Ressourcen und Einschränkungen auf die Teilhabe und die Perspektiven junger Erwachsener auswirken. Die CLS-Studie ist die bislang größte trägerübergreifende, bundesweite, langzeitliche Befragung junger Menschen, die vorübergehend in Pflegefamilien oder Einrichtungen der stationären Kinder- und Jugendhilfe gelebt haben. Die Kooperationsstudie wird von der Universität Hildesheim, dem Deutschen Jugendinstitut (DJI), der Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung sowie der Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfen durchgeführt.

 Weiter Informationen bei [cls-studie.de](http://cls-studie.de)



Astrid Helling-Bakki, Heinz Kindler

## Kinderrechte im Fokus: Vom europäischen Barnahus Modell zum deutschen Childhood-Haus Konzept – Praxis, Forschung und Perspektiven

München 2025 | 68 Seiten | kostenloser Download: [www.dji.de/veroeffentlichungen/broschueren](http://www.dji.de/veroeffentlichungen/broschueren)

Kinder und Jugendliche, die Vernachlässigung, Missbrauch oder Gewalt erlebt haben, werden im Laufe der Ermittlungen oft mehrfach von Polizei, Gericht, Jugendamt und Klinik befragt – und dadurch erneut belastet. Um die von Gewalt betroffenen Minderjährigen sensibel und kindgerecht zu behandeln, zu unterstützen und zu begleiten, sind in Deutschland erste Childhood-Häuser entstanden: ambulante Anlaufstellen, in denen Fachkräfte aus verschiedenen Bereichen wie soziale Arbeit, Psychologie, Pädiatrie, Gynäkologie, Rechtsmedizin, Strafverfolgung und Jugendhilfe zusammenarbeiten. Im Koalitionsvertrag schrieb die Bundesregierung fest, die weitere Entwicklung der

Childhood-Häuser künftig mit Bundesmitteln zu unterstützen. Die neu erschienene Broschüre, die vom Deutschen Jugendinstitut (DJI) und von der World Childhood Foundation Deutschland (WCF) veröffentlicht wurde, bündelt bisherige Erkenntnisse zu dem international anerkannten Barnahus-Modell, auf dem die Childhood-Häuser basieren. Das Modell stammt ursprünglich aus Island und wird mittlerweile in vielen europäischen Ländern, insbesondere in Skandinavien, umgesetzt. In Deutschland existieren derzeit elf Häuser in zehn Bundesländern. Bisher fehlt es allerdings an umfassender Forschung zur Verbreitung und praktischen Umsetzung des Konzepts, zu den damit verbundenen Herausforderungen sowie den Potenzialen für den deutschen Kontext. Hier leistet die Broschüre einen wichtigen Beitrag. Sie fasst vielfältige Erfahrungen bei der Adaption des Konzepts in Europa zusammen, die auf einer Tagung im März 2025 in Helsinki diskutiert wurden. Außerdem gibt sie einen Überblick über relevante wissenschaftliche Studien und Evaluationen, vornehmlich aus Skandinavien.



Frank Greuel, Kari-Maria Karliczek, J. Olaf Kleist, Sebastian Winter

## Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention

Abschlussbericht des Evaluationsverbundes des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ 2020–2024  
Weinheim 2025 | 206 Seiten | 44,00 Euro | Open Access kostenlos verfügbar: [www.beltz.de](http://www.beltz.de)

In einer Zeit, in der die Demokratie in Deutschland immer stärker herausgefordert wird, soll das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ eine entscheidende Unterstützung für zivilgesellschaftliches Engagement bieten. Der erschienene Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms für die Jahre 2020 bis 2024 zeigt: Trotz gesellschaftlicher Spannungen, Pandemiebedingungen und zunehmender Polarisierung ist es mithilfe des Programms gelungen, lokale und überregionale Strukturen der Demokratieförderung zu stabilisieren und weiterzuentwickeln. Der Bericht wurde vom Evaluationsbund des Bundesprogramms herausgegeben, bestehend aus dem Deutschen Jugendinstitut (DJI), dem Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS), dem Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) sowie der „Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich“. Die Ergebnisse bieten eine fundierte Grundlage zur Bewertung der Programmwirkungen und zur Weiterentwicklung von Ansätzen der Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention in Deutschland. Der Evaluationsbund formuliert in dem Abschlussbericht nicht zuletzt konkrete Empfehlungen für die Fortführung und Steuerung des Programms in der laufenden dritten Förderperiode.



Katja Flämig, Gabriel Schoyerer (Hrsg.)

## Kindertagespflege aus theoretischer Perspektive

Diskurse, Deutungen und Entwicklungen

München 2025 | 218 Seiten | 59,90 Euro | Open Access kostenlos verfügbar: [shop.budrich.de/](http://shop.budrich.de/)



Die Kindertagespflege hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten von einem informellen Betreuungsarrangement zu einer professionellen und öffentlich geförderten Form der Kindertagesbetreuung entwickelt. Doch während sie in der Praxis als Betreuungsform etabliert ist und zum Gegenstand einer verstärkten empirischen Dauerbeobachtung geworden ist, bleibt ihre theoretische Betrachtung und Einordnung in erziehungs-, kindheits- und sozialwissenschaftliche Diskurse bislang hinter dieser Entwicklung zurück. Wie positioniert sich die Kindertagespflege im Spannungsfeld zwischen Privatheit und Öffentlichkeit? Wie lässt sich das Binnenverhältnis zu anderen Institutionen des kindheitspädagogischen Handlungsfeldes beschreiben? Welche professionellen Anforderungen ergeben sich für Kindertagespflegepersonen? Und wie lässt sich das Feld theoretisch fundiert verorten? Der Sammelband greift die aktuellen wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Kindertagespflege auf und beleuchtet sie aus vielfältigen theoretischen Perspektiven. Die Beiträge spannen einen Bogen von professions- und institutionentheoretischen Ansätzen über raum- und akteursorientierte Betrachtungen bis hin zu feministischen und sorgetheoretischen Analysen. Ergänzt werden sie durch empirische Forschungsarbeiten und historische Reflexionen. Damit liefert der Band erstmals eine Grundlage zur weiteren theoretischen Einordnung der Kindertagespflege und eröffnet darüber hinaus Impulse zur kritischen Reflexion der disziplinären Diskurse der Pädagogik der frühen Kindheit.

Kirsten Fuchs-Rechlin, Kirsten Hanssen

## Vom Transfer zur Transformation

*Strategien der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis in der Frühen Bildung*  
Weinheim 2025 | 248 Seiten | 62 Euro | Open Access kostenlos verfügbar: [www.beltz.de](http://www.beltz.de)

Wissenschaftler:innen stehen vor der Herausforderung, mit ihrer Forschung die Praxis in der Frühen Bildung zu erreichen. Zugleich sollen Praktiker:innen wissenschaftliches Wissen zur Weiterentwicklung ihrer Arbeit nutzen. Voraussetzung hierfür ist, dass ein intensiver Austausch beider Teilsysteme wechselseitige Lernprozesse anregen und die Tätigkeit des jeweils anderen bereichern kann. Aber wie gelangt wissenschaftliches Wissen in die Praxis und praktisches Wissen in die Wissenschaft? Wie können Transferräume und -gelegenheiten geschaffen werden? Was sind Erfolgsfaktoren, und wo liegen Stolpersteine? Zur Beantwortung dieser Fragen versammelt der Band unterschiedliche Ansätze aus Forschung und Praxis.

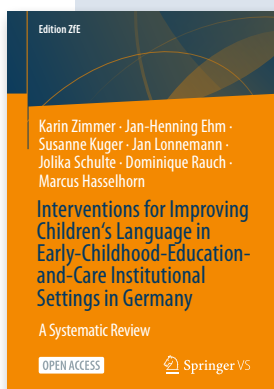


Karin Zimmer, Jan-Henning Ehm, Susanne Kuger, Jan Lonnemann, Jolika Schulte, Dominique Rauch, Marcus Hasselhorn (Hrsg.)

## Interventions for Improving Children's Language in Early-Childhood-Education-and-Care Institutional Settings in Germany

*A Systematic Review*

Wiesbaden 2025 | 172 Seiten | 42,79 Euro | Open Access kostenlos verfügbar: [link.springer.com](http://link.springer.com)



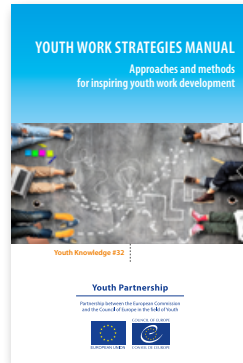
Die englischsprachige Publikation liefert einen strukturierten, systematischen und evidenzbasierten Überblick über die Maßnahmen zur Sprachförderung, die im Zeitraum von 1949 bis 2017 in deutschen Kindertageseinrichtungen umgesetzt wurden. Nach einer umfassenden Übersicht zu vorliegenden wissenschaftlichen Befunden sowie zu Materialien von öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren analysieren die Autor:innen, welche Formen der Sprachförderung in Deutschland verbreitet sind, wen sie jeweils adressieren, wie sie in den Kindertageseinrichtungen konkret umgesetzt werden und welche wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Wirkung der verschiedenen Maßnahmen vorliegen.

Howard Williamson, Frederike Hofmann-van de Poll, Adina Șerban, Zara Lavchyan, Miriam Teuma

## Youth work strategies manual

Approaches and methods for inspiring youth work development  
Strasbourg 2025 | 119 Seiten | Open Access kostenlos verfügbar: [pjp-eu.coe.int/en/web/youth-partnership/youth-work-strategies-manual](http://pjp-eu.coe.int/en/web/youth-partnership/youth-work-strategies-manual)

Bei Youth Work geht es darum, Räume zu schaffen, in denen junge Menschen Eigenständigkeit erlangen und ihre eigene Persönlichkeit entfalten können, um den Schritt ins Erwachsenenleben erfolgreich zu bewältigen. Die englischsprachige Publikation befasst sich mit der Frage, wie Youth Work in Europa strategisch auf lokaler und nationaler Ebene gefördert und weiterentwickelt werden kann. Sie dient als Handreichung für Politik und Praxis, eine wirksame Youth-Work-Strategie zu entwickeln. Die Autor:innen liefern dazu einen Überblick über Theorie und Praxis. Zunächst wird ein konzeptionelles Verständnis von (Youth-Work-)Strategie im Rahmen der Jugendpolitik und weiterer politischer Maßnahmen, die das Leben junger Menschen beeinflussen, skizziert. Anschließend wird diskutiert, wie Strategien für wirksame Youth Work entwickelt werden können, wer beteiligt werden sollte und wie Wirkung und Umsetzung sichergestellt werden können. Nicht zuletzt stellen die Autor:innen internationale Good-Practice-Beispiele vor, wie etwa die erfolgreiche Youth-Work-Strategie in Malta, dem kleinsten Mitgliedsstaat der Europäischen Union.



Bärbel Barbarino, Kirsten Fuchs-Rechlin, Clarissa Nachtigall, Anna Pilchowski

## Lernen für und in der Praxis

Perspektiven von Praktikant:innen auf das Praxislernen in der Frühen Bildung  
München 2025 | 14 Seiten | Download kostenlos verfügbar: [www.weiterbildungsinitiative.de](http://www.weiterbildungsinitiative.de)

In der Kita-Praxis haben angehende Fachkräfte die Möglichkeit, ihre theoretischen Kenntnisse in unterschiedlichen Situationen zu erproben und zu transformieren sowie im Wechselspiel zwischen theoretischem und praktischem Lernen ihre pädagogische Professionalität auszubilden. Das Lernen für und in der Praxis wird vonseiten der Fach- und Hochschulen und des Lernorts Praxis

unterstützt. Doch wie genau gestaltet sich das Praxislernen? Welche Personen sind neben den Praxismentor:innen daran beteiligt? Welche Unterstützungsleistungen nehmen die angehenden Fachkräfte wahr? Und welche Rolle spielt die Lernortkooperation? Um diesen Fragen nachzugehen, haben Forscherinnen der Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte (WiFF), die am Deutschen Jugendinstitut (DJI) angesiedelt ist, Interviews mit angehenden Erzieher:innen und Kindheitspädagog:innen durchgeführt und inhaltsanalytisch ausgewertet.



Das **Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI)** ist eines der größten sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitute Europas. Seit mehr als 60 Jahren erforscht es die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien, berät Bund, Länder und Gemeinden und liefert wichtige Impulse für die Fachpraxis. Aktuell sind an den beiden Standorten München und Halle (Saale) etwa 380 Beschäftigte tätig, unter ihnen etwa 240 Wissenschaftler:innen. Finanziert wird das DJI überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) und der Bundesländer. Weitere Zuwendungen erhält es im Rahmen von Projektförderungen unter anderem von der Europäischen Kommission, Stiftungen und anderen Institutionen der Wissenschaftsförderung.

### IMPRESSUM

#### Herausgeber

Deutsches Jugendinstitut e.V.  
Nockherstraße 2, 81541 München

#### Verantwortlich für den Inhalt

Forschungsdirektorin Prof. Dr. Susanne Kuger

#### Redaktion

Leitung: Birgit Lindner  
Telefon: 089 62306-180, Fax: -265  
E-Mail: [blindner@dji.de](mailto:blindner@dji.de)

Redaktionelle Mitarbeit: Uta Hofele, Sonja Waldschuk, Thorsten Tynior (Schlussredaktion)

#### Wissenschaftliche Autor:innen

Dr. Frank Greuel, Judith Durand, Dr. Leonhard Birnbacher, Sofie Jokerst, Prof. Dr. Wolfgang Schröer, Gerlinde Knöpfle, Theresa Kern, Prof. Dr. Dagmar Hoffmann, Dr. Liane Pluto, Christian Peucker, Dr. Andreas Mairhofer, Dr. Stefan Fehser, Prof. Dr. Birgit Reißig, Dr. Frank Tillmann, Dr. Angelika Guglhör-Rudan, Dr. Thorsten Naab, Dr. Inga Simm, Jessica Knauer, Dr. Gerlinde Janschitz, Prof. Dr. Jens Pothmann, Lara Küppers, Jasmin Müller, Dr. Lucia Killius, Harald Eichhorn, Dr. Felix Berth, Dominik Hank, Dr. Leonie Kleinschrot, Dr. Martina Heitkötter, Dr. Lisa Abbenhardt

#### Redaktionsassistenz und Vertrieb

Inge Kraus  
Telefon: 089 62306-394, Fax: -265  
E-Mail: [impulse@dji.de](mailto:impulse@dji.de)

#### Gestaltung

FunkE Design  
Sandra Koch, Julia Kessler, [www.funk-e.de](http://www.funk-e.de)

#### Druck und Versand

Pinsker Druck & Medien GmbH, Mainburg

### ISSN 2192-9335

Das Forschungsmagazin DJI Impulse berichtet allgemein verständlich über die Forschungsarbeiten am Deutschen Jugendinstitut und richtet sich an ein breites wissenschaftsinteressiertes Publikum. Jede Ausgabe widmet sich einem Schwerpunktthema, das auch online umgesetzt und durch digitale Formate ergänzt wird. Die Hefte erscheinen in der Regel viermal im Jahr. Die Auflage beträgt 7.000 Exemplare. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autor:innen wieder und können nicht als offizielle Stellungnahme des DJI interpretiert werden. Ein Nachdruck der Texte ist nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. DJI Impulse kann kostenlos bestellt und auf Wunsch auch abonniert werden. [www.dji.de/impulse](http://www.dji.de/impulse)



Deutsches  
Jugendinstitut

# DER DJI-VIDEOCAST PERSPEKTIVEN

## Lösungsansätze für eine lebenswerte Zukunft

Zu jedem Schwerpunkt des Forschungsmagazins DJI Impulse gibt es ein Videointerview mit Wissenschaftler:innen auf dem YouTube-Kanal des Deutschen Jugendinstituts (DJI).

🔗 Videocast Perspektiven Folge 9 bei [dji.de](https://www.dji.de)



DER DJI-VIDEOCAST //  
PERSPEKTIVEN

Warum die Beteiligung von  
Kindern und Jugendlichen  
anspruchsvoll und zugleich  
unverzichtbar ist

**Dr. Frank Greuel**  
Experte für Demokratieförderung  
und Partizipation am DJI

